

Abschlussbericht

Jenseits der Metropolen Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft

**Valentin Domann
Henning Nuissl
Elena Steinrücke**



Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	1
Abbildungsverzeichnis	2
Tabellenverzeichnis	3
Vorwort	4
Zusammenfassung	6
1 Wandel lokalpolitischer Kulturen in Zeiten politischer Polarisierung	8
2 Fallstudien und methodisches Vorgehen	10
2.1 Vorüberlegungen zur Fallauswahl	10
2.2 Stadtprofile und aktuelle politische Kräfteverhältnisse	11
2.3 Methodik.....	14
2.3.1 Framing- & Scaling-Analyse.....	14
2.3.2 Rezeptionsanalyse lokaler Publikationen und sozialer Medien.....	15
2.3.3 Interviews vor Ort	17
3 Begriffsbestimmungen und relevante Beiträge aus der Forschung	18
3.1 Rechtspopulismus als umkämpfter Begriff.....	18
3.2 Kleinstädtisch lokalpolitische Settings und ihr Potenzial für rechtspopulistische Interventionen	19
3.3 Einstellungsmuster und Gelegenheitsstrukturen für rechte Erfolge	21
3.4 Bedeutungsgewinn sozialer Medien und Entstehung hybrider Diskursräume	23
4 Erkenntnisse aus den Fallstudiengemeinden	24
4.1 Diskursproduktionen im Kontext von kommunalen Wahlkämpfen.....	24
4.1.1 Kommunikative Strategien und thematische Profile in den Kommunalwahlkämpfen.....	24
4.1.2 Rechtspopulistische Interventionen.....	26
4.2 Wahrnehmung lokalpolitischer Kulturen in den Untersuchungsorten.....	30
4.3 Zwischen Stammtisch und Online-Foren: Bedeutung von hybriden Diskursräumen für die lokale politische Kultur	33
4.4 Synthese.....	38
5 Ausblick	42
5.1 Antimigrantische Einstellungen, soziale Kosten und die sinnhafte Konstruktion eines Kontrollgewinns.....	42
5.2 Identifikation relevanter Handlungsfelder der Lokalpolitik	44
6 Quellenverzeichnis	46
7 Anhang	50
Übersicht ausgewerteter Materialien von lokalen Parteien, Parteiaktiven und Wählergruppen.....	50
Übersicht ausgewerteter Facebook-Diskussionen.....	52

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
BVB	Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen
FW	Freie Wähler
FW-S	Freie Wähler Schriesheim
FWG	Freie Wählergemeinschaft
FWV	Freie Wähler Sigmaringen e. V.
GL	Grüne Liste (Schriesheim)
MOZ_BAR	Märkische Oderzeitung für Ahrensfelde
MOZ_MOL	Märkische Oderzeitung für Seelow
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch
SÜD	Südkurier
MM	Mannheimer Morgen
Tab.	Tabelle
UL	Unabhängige Liste
W-HKS	Wählergemeinschaft Heimat, Kultur, Sport

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Geographische Lage der Fallstudiengemeinden (Karte: Mine Henki)	11
Abbildung 2:	Wahlergebnisse vom 26.05.2019 nach Fallstudiengemeinden und gewählten Gremien	14
Abbildung 3:	Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland.....	21
Abbildung 4:	Argumentationsmuster im Material der politischen Parteien und Gruppen	25
Abbildung 5:	Zustimmungswerte der AfD (bundesweit) bei der „Sonntagsfrage“	27
Abbildung 6:	Transparent der Bürgerinitiative „B1“	28
Abbildung 7:	Problemschwerpunkte aus AfD-Perspektive.....	29
Abbildung 8:	Bedeutung verschiedener Themen in den Fallstudiengemeinden	31
Abbildung 9:	Eigenschaften, die der Kommunalpolitik zugeschrieben werden.....	32
Abbildung 10:	Frequenzanalyse der Tweets zu Seelow	34
Abbildung 11:	Screenshot aus Facebook-Diskussion.....	35
Abbildung 12:	Bezugnahme in Facebook-Debatten.....	36
Abbildung 13:	Repräsentation des Themas „Klimawandel“ in der Lokalpresse	37
Abbildung 14:	Thematische Schwerpunktsetzungen der Localists im Interview und der AfD in ihren (Wahlkampf-)Materialien... ..	39

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Demographische und wirtschaftliche Kennzahlen der Untersuchungsorte.....	13
Tabelle 2:	Beispielhaftes Schema zur Codierung der in der Framing- und Scaling-Analyse ausgewerteten Verlautbarungen lokaler politischer Akteure	15
Tabelle 3:	Repräsentation rechtspopulistischer Interventionen in der Lokalpresse nach Themenfeldern.....	38

Vorwort

Mit dem Bedeutungsverlust der großen Volksparteien und einem Erstarren rechtsnationaler Kräfte ist eine deutliche Verschiebung innerhalb der politischen Landschaft in Deutschland zu beobachten. Diese Entwicklung spiegelt sich unmittelbar in den Wahlerfolgen der AfD auf Bundes- und Länderebene wider: Seit 2017 ist die Partei als größte Oppositionsfraktion im Bundestag und 2020 mit Sitzen in allen Landesparlamenten vertreten. Mit ihrem breiten Spektrum an rechten Auffassungen vom Rechtspopulismus bis hin zum Rechtsextremismus und aufgrund ihrer dort verbreiteten menschen- und demokratiefeindlichen Haltungen wird ihre parlamentarische Präsenz in Teilen von Wissenschaft und Politik als Gefahr für die Demokratie und als ein Indikator für die gesellschaftliche Polarisierung angesehen.

Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung hat der vhw als indirekte Folge der Zuwanderung von Geflüchteten bereits 2016 in den Blick genommen. Unsere milieubasierten Analysen konnten zeigen, dass hinsichtlich der Ambiguitätstoleranz und der Befürwortung von Diversität tatsächlich ein virulenter Riss durch die gesellschaftliche Mitte festzustellen war (zuletzt Hallenberg 2020). Tiefergehende strukturräumliche und milieubasierte Untersuchungen weisen zudem darauf hin, dass die räumliche Verteilung sozialer Milieus ebenso wie regionale und innerstädtische Peripherisierungen als zusammenhängende Mechanismen von Abwanderung, Abkopplung und Abhängigkeiten (Höcke 2018) einen hohen Erklärungsgehalt für die lokale Zunahme und Verbreitung rechter Einstellungen und die hohen Zustimmungswerte zur AfD aufweisen (Hallenberg 2020). Mit den soziokulturellen und strukturräumlichen Analysen von Einstellungen und Wahlverhalten wurde zunächst vor allem die Nachfrageseite von rechtspopulistischen Deutungsangeboten in den Blick genommen. Die Bedeutung

der lokalpolitischen Angebotsseite in Form von Wahlprogrammen und Strategien war auf kommunaler Ebene als Erklärungsdimension noch weitestgehend unberücksichtigt. Dabei ist gerade im Zuge der Kommunalwahlen der letzten Jahre zu beobachten, dass nach der Besetzung von sozial- und sicherheitspolitischen Fragestellungen auf europäischer und nationaler Ebene die AfD bestrebt ist, sich auch ein stärkeres kommunalpolitisches Profil zu geben. Dabei gewannen vor allem Themen wie Finanzen, Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung an Bedeutung.

Um diese Veränderungen in der kommunalpolitischen Landschaft zu analysieren, hat der vhw das von Prof. Dr. Henning Nussl und Valentin Domann vom Geographischen Institut der Humboldt-Universität entwickelte Forschungsprojekt „Jenseits der Metropolen – Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft“ gefördert, dessen Ergebnisse nun vorliegen. In vier kleineren Gemeinden in Baden-Württemberg und Brandenburg haben sie untersucht, welches Potential die ausgewählten kommunalpolitischen Handlungsfelder Infrastruktur, Verkehr, Wohnen und Energie für eine rechtspopulistische Besetzung und die Polarisierung der kommunalpolitischen Kultur bieten. Neben den Wahlprogrammen der jeweils fünf stärksten Parteien stand ebenfalls im Fokus, wie kommunalpolitische Themen in digitalen und analogen Medien verhandelt werden und, welche Unterschiede in der Debattenkultur und ihrer lokalen Rezeption bestehen. Damit konnten wir insbesondere an die Forschungsergebnisse des vhw-Projektes „Vernetzte Nachbarn“ anknüpfen, welches u.a. die Bedeutung von Social Media als Verstärker sozialer und politischer Polarisierungen in lokalen Kontexten herausstellt (Becker et al. 2020). Nicht zuletzt ist die Relevanz der jeweiligen sozialräumlichen Kontexte auf die Wahrnehmung der rechtspopulistischen Deutungsangebote durch

die Wählerinnen und Wähler mit dem vorliegenden Projekt betrachtet worden.

Ein besonderer Mehrwert der Studie liegt dabei in der Analyse von kleinen Gemeinden als konkordanzdemokratische Settings. Diese zeichnen sich gegenüber den für Großstädte charakteristischen konkurrenzdemokratischen Settings durch eine stärkere horizontale Einbindung der lokalen Akteure in das Geschehen vor Ort aus. Obwohl konkordanzdemokratische Settings auf nationaler Ebene anfälliger für rechtspopulistische Interventionen scheinen, konnte die Studie auf kleinräumlicher Ebene die Resistenz von alltagsnahen kommunalen Entscheidungen gegenüber rechter Politisierung herausstellen. Dies wird auf die überwiegend positive Wahrnehmung von lokalen Politikerinnen und Politikern in den Kommunen zurückgeführt, die zudem Bürgernähe über alltägliche Begegnung und soziale Medien herstellen. Trotzdem zeigen die Ergebnisse, dass auch Entscheidungen mit lokal begrenzter Reichweite stark ideologisch aufgeladen werden können. Hier verdeutlichen die Fallstudien, dass gerade die Klimaschutzdebatte als zentrales Zukunftsthema auch auf kommunaler Ebene ein hohes Konfliktpotenzial bereithält.

Auch vor diesem Hintergrund sind die vorliegenden Handlungsempfehlungen entscheidend. Sie sollen kommunalpolitischen Akteuren helfen, einer Polarisierung der lokalen politischen Kultur auch bei kritischen Themen entgegenzuwirken. Dazu zählen die Autorin und die Autoren eine frühzeitige Beteiligung und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in lokalpolitische Entscheidungen, transparente und deliberative Partizipationsverfahren, eine klare Positionierung gegenüber rechtspopulistischen Akteuren sowie die Stärkung und Unterstützung einer demokratiefördernden Zivilgesellschaft.

Auf Basis dieser Vorgehensweisen kann die Chance bestehen, nicht nur Herausforderungen wie dem Klimawandel gemeinsam zu begegnen, sondern zugleich einen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu leisten.

Dr. Anna Becker

Seniorwissenschaftlerin und Clusterkordinatorin
vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Zusammenfassung

Am Beispiel von vier Gemeinden untersucht die vorliegende Studie entlang der kommunalpolitischen Themenfelder „Klima und Energie“, „Verkehrsinfrastruktur“ und „Wohnen“ sowie unter Einbeziehung des (typischerweise überlokal verhandelten) Themenfelds „Migration“ rechtspopulistische Aktivitäten in der Kommunalpolitik. Bei den untersuchten Gemeinden handelt es sich um je eine ländliche und eine suburban gelegene kleine Kommune in Brandenburg und Baden-Württemberg. Ziel der Untersuchung ist es herauszufinden, inwieweit und auf welche Weise rechtspopulistische Interventionen lokale Politikdiskurse beeinflussen. Die Studie beruht auf drei methodischen Modulen: 1) einer Framing- und Scaling-Analyse, die seitens der lokalen Parteien und Wählergruppen angebotene Deutungsmuster für lokalpolitische Themen untersucht, 2) einer Rezeptionsanalyse, die die Verhandlung dieser Themen in unterschiedlichen Diskursarenen betrachtet und 3) einer Analyse von Interviews mit insgesamt 58 Personen, die in den vier Untersuchungsgemeinden ansässig sind und einen guten Überblick über die dortigen kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteure, Debatten und Aushandlungsmodi besitzen. Die Erhebungen wurden vor den Kommunalwahlen im Mai 2019 durchgeführt. Die Auswertung des Materials legt, im Abgleich mit der einschlägigen Fachliteratur, einige Ableitungen nahe.

In den Untersuchungsorten sind es jeweils unterschiedliche Schwerpunktthemen, die als relevant für das lokale Gemeinwesen angesehen werden. Bei diesen Themen verlaufen die Konfliktlinien nicht zwangsläufig zwischen mehr oder minder klar definierten Fraktionen innerhalb der lokalen Gemeinschaft, sondern auch vertikal zwischen lokalen und überlokalen (Kreis, Region, Land, Bund, EU) Interessenslagen sowie horizontal zwi-

schen unterschiedlichen Gemeinden. Die Verhandlung dieser Themen verläuft in unterschiedlichen Diskursarenen unter unterschiedlichen Dynamiken. Insbesondere auf Facebook werden zu einigen Themen mit Lokalbezug extrem polarisierte Diskussionen geführt. Dabei fällt besonders das Konfliktpotenzial der Klimaschutzdebatte ins Auge.

Die demokratischen Parteien und Wählergruppen in den Untersuchungsgemeinden besetzen ein weites Feld an Themen, sodass kaum „populistische Lücken“ in der Kommunalpolitik auszumachen sind. Einzig die radikale Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen hat auch auf lokaler Ebene das Potenzial eines rechtspopulistischen Alleinstellungsmerkmals.

Zugleich können im kommunalen Handlungsfeld von „Klima und Energie“ kohärente rechtspopulistische Erzählungen identifiziert werden, mit denen es gelingt, die Ebene der Problemwahrnehmung (lokal) mit der übergeordneten administrativen und politischen Handlungsebene von Land, Bund und EU miteinander in Beziehung zu setzen. Solche kohärenten „Scale-Frames“ konnten im Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“ in den untersuchten Orten nur wenige identifiziert werden. Insbesondere an thematischen Schnittstellen zum Klimaschutz bieten diese aber Ansatzpunkte für rechtspopulistische Interventionen qua Anrufung lokaler Kollektivinteressen.

Das Themenfeld „Migration“ wird von lokalen rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren weniger intensiv (explizit) behandelt als vielfach angenommen; das schließt freilich nicht aus, dass rechtspopulistische Kräfte auch bei lokalen Wahlen von ihrem (überlokalen) Profil profitieren.

Die lokalen politischen Arrangements mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als exponierten Figuren der Lokalpolitik bieten eine ambivalente Ausgangslage für rechtspopulistische Anti-Eliten-Diskurse: Zum einen eignen sie sich in kleineren Gemeinden aufgrund ihrer vergleichsweise ausgeprägten Bürgernähe kaum für elitenkritische Projektionen; zum anderen bieten unpopuläre Entscheidungen und z. T. intransparente Entscheidungsverfahren Ansatzpunkte für rechtspopulistische Interventionen.

Insgesamt bieten in den untersuchten Fällen vor allem die drei konkordanzdemokratischen Besonderheiten der lokalen Politikebene – Verhandlungsprimat, Korporatismus und Politikverflechtung – Potential für rechtspopulistisches diskursives Framing und Scaling, das in unterschiedlichem Umfang ausgeschöpft wird.

Kommunale Wählergemeinschaften können eine entscheidende Rolle für die Stabilisierung der demokratischen Prozesse vor Ort spielen, sofern sie nicht ihrerseits genuin rechtspopulistisch argumentieren und agieren oder mit rechtspopulistischen Gruppierungen koalieren. Dies liegt einerseits an ihrer thematischen Flexibilität, die es ermöglicht, aufkommende Streitthemen frühzeitig zu besetzen, und andererseits an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer vertikalen Einbindung (z. B. in Parteistrukturen).

Neue Koalitionen zwischen zivilgesellschaftlichen und rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren deuten sich in zwei der untersuchten Orte an. Dort sichern insbesondere die Verwurzelung und das Engagement rechtspopulistischer Akteure in bestimmten, vertikal schwach integrierten Organisationen (z. B. lokale Sportvereine) deren gesellschaftliche Akzeptanz.

Künftige Untersuchungen zur Auswirkung rechtspopulistischer Interventionen auf die kommunale politische Kultur sollten vor allem die sozialen Kosten einer Unterstützung rechtspopulistischer Parteien sowie die ökonomische Situation vor Ort und damit zusammenhängende kollektive Interessenslagen in den Blick nehmen.

1 Wandel lokalpolitischer Kulturen in Zeiten politischer Polarisierung

Spätestens seit 2016, dem Jahr der Wahl Donald Trumps ins Weiße Haus und des Brexit-Referendums, wird vermehrt über das politische Auseinanderdriften der Gesellschaften des globalen Nordens debattiert. Zwar ist es kein neues Phänomen, sondern gehört zum Wesen der liberalen Demokratie, dass sich entlang strittiger Themen Interessenskoalitionen ausbilden, die sich mehr oder minder intensiv verbal befehden. Eine besonders ausgeprägte politische Polarisierung, wie sie in den USA und Großbritannien spätestens seit obigen Ereignissen zu beobachten ist, „wird jedoch zumeist als schädlich interpretiert, da sie die demokratische Konfliktbearbeitung durch prinzipielles Misstrauen gegenüber dem politischen Gegner und durch Kompromissunfähigkeit erodiert, sodass das demokratische System an sich Schaden nimmt“ (Rau & Stier 2019: 402). Insbesondere entlang von Fragen der nationalen Zugehörigkeit gelang es Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten in einem von Migration und Flucht geprägten globalen Kontext zuletzt immer besser, das Potenzial rechter Einstellungen zu mobilisieren (Küpper et al. 2019a: 190). Mit einer Überbetonung emotionalisierter Feindbildkonstruktionen (vgl. Olschanski 2017) befeuern sie die (politische) Polarisierung der Gesellschaft. Entfalteten sich rechtspopulistische Interventionen zunächst vor allem entlang von politischen Fragestellungen, die auf nationalstaatlicher, teils auch supranationaler Ebene zu bearbeiten sind (Grenzregime), kann in jüngerer Zeit verstärkt beobachtet werden, dass auch kommunalpolitische Themen rechtspopulistisch besetzt werden. Benno Hafener

und weitere analysieren dazu in einer umfangreichen Untersuchung Beiträge der AfD in niedersächsischen und hessischen Gemeindegremien und zeigen auf, dass neben dem Themenfeld „Migration“ verstärkt kommunalpolitische Themen an Brisanz gewinnen (Hafener et al. 2018). Debatten rund um motorisierten Individualverkehr, Wohnen, Umwelt, Klima oder lokale Kulturförderung spielen für die Partei demnach eine zunehmend wichtige Rolle, doch unterscheiden sich die Argumentationsmuster von Fall zu Fall enorm, was die Autorinnen und Autoren als Ausdruck eines Suchprozesses nach einem kommunalpolitischen Profil deuten (ebd.: 139). Anhand von Debatten um Diesel-Fahrverbotszonen zeigt auch das Forschungsprojekt „Populismus und Demokratie in der Stadt“ auf, dass lokale Konfliktlagen auf unterschiedliche Weise ins Zentrum populistisch geführter Debatten rücken können: In dem untersuchten Kontext wird die drohende Maßnahme etwa mit radikaler Kritik an Regierungsmechanismen der EU und ihren Klimaschutzmaßnahmen, der drohenden Deklassierung der lohnarbeitenden, suburbanen Mittelschicht und dem Status- und Werteverlust von KFZ verbunden (Bescherer et al. 2018: 22ff). Die Autorinnen und Autoren interpretieren solche argumentativen Gemengelagen als das Füllen „populistischer Lücken“, worunter sie „faktische, von der Politik unzureichend bearbeitete Probleme“ verstehen, die zu „Gefühlen der Machtlosigkeit und Bevormundung sowie zu Verlustängsten führen können, die dann durch rechtspopulistische Deutungsangebote einen politischen Ausdruck finden können“ (ebd.: 23).

Insgesamt liegen zu der in der Literatur konstatierten Bedeutungszunahme rechtspopulistischer Interventionen auf kommunaler Ebene für den bundesdeutschen Kontext erst wenige umfassende Analysen vor. Zudem rücken die wenigen existierenden Studien fast ausschließlich Großstädte ins Zentrum ihres Forschungsinteresses (vgl. Bescherer et al. 2019, Mullis 2019). Die vorliegende Studie soll daher – unter ihrem gleichsam programmatischen Titel „Jenseits der Metropolen“ – anhand einer vergleichenden Untersuchung von vier kleineren Gemeinden (von denen drei um die 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner und eine, als Kleinstadt im ländlichen Raum, lediglich gut 5.000 Einwohnerinnen umfassen) zwei Aspekte näher beleuchten. Zum einen soll entlang der Themenfelder „Verkehrsinfrastruktur“, „Wohnen“ sowie „Klima und Energie“ herausgearbeitet werden, in welchem Maße und auf welche Weise es rechtspopulistischen Akteuren gelingt, kommunalpolitische Debatten und ggf. auch Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zum anderen soll geprüft werden, ob sich bereits ein Einfluss rechtspopulistischer Intervention auf die lokale politische Kultur nachweisen lässt. Im Einzelnen sollte sich folgenden Fragestellungen angenähert werden:

1. Welches Potenzial bieten die kommunalpolitischen Handlungsfelder Infrastruktur, Verkehr, Wohnen und Energie zur Polarisierung kommunalpolitischer Kultur und anhand welcher Aspekte werden diese problematisiert?
2. Wie wird rechtspopulistische diskursive Intervention vor Ort wahrgenommen und politisch verhandelt?
3. Wie werden (Mikro-)Konflikte mit allgemeinen weltanschaulichen Annahmen und Identitätskonstruktionen verknüpft?

Der vorliegende Bericht gibt zunächst einen Einblick in das Untersuchungsdesign, indem die Fallstudienauswahl sowie die eingesetzten Methoden erläutert werden (Kapitel 2). In Kapitel 3 werden Diskussionen um unterschiedliche Schlüsselbegriffe, wie etwa Rechtspopulismus, aufgegriffen und Arbeitsdefinitionen für diese Untersuchung entwickelt. Anschließend werden die empirischen Ergebnisse vorgestellt; hierbei wird zunächst das Spektrum von Deutungsangeboten für lokale Themen erläutert, das sich aus der Analyse der kommunalen Wahlkampfprogrammatiken ergibt (Abschnitt 4.1). Darauf aufbauend werden die identifizierten lokalen Gelegenheitsstrukturen dargestellt, die für die Wirkung rechtspopulistischer Interventionen entscheidend sind (Abschnitt 4.2), um im nächsten Schritt das Zusammenwirken dieser beiden Dimensionen zu beleuchten (Abschnitt 4.3). Schließlich werden künftige Forschungsdesiderate für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Wandel lokalpolitischer Kulturen in Zeiten des grassierenden Rechtspopulismus skizziert sowie mögliche demokratische Antworten auf rechtspopulistische Interventionen andiskutiert (Kapitel 5).

2 Fallstudien und methodisches Vorgehen

Für den Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte gibt es zwei populäre Deutungsangebote. Der erste Debattenstrang (*economic anxiety thesis*) legt nahe, dass wachsende ökonomische Disparitäten, ‚Entsicherungsprozesse‘ und Deklassierungängste in (weißen) Mittelschichtsmilieus die Hauptursache für das Erstarken rechter Parteien sind (z. B. Manow 2018). Eine zweite These stellt einen stillen (reaktionären) Wertewandel zurück zu traditionellen und weg von modernen, pluralistischen Lebensweisen in den Fokus (*cultural backlash thesis*) (z. B. Norris & Inglehart 2019). Geographisch informierte Studien zeigen auf, dass sich die beiden genannten Determinanten in jeweils spezifischer Weise im Lokalen ausprägen und auch gegenseitig bedingen (z. B. Mullis 2019). Handlungsleitendes Wissen, dessen sich kommunale Akteurinnen und Akteure bedienen können, um den neuen, mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte einhergehenden Herausforderungen auf lokaler Ebene zu begegnen, liegt bislang jedoch kaum vor (Bringt et al. 2017; Weiterdenken 2018). Aus diesen Gründen bietet es sich an, im Rahmen der vorliegenden Studie Wissen aus unterschiedlichen kommunalen Settings in unterschiedlichen Teilen Deutschlands zusammenzutragen und komparativ zu analysieren.

2.1 Vorüberlegungen zur Fallauswahl

Um ein möglichst kontrastreiches Feld abzustecken, wurden Untersuchungsorte gewählt, die zentrale, in der Fachliteratur benannte räumliche Einflussfaktoren auf rechtspopulistischen Erfolg variieren. Für Deutschland haben Einstellungsforschung und Wahlgeographie in den letzten Jahren – insbesondere angeregt durch den Aufstieg der *AfD* – hauptsächlich zwei Ansätze zur Erklärung des regional sehr unterschiedlichen Zuspruchs für eine rechtspopulistische Partei (zur Charakterisierung der *AfD* s. Schmitt-Beck et al. 2019: 16f) ins Spiel gebracht. Zum einen wird in vielen Arbeiten das frappante Ost-West-Gefälle des *AfD*-Wahlerfolgs mit strukturellen und historischen Unterschieden zwischen alten und neuen Bundesländern in Beziehung gesetzt (Heft 2018). Zum anderen wird häufig ein weiteres Gegensatzpaar für die Erklärung *rechter Wahlgeographien* bemüht: der Unterschied zwischen Land und Stadt (Bernet 2019). In internationalen Forschungszusammenhängen rückt hier vermehrt auch der suburbane Raum, als Wohnstandort von von Deklassierung bedrohten

Mittelschichten in den Fokus des Interesses (Niedt 2006; Tzaninis et al. 2018; van Gent et al. 2014; Walks 2004). Unabhängig davon, welche Erklärungskraft diese Ansätze haben, gilt es diesen Deutungen schon allein aufgrund ihrer medialen Präsenz nachzugehen und sie differenzierter zu beschreiben. In der Berichterstattung wird etwa von der „Rache der Dörfer“ (Kaschuba 2016) oder dem „braunen Osten“ (Heft 2018) gesprochen. Damit werden Bilder produziert, die weit über das Analytische hinausgehen und selbst wirkmächtig *rechte Räume* konstruieren.

Eine allein auf großräumigen Differenzen beruhende Erklärung des Erfolgs rechtspopulistischer Politikangebote erscheint allerdings unzureichend – dazu ist deren jüngste Entwicklung auch jenseits der *AfD*-Hochburgen viel zu dynamisch. Daher richtet die vorliegende Studie ihren Fokus auf kleinräumig zu verortende Aspekte, die insbesondere im Vorfeld von Kommunalwahlen besonders eingehend und kontrovers verhandelt werden. Hinzu kommt, dass die Kommunalwahlen im Mai 2019, der zeitliche Referenzpunkt dieser Studie, auch seitens rechtspopulistischer Akteure selbst als besonders bedeutsam erachtet wurden. So ließ etwa Björn Höcke (Mitbegründer des *Flügels* innerhalb der *AfD*) vorab verlautbaren: „Sie werden uns in Verbindung mit den Menschen vor Ort bringen. Und dann werden sie uns nicht mehr los, komme, was da will“ (Höcke nach Sternberg 2019).

Den skizzierten Argumenten folgend sollten vier Fallstudien von Gemeinden ähnlicher Größe ausgewählt werden, die sich a) im Grad ihrer Zentralität (suburbaner vs. ländlicher Raum) unterscheiden, die b) je zur Hälfte in West- und Ostdeutschland liegen und in denen c) zeitgleiche Kommunalwahlen bevorstehen. Überlegungen zum Feldzugang und forschungsökonomische Restriktionen bedingten schließlich die Auswahl der folgenden Fallstudien: Ahrensfelde im Landkreis Barnim (Brandenburg) und Schriesheim im Rhein-Neckar-Kreis (Baden-Württemberg) als suburbane Gemeinden sowie Pfullendorf im Kreis Sigmaringen (Baden-Württemberg) und Seelow, die Kreisstadt Märkisch-Oderland (Brandenburg), als ländlich geprägte Kleinstädte (s. Abbildung 1).

2.2 Stadtprofile und aktuelle politische Kräfteverhältnisse

Bevor näher auf das Untersuchungsdesign eingegangen wird, werden in diesem Abschnitt zunächst die lokalen Gegebenheiten in den vier Fallstudiengemeinden skizziert. Demographische und wirtschaftliche Kennzahlen aller vier Orte sind in Tabelle 1,

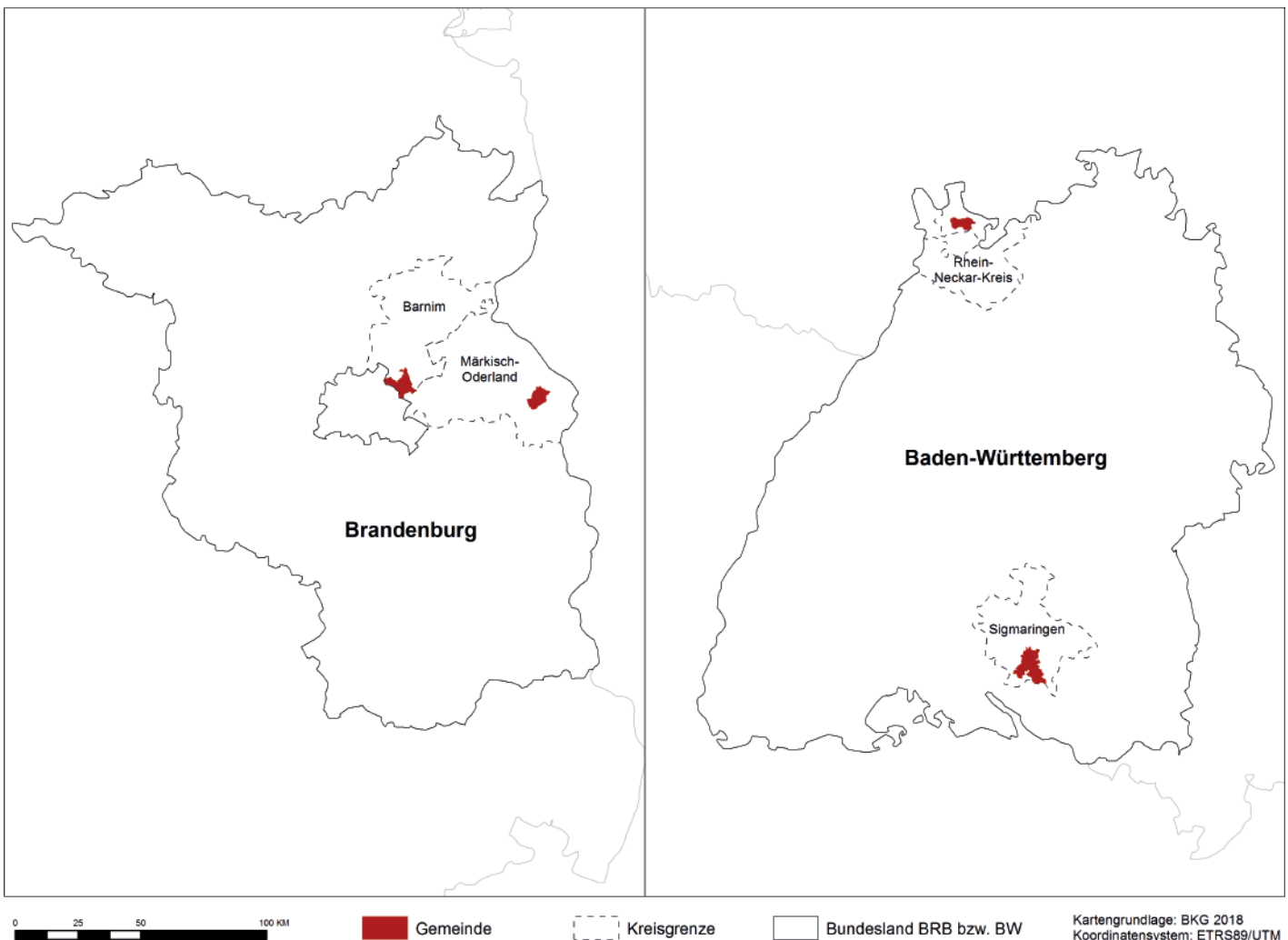


Abbildung 1: Geographische Lage der Fallstudiengemeinden (Karte: Mine Henki)

die jüngsten Wahlergebnisse in Abbildung 2 vergleichend dargestellt.

Die brandenburgische Gemeinde **Ahrensfelde** gehört zum Landkreis Barnim und besteht aus den fünf Ortsteilen Ahrensfelde, Blumberg, Eiche, Lindenberg und Mirow, die im Zuge einer Gebietsreform 2003 zusammengefasst wurden (Gemeinde Ahrensfelde 2013). Die Gemeinde grenzt im Süden unmittelbar an Berlin, im Norden liegt die Stadt Bernau, im Nordosten die Stadt Werneuchen. Gemeinsam mit Werneuchen bildet Ahrensfelde eine der neuen Entwicklungsachsen des Berliner Umlandes (Gemeinde Ahrensfelde 2019). Ahrensfelde ist nach Bevölkerungszahl die zweitgrößte der untersuchten Gemeinden. Die Siedlungsflächen erstrecken sich bis an die Berliner Stadtgrenze, wo sie fast unmittelbar an die Großwohnsiedlung Marzahn anschließen. Als zentrales Entwicklungsziel formuliert der Ahrensfelder Flächennutzungsplan die Entwicklung der Gemeinde als „attraktiven Wohnstandort in Nachbarschaft zu Berlin“ (Gemeinde Ahrensfelde 2013: 26).

Ahrensfelde ist durch den anhaltenden von Berlin ausgehenden Suburbanisierungsprozess geprägt. Auf 1.000 Einwohnende kamen im Jahr 2017 57,3 Zu- und 47,5 Fortzüge. Daraus ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo (9,8), obwohl viele Menschen lebenszyklusbedingt die Kommune verlassen. Insgesamt ist die Bevölkerung von 2011 bis 2017 insbesondere durch den Zuzug von Eltern-Kind-Familien um 4,6 % gewachsen, wobei eine Zunahme von Haushalten mit mittlerem sowie höherem Einkommen auszumachen ist: Die Kaufkraft stieg in nur zwei Jahren (2015 bis 2017) von ca. 52.000 auf ca. 59.000 Euro pro Haushalt. Gleichzeitig nehmen Haushalte mit einem geringeren Einkommen ab. Das Pendlervolumen in der Gemeinde Ahrensfelde ist sehr hoch, der Anteil der Ein- und Auspendelnden an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegt 2017 bei je knapp über 90 %; ungeachtet dieser starken Verbindungen nach Berlin wird Ahrensfelde dem Demographietyp der stabilen, ländlichen Gemeinde zugeordnet (Bertelsmann Stiftung, 2019).

In Ahrensfelde erreicht die *CDU* in der Wahl am 26. Mai 2019 auf Kreistageebene mit 17 % des Stimmenanteils das beste Ergebnis aller Parteien. Am zweitstärksten schneidet die *AfD* mit 15,9 % ab, knapp gefolgt von *Die Linke* (14,5 %), *BVB/Freeie Wähler* (13,4 %) sowie *SPD* (13,3 %). Ähnlich knapp ist der Wahlausgang auf Gemeindeebene: Auf die *CDU* mit 17 % folgt die *Freie Wählergemeinschaft (FWG)* mit 15 %. *Die Linke* (13,2 %), *AfD* (13,7 %) und *SPD* (12,7 %) erzielen hier im Vergleich zur Kreistagswahl etwas schwächere Ergebnisse. Die Wahlbeteiligung lag auf beiden Ebenen bei knapp über 65 %.

Die Stadt **Pfullendorf** liegt im Landkreis Sigmaringen im Süden Baden-Württembergs zwischen dem (ca. 20km entfernten) Bodensee im Süden und dem Donautal im Norden. Die Grenze zur Schweiz ist ca. 50 km entfernt. Pfullendorf hat etwa so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Ahrensfelde (Stadt Pfullendorf 2019). Die nächstgelegenen größeren Städte sind Friedrichshafen, Konstanz und Ravensburg. Pfullendorf wird von der Bertelsmann Stiftung (2019) als eine stabile, ländliche Gemeinde klassifiziert, für die zwischen 2012 und 2030 ein minimaler Bevölkerungsrückgang von -1,6 % erwartet wird. Im Jahr 2017 weist Pfullendorf einen positiven Wanderungssaldo auf: Auf 1.000 Bewohnerinnen und Bewohner kamen 61,4 Zu- und 56,5

Fortzüge. Zuzüge erfolgen vorrangig aus anderen Gemeinden des Kreises Sigmaringen sowie aus dem Bodenseekreis, während Fortzüge insbesondere in Richtung größerer Städte (Konstanz, Stuttgart, Berlin) erfolgen (Bertelsmann Stiftung 2019). Eine lokale Besonderheit ist die Ende der 50er Jahre erbaute Kaserne, die für Pfullendorf eine wichtige Rolle spielt. Sie wird bis heute militärisch genutzt und beherbergt derzeit das Ausbildungszentrum „Spezielle Operationen“ der Bundeswehr (Stadt Pfullendorf 2019).

Die Kaufkraft in Pfullendorf ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, da überdurchschnittlich viele Haushalte mit mittlerem und hohem Einkommen zuziehen. Der Anteil der auf Leistungen nach SGB II angewiesenen Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahren liegt bei 5,3 % (2017) (ebd.). Das Pendleraufkommen ist geringer als in den anderen Fallstudiengemeinden: Knapp 60 % der am Ort sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pendeln ein; die Zahl der Auspendlerinnen und Auspendler liegt etwas niedriger (ebd.).

Aus der Kreistagswahl geht in Pfullendorf die *CDU* mit 44 % der Stimmen als deutliche Siegerin hervor. Darauf folgen die *Freien Wähler Sigmaringen (FWV)* mit knapp einem Drittel der Wählerstimmen (32,4 %); *Bündnis 90/Die Grünen* erreichen 15,1 %, die *SPD* lediglich 5,5 %. Auf der Gemeindeebene teilen sich drei Parteien/Listen das Gros der Stimmen: *Freie Wähler (FW)* (36,4 %), *CDU* (33 %) sowie *Unabhängige Liste (UL)* (26,1 %). Obwohl sie in Pfullendorf ihre einzige Ortsgruppe im Landkreis Sigmaringen hat, trat die *AfD* zur Gemeinderatswahl nicht mit einer eigenen Liste an; auf Kreistageebene erzielte sie lediglich 3 % der abgegebenen Stimmen. Nur wenig mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten gaben bei den beiden Wahlen ihre Stimme ab.

Die Stadt **Schriesheim** liegt im äußersten Nordwesten Baden-Württembergs im Rhein-Neckar-Kreis und umfasst neben der Ortslage Schriesheim die beiden Odenwalddörfer Altenbach und Ursenbach. Im Sommer 2018 zählt Schriesheim 15.088 Einwohnerinnen und Einwohner und ist damit die größte der Untersuchungsgemeinden (Stadtverwaltung Schriesheim 2016). Die Bertelsmann Stiftung (2019) stuft Schriesheim als prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wirtschaftszentren ein. Die Gemeinde liegt etwa 8 km von Heidelberg, 15 km von Mannheim und 80 km von Frankfurt am Main entfernt im Verdichtungsraum Rhein-Neckar. Nach aktuellen Berechnungen wird die Bevölkerung durch eine positive Wanderungsbilanz zwischen 2012 und 2030 um 4,5 Prozentpunkte wachsen. Zuzüge nach Schriesheim sind sowohl auf Familien- und Alters- als auch auf Bildungswanderungen zurückzuführen. Die Zugezogenen stammen vorrangig aus Heidelberg, Mannheim oder Stuttgart. Schriesheim vermarktet sich als „Schulstadt“; ein großes Schulzentrum dient der überörtlichen Versorgung im Bildungsbereich (Stadtverwaltung Schriesheim 2016).

Die Kaufkraft in Schriesheim ist in den letzten Jahren kontinuierlich auf knapp 65.000 Euro pro Kopf (2017) gestiegen, der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger an der Gesamtbevölkerung liegt bei 3,5 %. Die Stadt weist ein hohes Pendlervolumen und einen deutlichen Auspendlerüberschuss auf. Knapp 70 % der am Ort sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten pendeln ein und fast 90 % der Erwerbsbevölkerung aus. Viele

Schriesheimerinnen und Schriesheimer arbeiten in den großen Wirtschaftszentren der Umgebung (Bertelsmann Stiftung 2019).

Die Kommunalwahlen im Mai 2019 gewinnt in Schriesheim *Bündnis 90/Die Grünen* bzw. die *Grüne Liste (GL)* mit 27,2 % der Wählerstimmen auf der Kreistags- und 32,5 % auf der Gemeindeebene. Die *CDU* folgt mit 22,6 % (Kreistag) bzw. 20,7 % (Gemeinderat). Die *SPD* liegt mit 17,5 % der Wählerstimmen bei der Kreistagswahl knapp vor den *Freien Wählern (FW)* (15,6%). In den Gemeindegremien verschiebt sich dieses Bild: Die *Freien Wähler Schriesheim (FW-S)* erreichen 18,8 %, die *SPD* 15,3 %. *AfD* und *FDP* erreichen bei der Kreistagswahl beide einen Stimmenanteil von knapp 7 %; bei der Gemeinderatswahl entfallen nur 3,4 % der Stimmen auf die *AfD*. Die Wahlbeteiligung ist vergleichsweise hoch; bei beiden Wahlen gaben rund 70 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Seelow ist Kreisstadt des Landkreises Märkisch-Oderland im Osten Brandenburgs und liegt weniger als 20 km von der polnischen Grenze entfernt. Mit knapp 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist es die kleinste der vier untersuchten Kommunen (Stadt Seelow 2019). Die Umzugsdynamik ist in Seelow recht hoch: 2017 kommen auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 82,1 Zu- und 76,4 Fortzüge. Durch Familien- und Alterswanderung, insbesondere aus den umliegenden, infrastrukturell schlechter ausgestatteten Gebieten, gewinnt Seelow Bevölkerung hinzu. Fortzüge sind vor allem auf Bildungswanderungen zurückzuführen; Hauptzielort der Abwandernden ist das nahegelegene Frankfurt (Oder). In den kommenden zehn Jahren ist mit einem starken Rückgang der Bevölkerung in Seelow zu rechnen; die relative Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 wird auf minus 6 Prozentpunkte geschätzt. Daher wird Seelow von der Bertelsmann Stiftung als stark schrumpfende Kommune mit Anpassungsdruck eingestuft.

Der Altersquotient (Personen über 65 Jahren je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) liegt in Seelow mit 64,9 deutlich höher als in den anderen Fallstudiengemeinden. Daher ist davon auszugehen, dass die Stadt künftig nicht nur mit einem Rückgang der Bevölkerung, sondern auch mit einer Überalterung zu kämpfen hat. Der Anteil an SGB II-Empfängerinnen und Empfängern ist zwar in den letzten Jahren rückläufig, mit 18,4 % (2017) jedoch immer noch sehr hoch. Auch die Kinderarmut, die 2014 noch mit einer Quote von 37,6 % beziffert wurde, ist in den letzten Jahren zurückgegangen (2017: 28,7 %). Gleichzeitig ist die Kaufkraft in der Gemeinde gestiegen; im Jahr 2017 betrug sie fast 40.000 Euro pro Haushalt. Seelow zieht viele Einpendlerinnen und Einpendler aus den umliegenden Gebieten an; sie machen über 80 % der sozialversicherten Beschäftigten am Ort aus. Das Auspendlervolumen ist mit fast 70 % der am Ort lebenden Erwerbsbevölkerung ebenfalls recht hoch.

In Seelow fällt das Ergebnis der Kommunalwahl 2019 auf der Landkreisebene sehr knapp aus: *Die Linke* (21,8 %) sowie die *SPD* (21,4 %) liegen bei der Kreistagswahl nur ganz knapp vor der *AfD* (20,5 %); die *CDU* erreicht einen Stimmenanteil von 16 %. Auf der Gemeindeebene fällt das Ergebnis nur unwesentlich deutlicher aus: Die *SPD* erreicht 27,2 % der Wählerstimmen, gefolgt von *Die Linke* mit 26,2 %. Die *AfD* kann 19,2 % der Wählerschaft für sich gewinnen, knapp dahinter liegt die lokale *Wählergemeinschaft Heimat, Kultur, Sport (W-HKS)* (18,9 %). Die *CDU* kommt auf nur 5,5 % der Stimmen. Auf Kreistags- sowie Gemeindeebene gaben in Seelow nur ca. die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Den Wahlergebnissen aller vier Orte ist gemein, dass die *AfD* auf Ebene der Gemeinde schwächere Wahlergebnisse erzielt als auf Landkreis- und europäischer Ebene. Da die Wahlbeteiligung in allen vier Fallstudiengemeinden bei den jüngsten Gemeinde-

Indikatoren	Seelow 2017	Ahrensfelde 2017	Schriesheim 2017	Pfullendorf 2017
Bevölkerung (Anzahl)	5.415	13.307	15.008	13.287
Relative Bevölkerungsentwicklung seit 2011 (%)	-0,6	4,6	2,8	2,8
Relative Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 (%)	-6,0	1,4	4,5	-1,6
Wanderungssaldo (je 1.000 EW)	5,8	9,8	6,8	4,9
Durchschnittsalter (Jahre)	48,2	46,3	44,7	43,1
Altenquotient (ab 65-Jährige je 100 Pers. der AG 20-64)	46,9	28,4	38,2	31,9
Anteil unter 18-Jährige (%)	15,0	15,4	16,8	17,9
Steuereinnahmen pro Einwohner (Euro/Einwohner)	579	1.061	1.010	1.590
Einpendler an den SvB – gesamt (%)	81,4	91,4	72,7	59,5
Auspendler an den SvB – gesamt (%)	68,4	92,9	88,2	51,1
Wohnungen in Ein-/Zweifamilienhäusern (%)	39,1	87,0	49,9	57,4
Kaufkraft (Euro/Haushalt)	39.653	58.725	64.517	52.448
Arbeitslosenanteil an den SvB (%)	14,6	2,6	3,9	5,9
Kinderarmut (%)	28,7	3,0	4,7	7,1
SGB II-Quote (%)	18,4	1,9	3,5	5,3

Tabelle 1: Demographische und wirtschaftliche Kennzahlen der Untersuchungsorte (Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019)

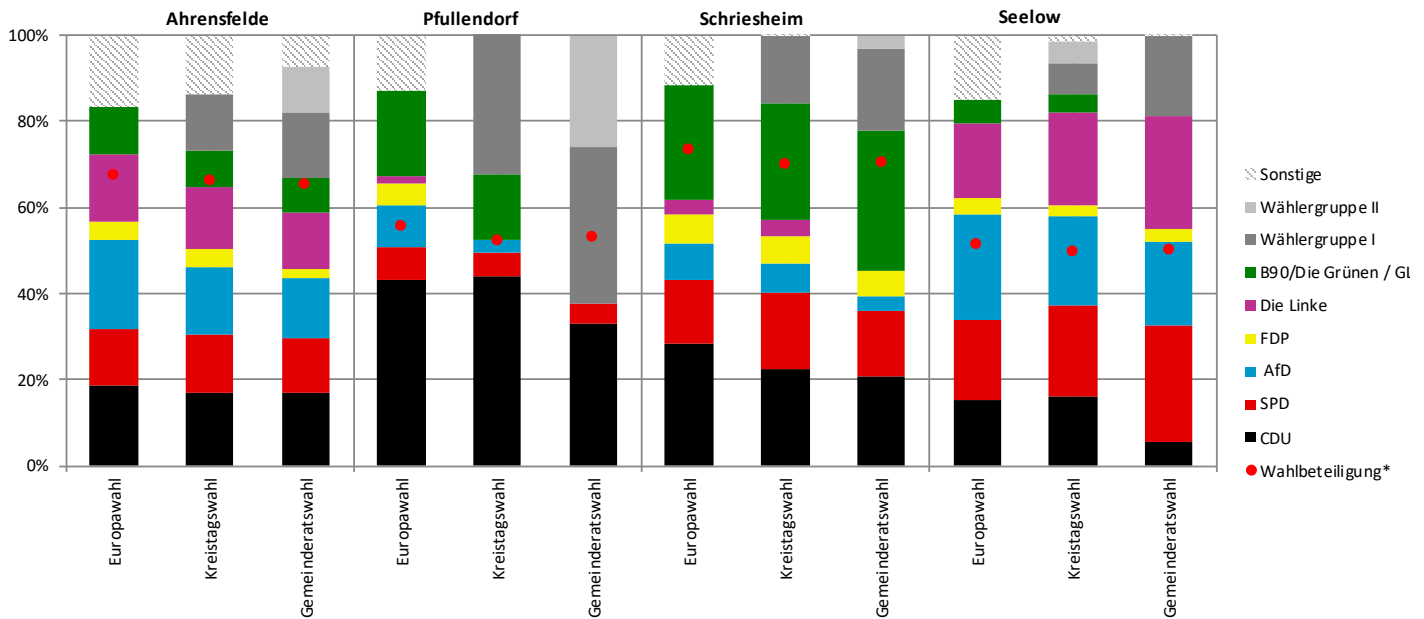


Abbildung 2: Wahlergebnisse vom 26.05.2019 nach Fallstudiengemeinden und gewählten Gremien (inkl. Briefwahl; eigene Darstellung, verschiedene Datenquellen)

und Kreistagswahlen im Mai 2019 ähnlich hoch war wie bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl, liegt die Vermutung nahe, dass einzelne Wählerinnen und Wähler sich auf höherer politischer Ebene stärker von der *AfD* angesprochen fühlen als auf lokaler: In Schriesheim konnte die *AfD* auf kommunaler Ebene nur ca. 45 % ihres bei der Wahl zum Europäischen Parlaments mobilisierten Elektorats gewinnen, in Seelow waren es, bei insgesamt sehr guten Wahlergebnissen für die Partei, ca. 80 %.

2.3 Methodik

Die vorliegende Studie basiert auf drei analytischen Modulen. Erstens wird erhoben, welche Deutungsmuster für lokalpolitische Themen seitens der Parteien und Wählergruppen vor Ort in Umlauf gebracht werden (Framing- und Scaling-Analyse). Zweitens eröffnet die Analyse von Print- und Online-Medien Einblicke in die Verhandlung dieser Themen in unterschiedlichen lokalen Diskursarenen (Rezeptionsanalyse). Drittens wird über Interviews mit Ortsansässigen erhoben, wie kommunale Politikerinnen und Politiker, die Aushandlung lokalpolitischer Themen und der Wandel der jeweiligen lokalpolitischen Kultur wahrgenommen werden.

2.3.1 Framing- & Scaling-Analyse

Die Forschung zu populistischen Parteien geht davon aus, dass deren Erfolg stark von diskursiven Selektions- und Rahmungsprozessen abhängt (Mudde 2007). Welche gesellschaftspolitischen Fragen auf die Agenda gelangen und wie diese verhandelt werden ist für das Verständnis des Aufstiegs populistischer Kräfte grundlegend. Daher beschäftigen sich zuletzt zahlreiche Arbeiten mit Phänomenen des Framings von rechts (z. B. Hillje 2017).

Framing-Analysen zielen typischerweise darauf ab zu rekonstruieren, wie unterschiedliche Themen als Problem konstruiert

werden („problem definition“), wo die Ursachen dafür ausgemacht werden („causal interpretation“), wie sie bewertet werden („moral evaluation“) und welche Handlungsempfehlungen („treatment recommendation“) entwickelt werden (Entman 1993). Für eine Untersuchung, die die kommunale Ebene fokussiert, erscheint es jedoch erforderlich, diesen Ansatz zu erweitern, indem nicht nur analysiert wird, wie verschiedene Thematiken benannt und verhandelt werden, sondern auch welche (räumliche und politische) Handlungsebene ihnen zugewiesen wird. Denn erste Forschungsergebnisse zur populistischen Besetzung kommunalpolitischer Fragen in Deutschland (Bescherer et al. 2018, 2019; Mullis 2019) legen nahe, dass die diskursive Verknüpfung von lokalen Problemlagen mit Debatten höherer Ebenen eine zentrale Rolle spielt. In der vorliegenden Studie kommt daher eine integrierte Framing- und Scaling-Analyse zum Einsatz, die sich auch am Begriff der *Scale Frames* orientiert, der von Hilda Kurtz wie folgt definiert wird: „Scale frames are the discursive practices that construct meaningful (and actionable) linkages between the scale at which a social problem is experienced and the scale(s) at which it could be politically addressed or resolved“ (Kurtz 2003: 894). Über die Einbeziehung von *Scale Frames* wird angestrebt, auch die diskursiven Praktiken der Analyse zugänglich zu machen, mit denen die Problemwahrnehmungs- und die (politische) Handlungsebene miteinander verknüpft werden. Auf kommunaler Ebene verspricht dies in besonderem Maße aufschlussreich zu sein, da laut Wilhelm Heitmeyer das Versprechen von „Kontrollgewinnen“ das Kernargument rechtspopulistischer Argumentation darstellt (Heitmeyer 2018: 72), die kommunale Handlungsmacht aber insbesondere in den bundesweit stark polarisierenden Debatten etwa zur Migration sehr begrenzt ist.

Grundlage der Framing- und Scaling-Analyse sind Materialien, die in den Fallstudiengemeinden zwischen dem 1.4.2019 und der Kommunalwahl am 26.5.2019 von kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteuren vor Ort produziert und verbreitet wurden. Es wird angestrebt, die fünf auf kommunaler Ebene

Sequenz	Inhaltliche Codierung (induktiv)	Framinganalytische Codierung (deduktiv)	Finaler Code
z. B. „Die Veränderungen der „Alterspyramide“ mit steigenden Lebenserwartungen, Herausforderungen für Pflege und Rentensystem verlangen auch auf der Gemeindeebene neue Ideen und Konzepte.“ (Sch_GLS_WP)	Hier: „demographischer Wandel“	Problembenennung, Ursachendefinition, Bewertung oder Handlungsoption	demographischer Wandel

Tabelle 2: Beispielhaftes Schema zur Codierung der in der Framing- und Scaling-Analyse ausgewerteten Verlautbarungen lokaler politischer Akteure

jeweils stärksten politischen Parteien bzw. Wahllisten zu berücksichtigen. In einigen Fällen muss von diesem Grundsatz allerdings abgewichen werden. So haben etwa in Seelow kleinere parteiunabhängige Wählergemeinschaften keinerlei Inhalte aktiv publiziert und auch auf Nachfrage kein Material bereitgestellt. In Schriesheim und Pfullendorf wiederum gehört die AfD nicht zu den fünf stärksten kommunalpolitischen Kräften; aufgrund der hier verfolgten Fragestellungen wurden ihre Wahlkampfmaterialien und Verlautbarungen aber dennoch ausgewertet. Das Materialkorpus speist sich zudem aus unterschiedlichen Quellen: Eine wichtige Grundlage stellen kommunale Wahlprogramme dar, die jedoch nicht für alle untersuchten Parteien/Gruppen vorliegen; das Gros des Materials stammt daher von öffentlich einsehbaren Facebookseiten, Blogs, Websites und Plattformen wie Instagram und Youtube. Eine genaue Aufschlüsselung findet sich im Anhang. Damit ist das Materialkorpus zwar vergleichsweise heterogen; dennoch kann es als aussagekräftige Sammlung der Positionierungen aller relevanten Wählergemeinschaften und Parteien verstanden werden, da es alle öffentlich auffindbaren Verlautbarungen im Vorlauf der Kommunalwahlen dokumentiert.

Sofern die Verlautbarungen der Kandidatinnen und Kandidaten, Parteien und Wählergruppen nicht schon in Schriftform vorlagen, wurden sie transkribiert, um sie anschließend framing- und scaling-analytisch auszuwerten. Hierfür wurden über 1.000 Sequenzen in einem Doppelverfahren codiert, das zunächst auf induktive Weise thematische Kategorien zuwies, die sich aus dem Material ergeben und diese anschließend einem deduktiv abgeleiteten Grundgerüst zuordnete (s. Tabelle 2). Letzteres basiert auf Entmans (1993) Überlegungen zur Frame-Analyse, aus denen sich die vier Kategorien „Problembenennung“, „Ursachendefinition“, „Bewertung“ und „Handlungsoption“ ergeben. Für die Codierung von Aussagen, in denen sich diskursive Skalierungsprozesse niederschlagen, sind dabei hauptsächlich die Kategorien „Ursachendefinition“ und „Handlungsoption“ relevant. Mit ihrer Hilfe konnte systematisch erfasst werden, in welcher Weise bestimmte politisch relevante Sachverhalte mit bestimmten administrativen und geographischen Einheiten und damit zugleich bestimmten Ebenen des parlamentarischen Systems assoziiert werden.

2.3.2 Rezeptionsanalyse lokaler Publikationen und sozialer Medien

Um in Erfahrung zu bringen, auf welche Weise rechtspopulistische Argumentationsfiguren in lokale Diskursarenen Eingang finden und an welche Narrative sie andocken, erfolgt eine Rezeptionsanalyse – eine Auswertung von Textmaterial aus ver-

schiedenen medialen Quellen. Eine Rezeptionsanalyse vermittelt zudem Aufschluss über die Debattenkultur vor Ort.

Entsprechend der Diagnose der Vielfältigkeit der für die (auch lokal-)politische Willensbildung bedeutsamen Medien besteht die durchgeführte Rezeptionsanalyse aus zwei Komponenten, zum einem aus einer Printmedienanalyse und zum anderen aus einer verdeckten Online-Beobachtung. Für alle vier Fallstudien wurden mediale Artefakte untersucht, die allgemein zugänglich archiviert sind und in Schriftform vorliegen. Im Einzelnen wurden im Untersuchungszeitraum aus den jeweiligen regionalen Tageszeitungen sowie von Twitter alle Beiträge mit Bezug zu den vier Untersuchungsgemeinden gesammelt und analysiert. Zusätzlich wurden Facebook-Diskussionen, in denen die Untersuchungsorte vorkommen, stichprobenweise herangezogen. Dieser multidimensionale Zugang gewährt (insbesondere durch den Abgleich mit der Framing- und Scaling-Analyse und den vor Ort geführten Interviews) Einblicke, wie in unterschiedlichen Diskursarenen dieselben lokalpolitischen Thematiken mit sehr unterschiedlicher Diskursdynamik verhandelt werden.

Printmedienanalyse

In der Printmedienanalyse wurden Beiträge zu lokalen Themen aus regionalen Tageszeitungen ausgewertet, um die in den Interviews (vgl. Abschnitt 4.2) eingenommene Perspektive auf diese Themen an anderen Sichtweisen zu spiegeln. Zugleich haben solche Beiträge, so darf jedenfalls vermutet werden, maßgeblichen Einfluss auf die Meinungsbildung vor Ort. In der repräsentativen, von der brandenburgischen Staatskanzlei beauftragten Umfrage des „Brandenburg-Monitors“ geben 31 % der Befragten an, dass Zeitungen für sie die wichtigste Informationsquelle seien, wobei 83 % der Zeitungslesenden regionale Tageszeitungen, 13 % die BILD und nur 4 % andere Zeitungen lesen (Müller-Hilmer 2018). Aufgrund dieser Überlegungen wurde das Textkorpus aus den regionalen Tageszeitungen Märkische Oderzeitung für Seelow (MOZ_MOL) und Ahrensfelde (MOZ_BAR), Südkurier für Pfullendorf (SÜD) und Mannheimer Morgen für Schriesheim (MM) gebildet. Das Korpus besteht aus den vier Regionalausgaben der drei Zeitungen für den Zeitraum vom 1.4.2019 bis zum 15.8.2019 und gliedert sich jeweils in zwei Abschnitte, in denen die Wahl am 26.5. das Trenndatum markiert.

Aufgrund des großen Materialumfangs bietet sich ein lexikometrisches diskursanalytische Auswertungsverfahren an. Diese Methode entstammt der Korpuslinguistik und hat Iris Dzudzek und weiteren zufolge das Ziel, innerhalb eines geschlossenen Textkorpus zwischen lexikalischen Elementen quantitative Beziehungen offen zu legen. Dies setzt voraus, dass das Textkorpus in seiner Zusammenstellung klar definiert ist und sich im Laufe

der Untersuchung nicht verändert (Dzudzek et al. 2009: 229). In der lexikometrischen Diskursanalyse können demnach vier zentrale Vorgehensweisen unterschieden werden (ebd.: 240), von denen in diesem Projekt zwei zur Anwendung kommen: Zunächst wurden mittels Frequenzanalyse die absoluten und relativen Häufigkeiten von bestimmten Wörtern oder Wortgruppen im Textkorpus definiert. Hierfür wurden einerseits kontextbezogene Wortstammlisten gebildet, die alle Formen der Suchworte umfassen, andererseits wurden Wortstammlisten auszuschließender Worte erstellt, die nicht in die Analyse einfließen sollten. (Beispielsweise wurden die Wortstämme *|klimaanlag|* und *|klimaautomat|* ausgeschlossen, um zu vermeiden, dass Werbeanzeigen für Autos als Pressebeiträge zum Themenfeld „Klima und Energie“ in das Korpus einfließen). Im zweiten Schritt, der Konkordanzanalyse, wurde untersucht, in welchen Kontexten die in den Wortstammlisten verzeichneten Begriffe im Textkorpus erscheinen bzw. welche lexikalischen Elemente in der Nähe der gesuchten Wörter zu finden sind (ebd.: 242). Das Textkorpus wurde in der Analysesoftware MAXQDA zusammengeführt und insbesondere unter Zuhilfenahme der Erweiterung MAXDictio auf quantitative Relationen hin untersucht.

Die gewählte, für große Textmengen konzipierte quantifizierende, computergestützte Vorgehensweise der Printmedienanalyse birgt einige Risiken: Sie ermöglicht es, Häufungen und Beziehungen von lexikalischen Elementen zu identifizieren; Sinnzusammenhänge und alternative Interpretationsmöglichkeiten bleiben jedoch zwangsläufig unterbelichtet. So werden etwa ironische, negierende oder ablehnende Bedeutungszuweisungen zu einzelnen Sachverhalten leicht übersehen. Um die im Zuge der Printmedienanalyse aufgestellten Hypothesen zu überprüfen, wurden daher einzelne Artikel auch inhaltsanalytisch ausgewertet, wobei die induktive Kategorienbildung den Analyseschwerpunkt bildete (Mayring 2017: 472). Hierfür wurden insgesamt 17 Artikel aus allen acht Teilkorpora herangezogen, die in der lexikometrischen Auswertung als exemplarische Beiträge zu bestimmten Themen identifiziert und zugleich als für die verfolgten Fragestellungen relevant erachtet worden waren.

Verdeckte Online-Beobachtung

Die verdeckte Online-Beobachtung wurde auf Twitter und Facebook durchgeführt. Zunächst wurden öffentlich einsehbare **Facebook-Diskussionen** unter Posts lokal relevanter Profile oder Seiten in den Blick genommen (s. Anhang). In Brandenburg bewerten rund 85 % der Bürgerinnen und Bürger Facebook als wichtigste Informationsquelle unter den verschiedenen sozialen Medien (Müller-Hilmer 2018). Laut Onlinestudie von ARD und ZDF (2019) nutzen 35 % der bundesdeutschen Bevölkerung Facebook mindestens einmal im Monat. Bei der Datenerhebung waren Beiträge von Interesse, die zu den in der Framing-Scaling-Analyse identifizierten polarisierenden Themen (s. Abschnitt 4.1) Debatten anstießen. Die dazugehörigen Gesprächsverläufe wurden gesichert und anschließend codiert. Dazu wurde ein Code-System erstellt, das einerseits die thematischen Aspekte festhält und andererseits der Analyse des Kommunikationsverhaltens dient. Klassifiziert und analysiert wurden die Art der Argumentation, die Bezugnahme zu vorherigen Kommentaren sowie die Art und Weise in der die Inhalte vorgetragen werden (Modus Operandi) (vgl. Deppermann 2008).

Der Verlauf von Online-Konversationen weist im Vergleich zu Face-to-face-Gesprächen gewisse Spezifika auf, die es bei der Analyse zu beachten gilt. Schiek und Ullrich (2015) unterstreichen die Asymmetrie von Online-Debatten, die sich aus der zeitlichen und räumlichen Distanz zwischen den Gesprächsteilnehmenden ergibt (Schiek & Ullrich 2015: 3f). In der Auswertung des Materials wurde diesen Überlegungen entsprechend u. a. die Bezugnahme aufeinander nicht reziprok verstanden; es wurde also nicht davon ausgegangen, dass die Kommunikationsteilnehmenden die letzte Antwort auf ihren Beitrag zwangsläufig wahrnehmen, sodass ein ‚Gespräch‘ nicht zwingend einen den Sprechenden bewussten Abschluss hat. Die Diskussionen wurden mittels der Vergabe von über 1.600 Codes strukturiert und sprachanalytisch ausgewertet.

Verglichen mit Facebook ist der Nutzerkreis von Twitter eher begrenzt: Den etwa 23 Millionen täglich aktiven Facebook-Usern in Deutschland stehen nur 0,6 Millionen täglich aktive Twitter-Nutzende gegenüber (ARD/ZDF Onlinestudie 2019). Aufgrund der Unmittelbarkeit und der Geschwindigkeit der Kommunikation via Twitter bieten Twitter-Daten jedoch mutmaßlich besonders authentische Einblicke in den Ablauf von Aushandlungsprozessen. Für die Datenakquise im Zuge der **verdeckten Online-Beobachtung auf Twitter** konnte das vergleichsweise offene Format der Mikroblogging-Plattform genutzt werden. Für den Zeitraum vom 5.5.2019 bis zum 15.8.2019 wurden alle Tweets gesammelt, in denen eine der vier Fallstudiengemeinden namentlich erwähnt ist. Hierfür wurde ein halb-automatisiertes Webscraping-Verfahren genutzt, das die Datenanalysesoftware MAXQDA bereitstellt: In wöchentlichen Abständen wurden (auf Nutzerbefehl) alle Beiträge der letzten sieben Tage extrahiert, die einen der vier Suchbegriffe enthalten, wobei auch Uhrzeit und Datum, Followerzahl, Name und Ort der Verfasserinnen und Verfasser des Beitrags berücksichtigt wurden. Auf diese Weise konnten insgesamt 2095 Beiträge nebst zugehöriger Attributdaten erhoben werden, von denen sich die meisten auf Ahrensfelde (1085) und die wenigsten auf Schriesheim (166) beziehen. Diese Tweets wurden einer lexikometrischen Auswertung unterzogen, wobei zunächst nur ihr schriftlich codierter Inhalt berücksichtigt wurde, sodass beispielsweise visuelle Daten oder Inhalte von Link-Previews außer Acht gelassen wurden.

Im ersten Schritt wurden die gesammelten Tweets danach differenziert, ob sie vor oder nach der Wahl entstanden sind, um im Anschluss mittels einer Frequenzanalyse die Häufigkeitsverteilungen von Wortstämmen zu ermitteln. Der damit gewählte korpusgeleitete („corpus-driven“) Ansatz unterscheidet sich von dem suchbegriffgeleiteten („corpus-based“), der für die Frequenzanalyse im Rahmen der Printmedienanalyse zum Tragen kam (Unterscheidung nach Dzudzek et al. 2009: 234). Dies bedeutet, dass die lexikalischen Elemente des Twitter-Korpus auf Häufungen und gegenseitige Bezugnahmen befragt wurden, ohne zunächst bestimmte Wortstämme zu definieren, deren lexikalische Einbettung zu untersuchen ist. Dieses konsequent induktive Verfahren (das ohne vorab definierte Begriffe auskommt) bietet die Chance, auf nicht antizipierte Strukturen zu stoßen (ebd.). In einem weiteren Schritt wurden dann z. T. die Attributdaten der Tweets herangezogen, um die entdeckten Auffälligkeiten besser interpretieren zu können.

2.3.3 Interviews vor Ort

Um einen differenzierten Einblick in die lokale politische Kultur der vier Fallstudiengemeinden zu gewinnen, wurden insgesamt 58 leitfadengestützte Interviews mit ‚Localists‘ geführt, 15 davon per Telefon. Unter Localists werden dabei Bürgerinnen und Bürger verstanden, die am Ort in hohem Maße sozial involviert sind, aber keine politischen Funktionen innehaben oder in absehbarer Zukunft anstreben. Diese Personen zeichnet insbesondere der rege Austausch aus, in dem sie mit einer Vielzahl anderer Bewohnerinnen und Bewohner stehen, sodass sie Auskunft über einen größeren, lokal relevanten Personenkreis geben können. Ihre gesellschaftliche Position spielte bei der Auswahl keine Rolle – so reicht das Spektrum der Befragten von einer langjährig in der Gastronomie beschäftigten Person über eine Hausfrau bis zu einem Pfarrer. Dementsprechend wurde auch der Interviewleitfaden konzipiert, der deutlich trennt zwischen Erzählanreizen, die zur Darlegung der persönlichen Perspektive auf lokalpolitische Zusammenhänge auffordern, und solchen, die dazu anhalten, stellvertretend für die eigenen lokalen Netzwerke zu sprechen.

Die Gespräche können als „teilstandardisierte Interviews“ bzw. „Strukturinterviews“ nach Hopf (2017) klassifiziert werden, die sich durch einen vorab angefertigten Katalog von Fragen und Nachfragen auszeichnen (Hopf 2017: 351). Die Interviewleitfäden enthalten jeweils auch fallstudien-spezifische Erzählimpulse, die sich auf jeweilige lokale Gegebenheiten beziehen. Den Befragten wurde zugleich ausreichend Raum für eigene Erzählungen gegeben, sodass ein jeweiliges politisches Stimmungsbild eingefangen werden konnte. Die meisten Interviews dauerten zwischen 15 und 20 Minuten; die gewonnenen Audio-Mitschnitte belaufen sich auf insgesamt über 1.000 Minuten.

In Ahrensfelde wurden 21 auswertbare Interviews geführt, in Seelow 18, und in Schriesheim 16. In Pfullendorf konnten nur drei Interviews erfolgreich durchgeführt werden; dort war es aus forschungspraktischen Gründen leider nicht möglich, Interviews *in persona* zu führen, und die Bereitschaft zur Teilnahme an Telefoninterviews war bedauerlicherweise kaum ausgeprägt. In der vergleichenden Analyse (s. Abschnitt 4.2) wird die Fallstudie Pfullendorf daher ausgeklammert. Das in den drei anderen Fallstudien gewonnene Interviewmaterial darf jedoch – etwa hinsichtlich der Zusammensetzung der Befragten oder der Gesprächsverläufe – als hinreichend ‚reliabel‘ gelten, um auch fallübergreifende bzw. -vergleichende Aussagen zu treffen.

Neben den Interviews, die zuvor vereinbart wurden, wurden vor Ort spontan Personen, die in das Befragungsschema passten, angesprochen. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Zugänglichkeit eine entscheidende Rolle für die Wahl der Befragten spielte. Da die meisten Interviews tagsüber unter der Woche stattfanden, ist die zeitliche Verfügbarkeit sicherlich ein einflussreicher Faktor auf die Stichprobe. Zudem waren bestimmte Personengruppen weniger gesprächsbereit als andere, was ebenfalls Auswirkungen auf die Erhebung hat (Merkens 2017: 288): Mit der gewählten Definition von Localists wurden zwar auch Personen angesprochen, die sich nicht zwangsläufig über institutionalisierte Positionen (etwa Vereinsvorsitz) ausweisen, doch gestaltete es sich z. T. schwierig, mit Personen, die in das lokale Wirtschaftsleben eingebunden sind, Interviews zu Themen zu führen, die als umstritten wahrgenommen wurden. Zudem er-

schiene Personen mit höheren Bildungsabschlüssen auskunftsfreudiger. Außerdem gab es in vielen Interviewsituationen die Tendenz, dass das Antwortverhalten von Personen, die Rechtspopulismus vor Ort als Problem wahrnehmen, recht ausführlich ausfiel, während andere ihre Skepsis gegenüber der Erhebung zum Ausdruck brachten, was in einem Fall auch zur Zurücknahme einer bereits gegebenen Zusage für ein Interview führte. Diese Umstände wurden in der Auswertung des gewonnenen Materials so weit wie möglich berücksichtigt. Allerdings ist einzuräumen, dass mit dem gewählten qualitativen Zugang nicht ausgeschlossen werden kann, dass bestimmte lokalpolitische Perspektiven unterbelichtet bleiben oder sogar ganz fehlen.

Alle Interviews wurden transkribiert, sodass sich ein insgesamt 430 Seiten starkes Textkorpus ergab, das in einem mehrstufigen Verfahren ausgewertet wurde. Anhand eines ersten Codierleitfadens wurde eine Stichprobe von neun Interviews von drei Personen unabhängig voneinander codiert; dabei wurde in zwei Schritten der Codierleitfaden präzisiert und so die Intercoder-Reliabilität sichergestellt. Die finale Code-Struktur enthält verschiedene Ober- sowie zwei Ebenen von Unterkategorien und bewegt sich thematisch entlang der Schwerpunkte lokale Politikthemen, Orts- und Raumbezüge sowie Wahrnehmung der lokalen Debatte, der lokalen Politik und der lokalen Populismustendenzen. Auf ihrer Grundlage erfolgte die Zuweisung von Codes zu knapp 3.000 Interviewsequenzen. Dadurch wird einerseits die große Datenmenge des Korpus strukturiert und einer anschließenden qualitativen Auswertung einzelner Kommunikationsverläufe zugänglich gemacht. Andererseits liefern auch Kreuztabellierungen von Code-Überschneidungen (z. B. im Fall von Sequenzen, in denen zum einen bestimmte kommunalpolitische Themenfelder behandelt werden und zum anderen die Wahrnehmung des politischen Umgangs mit lokalen Herausforderungen angesprochen wird) erste Hinweise auf Deutungsmuster vor Ort (s. Abschnitt 4.2). Allerdings ist das Material so umfangreich, dass es im forschungspraktisch begrenzten Rahmen der vorliegenden Studie nicht auf alle relevanten Fragen der lokalpolitischen Kultur hin ausgewertet werden konnte. Fast alle Befragten haben einer erneuten Kontaktaufnahme zugestimmt und Kontaktdaten angegeben, sodass es möglich wäre, sie im Sinne einer Längsschnittstudie zu Veränderungen und Kontinuitäten der lokalen politischen Kultur erneut zu befragen. Dies würde nicht zuletzt einen diachronen Vergleich von Deutungsmustern erlauben (vgl. Kraus 2000: 8).

3 Begriffsbestimmungen und relevante Beiträge aus der Forschung

Bevor in Kapitel 4 die empirischen Befunde der vorliegenden Studie präsentiert werden, sollen im Folgenden Argumente und Begriffe, die in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den eingangs skizzierten Fragestellungen eine zentrale Rolle spielen, aufgegriffen werden. Zuerst wird eine Arbeitsdefinition für das umstrittene Konzept des Rechtspopulismus entworfen (Abschnitt 3.1). Bei aller Kritik an diesem Begriffskonzept ist es für die vorliegende Studie von grundlegender Bedeutung, da es als gemeinsamer Bezugspunkt zahlreicher für die hier behandelte Thematik einschlägiger Analysen fungiert.

Im Forschungsfeld Rechtspopulismus werden in der Regel zwei divergierende analytische Zugänge unterschieden. Zum einen wird die *demand-side* des Phänomens beleuchtet und nach tieferliegenden gesellschaftlichen Strukturen gefragt, die populistischen Parteien zum Erfolg verhelfen. Zum anderen wird die *supply-side* betrachtet, also die (inhaltliche und personelle) politische Dynamik auf Seiten populistischer Parteien und Akteure (vgl. Mudde 2007: 229ff). Zudem spielt die gezielte Untersuchung medialer Diskurse in der Rechtspopulismusforschung eine besondere Rolle, da sie aufzudecken verspricht, wie sich *supply-* und *demand-side* des Phänomens gegenseitig bedingen, indem einzelnen Parteien bei bestimmten Themen *issue ownership* zugesprochen wird und anderen nicht (ebd.: 300).

Die Struktur des vorliegenden Berichts greift die Differenzierung von *supply-* und *demand-side* des Rechtspopulismus auf. Nachdem ein Überblick über die Rechtspopulismusforschung gegeben wurde (Abschnitt 3.1), werden (weitere) externe Fak-

toren der *supply-side* vorgestellt, die im untersuchten Setting kleinstädtischer Kommunalpolitik von Bedeutung sind (Abschnitt 3.2). Anschließend werden die Erkenntnisse zu gesellschaftsseitigen Prädispositionen für rechtspopulistische Einstellungen in den Untersuchungsräumen zusammengetragen (Abschnitt 3.3), bevor abschließend zentrale Fachdebatten zur Bedeutung unterschiedlicher Diskursräume für rechtspopulistische Dynamiken vorgestellt werden (Abschnitt 3.4).

3.1 Rechtspopulismus als unkämpfter Begriff

Um den wissenschaftlichen Gehalt und die Essenz des Rechtspopulismusbegriffes wird in der Fachwelt eine kontroverse Debatte geführt (dazu Bescherer & Feustel 2018). Einem auch international weit verbreiteten politikwissenschaftlich informierten Verständnis entsprechend beruht Populismus im Kern auf der Vorstellung einer Zweiteilung der Gesellschaft in ein (hegemoniales) ‚Establishment‘ und ein ‚Volk‘, wobei populistische Gruppen aller Art einen Alleinvertretungsanspruch für letzteres reklamieren (ebd.). Insofern ist Populismus mehr als ein rhetorisches Stilmittel; er stellt eine Ideologie dar, deren programmatische Reichweite jedoch weit hinter derjenigen anderer Ideologien zurückbleibt, weshalb er auch als „dünne Ideologie“ bezeichnet wird. Die ideologische Kontingenz des Populismus ermöglicht es seinen Vertreterinnen und Vertretern einerseits, flexibel ganz unter-

schiedliche Themen zu besetzen. Andererseits benötigt der Populismus aufgrund seiner inhaltlichen Leerstellen eine „Trägerideologie“, etwa Nationalismus, Neoliberalismus oder Sozialismus, um seine dispersen Mobilisierungsfaktoren zu bündeln und auf ein gemeinsames Ziel auszurichten (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018: 1669f., eigene Übersetzung der Schlüsselbegriffe).

Konnten populistische Gehversuche vonseiten des rechten und rechtsradikalen Spektrums in der Bundesrepublik lange Zeit keine größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist rechtspopulistische Agitation mittlerweile auch hierzulande allgegenwärtig. Dabei deutet vieles darauf hin, dass der Erfolg rechtspopulistischer Akteurinnen und Akteure nicht aus dem Nichts kommt, sondern auf bereits zuvor weit verbreiteten menschenfeindlichen Einstellungsmustern beruht, die nun öffentlich sichtbar werden (Küpper et al. 2019a: 190). Die erfolgreiche Mobilisierung dieser Ressentiments und die Synchronisierung zuvor fragmentierter politischer Gruppen und Bewegungen, durch die sie erst als bedeutende gesellschaftliche Kraft wahrnehmbar werden, gelang auch durch die Schärfung des (dünnen) ideologischen Kerns des Rechtspopulismus. So scheinen derzeit insbesondere die nationalistischen und völkischen Tiefenstrukturen rechtspopulistischer Rhetorik virulent, die auf ideologischen Versatzstücken des Antiliberalismus aufbauen (Weiß 2017: 18). Dies ist für die rechtspopulistische Dichotomisierung sowohl von ‚unten und oben‘ als auch von ‚drinnen und draußen‘ (vgl. Jesse 2019: 99) von Bedeutung, indem so Gegnerschaft gegenüber Institutionen der liberalen Demokratie sowie gegenüber Bevölkerungsgruppen wie etwa Geflüchteten erklärt und auf die liberale und globalisierte Politik projiziert wird (Baumann 2016: 98ff). Dabei gilt jedoch auch, dass der politische Inhalt durchaus wechseln kann: „Es gehört zum Rechtspopulismus, dass er flexibel ist, ambivalent, ungenau, widersprüchlich, changierend, dynamisch und schwer zu greifen. Er verbindet die unterschiedlichsten Milieus, Gruppen, Ideologien und verlangt dabei lediglich eine Zustimmung zu wenigen zentralen Ideologien, vielleicht auch nur Denkmustern“ (Küpper et al. 2019a: 175).

In der vorliegenden Studie werden politische Verlautbarungen dann als rechtspopulistische Interventionen klassifiziert, wenn sie – explizit oder implizit – auf die skizzierte zweidimensionale Gegnerschaftsbestimmung verweisen. Konkret bedeutet dies, dass im Zuge der Auswertung des Wahlkampfmaterials ermittelt wurde, welche Beiträge erstens diskursive Figuren eines ‚Volkes‘ entwerfen, das sich entlang von Herkunft, ethnischer und kultureller¹ Zugehörigkeit sowie Religion definiert und zweitens eine Kritik am ‚Establishment‘ formulieren, die im Kern eine unüberbrückbare Abkopplung der ‚Eliten‘ vom hypostasierten ‚Volk‘ behauptet.

Während die politische Einordnung der *AfD* in der Anfangsphase der Partei noch umstritten war (Schmitt-Beck et al. 2019: 16), führte ihre programmatische Wandlung von einer „euro(pa)kritischen zu einer stark migrationskritischen“ Partei in den Jahren 2015 und 2016 zu einem weitgehenden Konsens in der akademischen Debatte, dass die *AfD* als rechtspopulistische Kraft einzustufen ist (Jesse 2019: 116). Mittlerweile ist allerdings strittig, inwieweit diese Einordnung angesichts der zahlreichen Verbindungen der Partei zu Kräften und Akteuren der radikalen und extremen Rechten irreführend ist (Küpper et al. 2019a: 175).

Auch in programmatischer Hinsicht wird hinterfragt, inwieweit die nationalistischen Positionen der Partei nur eine Trägerideologie im obigen Sinne darstellen oder den Kern der Partei ausmachen. Wilhelm Heitmeyer (2018) etwa betrachtet die Partei als Vertreterin eines manifesten autoritären Nationalradikalismus. In dem vorliegenden Beitrag kann auf diese Debatte nicht vertieft eingegangen werden, zumal die Betrachtung der lokalen Diskursproduktionen zunächst inhaltszentriert angelegt ist und die Einordnung ihrer Autorinnen und Autoren im politischen Spektrum nicht im Zentrum des Interesses steht.

Zusammengefasst identifizieren wir den Kern des Phänomens des Rechtspopulismus in einer zweidimensionalen Gegnerschaftsbestimmung – salopp gesagt: gegen die ‚Fremden‘ und gegen das ‚Establishment‘ –, die auf einer (dünnen und flexiblen) völkisch und nationalistisch geprägten Ideologie basiert. Auf dieser definitorischen Grundlage wird die Politik der *AfD* von vielen Beobachterinnen und Beobachtern als rechtspopulistisch beschrieben. Allerdings gibt es auch berechtigte Kritik an dieser Charakterisierung. In der vorliegenden Studie stehen einzelne Diskursproduktionen und nicht die politische Einordnung der (gesamten) *AfD* im Zentrum des Interesses, weshalb die Diskussion zum politischen Wesen dieser Partei an dieser Stelle nicht weitergeführt wird.

3.2 Kleinstädtisch lokalpolitische Settings und ihr Potenzial für rechtspopulistische Interventionen

Weit verbreitet ist die These, dass kommunalpolitische Programmatik vielfach ohne parteipolitisches und ideologisches Gepäck auskommt, also gleichsam ‚un(partei)politisch‘ ist. Aber wie weit trägt die Annahme, dass es keine „christdemokratische Straßenbeleuchtung“ und keine „sozialdemokratische Bedürfnisanstalt“ gebe (vgl. Bogumil 2010: 38) wirklich? Hierfür ist ein Blick auf die Funktionsweisen kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse und die Rolle von Parteien im Lokalen hilfreich. Lars Holtkamp (2008) arbeitet mit einem Konzept, das es erlaubt, lokalpolitische Settings genauer zu differenzieren, indem es zwischen konkordanz- und konkurrenzdemokratischen Prinzipien unterscheidet. In konkordanzdemokratischen Settings spielt die horizontale Einbindung der Handelnden in das Geschehen vor Ort eine heraus-

¹ Kulturelle Zugehörigkeitsbestimmungen nehmen für neuere Strömungen des Rechtspopulismus unter dem Schlagwort des „Ethnopluralismus“ einen wachsenden Stellenwert ein (Weiß 2017: 35ff), weshalb sie in unserer Operationalisierung rechtspopulistischer Intervention ebenfalls aufgenommen werden. Ethnopluralistische Annahmen gehen davon aus, dass der Erhalt von starken Nationalstaaten nur gelingen kann, wenn verschiedenen (als homogen und statisch verstandenen) Kulturen separate Räume zugewiesen werden und die Migration zwischen diesen Räumen stark kontrolliert wird. Gegenüber rassistischen Zugehörigkeitsbestimmungen reklamieren Vertreterinnen und Vertreter des Ethnopluralismus für sich, dass sie keine grundsätzlich hierarchische Differenz zwischen den Kulturen postulieren (Rydgren 2007: 244).

ragende Rolle, wohingegen konkurrenzdemokratische Prinzipien auf eine stärkere vertikale Einbindung in Parteigliederungen setzen (vgl. Holtkamp 2008: 7). Lokale Konkurrenzdemokratien zeichnen sich zudem durch einen stark ausgeprägten politischen Wettbewerb, starke Publikumsorientierung und eine eher konfliktorientierte Entscheidungskultur aus. Als konkordanzdemokratische Prinzipien gelten hingegen ein weniger ausgeprägter (partei-)politischer Wettbewerb, geringe Publikumsorientierung und Entscheidungsmodi, die auf Konsensfindung und Verhandlungen beruhen. Konkordanzdemokratische Settings basieren zudem auf einer starken Dominanz der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, die oder der, ebenso wie der Gemeinderat, zugleich nur in geringem Maße ‚parteilisiert‘ ist; im politischen Wettbewerb werden die Persönlichkeit und das soziale Ansehen der Kandidierenden betont, während die Parteizugehörigkeit in den Hintergrund tritt (ebd.: 95).

In der Fachliteratur wird angenommen, dass sich in größeren Gemeinden „Politik eher von ihrem Sozialgefüge ablöst, um ein Eigenleben zu führen, als unter kleineren“ (Bogumil 2010: 39). Daher überrascht es kaum, dass sich die untersuchten Gemeinden durchweg eher durch konkordanzdemokratisch geprägte Wahlkämpfe auszeichnen, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass Wählergemeinschaften dort eine erhebliche politische Rolle zukommt. Dass der vertikalen Einbindung von Politikerinnen und Politikern in ihre Parteien damit eine vergleichsweise geringe Bedeutung zukommt, heißt jedoch nicht, dass sachpolitische Entscheidungen dort per se weniger umstritten wären. Denn auch sie berühren konfliktierende Belange und Interessen und wirken insofern selektiv, setzen Prioritäten und prägen Alltagswelten unter gewissen ideologischen Vorannahmen (vgl. Degen 2003: 867). Das bereits zitierte Bonmot der Unmöglichkeit einer christdemokratischen Straßenbeleuchtung ist insofern irreführend: Denn kleinteilige, alltagsnahe kommunale Entscheidungen lassen sich zwar häufig kaum aus parteipolitischen Programmatiken ableiten, *politisiert* sind sie jedoch sehr wohl. Ferner wird insbesondere vor dem Hintergrund einer Komplexitätssteigerung politischer Prozesse in einer globalisierten Welt, der Wert kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse für die demokratische Sozialisation betont: „Die örtlichen Verhältnisse gelten als *überschaubar*, die Problemlagen als noch *durchschaubar*, die Entscheidungsprozesse als unmittelbar *beeinflussbar* sowie Maßnahmen der Kommunalpolitik und Anwendungen des Kommunalrechts als persönlich *erfahrbar*“ (Kost 2017: 33).

Wenn wir davon ausgehen, dass es sich bei den Fallstudien-gemeinden um ein konkordanzdemokratisch geprägtes Feld handelt, in dem Gegenstände (und Ergebnisse) kommunalpolitischer Auseinandersetzungen parteipolitisch (meist) nicht vorherbestimmt, aber dennoch politisierbar und für die Erfahrung demokratischer Prozesse wertvoll sind – was bedeutet dies für populistische Intervention in diesem Feld? Zu dieser Frage fehlt es im deutschsprachigen Raum an empirischen Befunden, da sich die meisten Studien zu rechtspopulistischen Interventionen auf lokaler Ebene auf konkurrenzdemokratische Konstellationen in Großstädten beziehen (vgl. Bescherer et al. 2019, Mullis 2019). Studien, die überlokale bzw. nationale Politikprozesse in den Blick nehmen, konstatieren in aller Regel eine erhöhte Anfälligkeit konkordanzdemokratischer Settings für den Einfluss rechtspopulistischer Parteien (Frölich-Steffen 2006; Papadopoulos 2005), was hauptsächlich auf drei Gründe zurückgeführt

wird, die sich zum Teil auf die kommunale Ebene übertragen lassen: (1) Die Entscheidungsfindung über Verhandlungen zwischen Interessengruppen und Konfliktparteien (nicht über Mehrheitsabstimmungen) kann von populistischen Kräften leicht als Aushebelung des *vox populi* inszeniert werden (Frölich-Steffen 2006: 146). (2) Das korporatistische Element, das konkordanzdemokratischen Settings innewohnt, also die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern (nicht gewählter) gesellschaftlicher Gruppen an politischen Entscheidungen, führt zwar zu einer (horizontalen) Vertrauensbildung zwischen den Beteiligten, dies aber tendenziell auf Kosten des (vertikalen) Vertrauens zwischen Wählenden und Gewählten und kann von populistischen Parteien als ‚intransparente Klängelei‘ instrumentalisiert werden (Papadopoulos 2005: 79). (3) Hinzu kommt, dass die starke Ausprägung von derartigen Politikverflechtungen als Unterminderung der Rechenschaftspflicht demokratisch gewählter Repräsentantinnen und Repräsentanten gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern gedeutet werden kann, die den Nährboden für populistische Kritik bereitet (ebd.: 80). Die drei genannten Gründe für die Vulnerabilität konkordanzdemokratischer Settings gegenüber rechtspopulistischen Interventionen haben gemein, dass sie auf potentielle Hindernisse für die unmittelbare Durchsetzung des Mehrheitswillens verweisen (und insofern der rechtspopulistischen Fetischisierung des ‚Volks‘ bzw. des Mehrheitswillens entgegenstehen). Allerdings dürften sie auf lokaler Ebene bestenfalls in eingeschränktem Maße wirksam werden. So dürfte die Tatsache, dass kommunalpolitische Entscheidungen eher auf Verhandlungen, denn auf Mehrheitsentscheidungen zurückgehen, angesichts der geringeren Größe der Kommunalvertretungen kein so großes Mobilisierungspotenzial entfalten wie auf nationaler Ebene. Ferner darf davon ausgegangen werden, dass korporatistische Elemente auf lokaler Ebene weniger leicht problematisiert werden können, da die Repräsentantinnen und Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Interessen und Gruppen in der Regel in sich überschneidende persönliche Netzwerke eingebunden sind. Andererseits fällt es ‚Stimmungsmacherinnen und Stimmungsmachern‘ in kleineren Gemeinden oftmals leichter, ein Mehrheitsinteresse zu inszenieren, sobald sich eine ausreichend große und wortstarke Gruppe zu äußern beginnt (Breyer-Mayländer 2019: 17). Ob Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker eher als Vertretung eines anonymen Verwaltungsapparates oder als authentische Stimme eines imaginierten lokalen Kollektivwillens betrachtet werden, dürfte schließlich von unterschiedlichen, oft ortsspezifischen Faktoren abhängen.

Zusammenfassend sind die Fallstudien-gemeinden als konkordanzdemokratisch geprägte Settings zu charakterisieren. Diesen wird – zumindest in Untersuchungen, die auf die nationale Politikebene fokussieren – in der Regel eine höhere Anfälligkeit für rechtspopulistische Intervention attestiert als konkurrenzdemokratischen Settings, was auf die konkordanzdemokratischen Merkmale Verhandlungsprimat, Korporatismus und Politikverflechtung zurückgeführt wird. Auch wenn sich diese Diagnose nicht ohne Weiteres auf die lokale Ebene übertragen lässt, kann sie als Orientierungspunkt für die Analyse rechtspopulistischer Interventionen in der Kommunalpolitik nützlich sein.

3.3 Einstellungsmuster und Gelegenheitsstrukturen für rechte Erfolge

Der ursprünglich im Kontext von sozialen Bewegungen geprägte Begriff der Gelegenheitsstrukturen (Kitschelt 1986) wird in den letzten Jahren vermehrt herangezogen, um das Erstarken der radikalen und populistischen Rechten zu erklären (Decker 2013; Geden 2007; Nachtwey 2016; Rydgren 2005). In diesem Zusammenhang bezeichnet er externe, also gesellschaftlich eingelagerte, Ressourcen einer rechten Bewegung oder Partei (Rydgren 2005: 417 f). Im europaweiten Vergleich identifiziert Cas Mudde drei Phänomene, die dem Rechtspopulismus massiven Vorschub leisten können: die weit verbreitete Angst vor der Infragestellung der nationalen Identität durch eine sich diversifizierende Gesellschaft („nativism“), den Ruf nach autoritären Antworten auf Kriminalität („authoritarianism“) und eine wachsende Akzeptanz alternativer Lebensentwürfe sowie eine wachsende Unzufriedenheit mit etablierten Formen der politischen Repräsentation und der individuellen Mitbestimmung („populism“) (Mudde 2007: 297f).

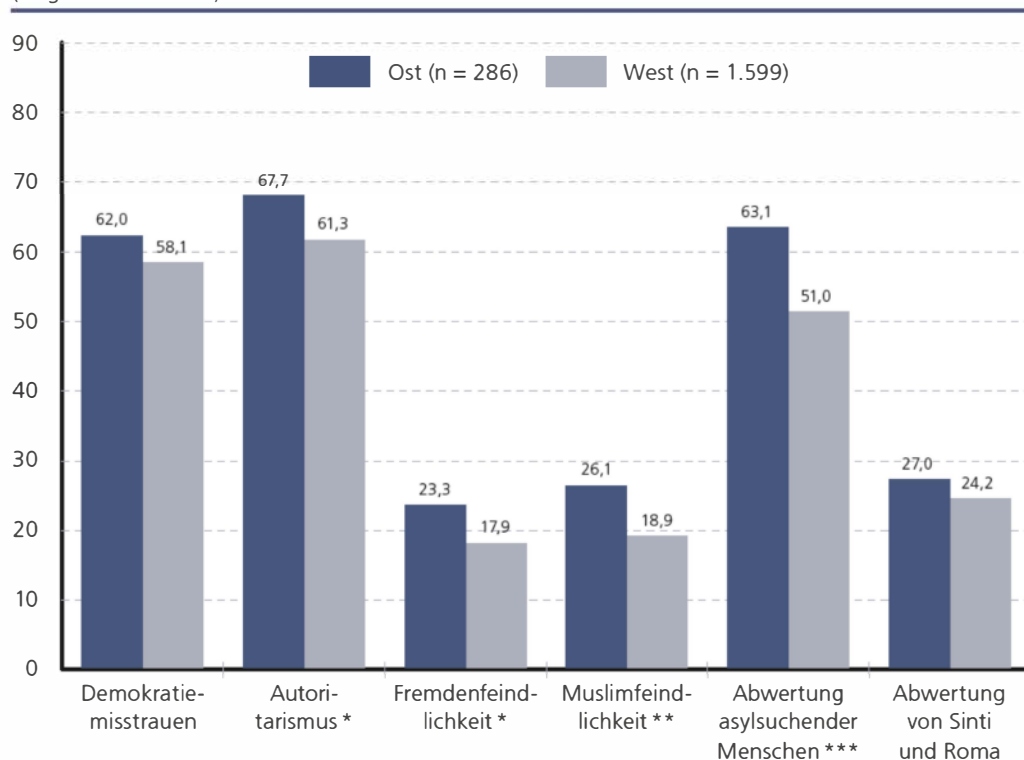
Für Deutschland haben Einstellungsforschung und Wahlgeographie in den letzten Jahren – insbesondere angeregt durch den Aufstieg der *AfD* – vielfältige Erklärungen ins Spiel gebracht, weshalb rechtspopulistische Politikangebote regional sehr unterschiedlich starken Zuspruch erfahren. Im Mittelpunkt

steht dabei das frappante Ost-West-Gefälle der *AfD*-Wahlergebnisse. Es wird diskutiert, wie auf den ‚Osten‘ geblickt wird, wie sich die DDR-Vergangenheit auf politische Orientierungen auswirkt und welche kollektiven Identitäten im Hintergrund wirken (Heft 2018). Auch die aktuelle „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung geht dieser Spur nach und entwickelt einen Rechtspopulismus-Index, der sich, analog zu den von Mudde herausgearbeiteten Aspekten, aus den drei Komponenten „Abwertung“ (von Muslimen, Sinti und Roma sowie Asylsuchender), „Law-and-Order-Autoritarismus“ und „Demokratiemisstrauen“ zusammensetzt (Küpper et al. 2019b: 254). Auf diese Weise wird berechnet, dass im Osten 30,3 %, im Westen hingegen 19,6 % der Befragten eindeutig zum Rechtspopulismus neigen (ebd.: 255). Die einzelnen Indikatoren können der Abbildung 3 entnommen werden.

So eindeutig die jüngsten Bundes- und Landtagswahlergebnisse auf einen genuinen Ostfaktor hinzudeuten scheinen – vieles spricht dafür, dass strukturelle Faktoren weitaus erklärungsstärker sind (Bergmann et al. 2018; Hilmer et al. 2017). Bei Kontrolle der Variablen Einkommen und Berufsposition finden Hilmer et al. (2017: 27) keinen statistischen Hinweis darauf, dass im Osten des Landes per se stärker *AfD* gewählt wird, obwohl grundsätzlich ein enger Zusammenhang zwischen rechtspopulistischen Einstellungen und potenzieller Wahl der *AfD* besteht. Eine räumlich stärker differenzierende Analyse von Franz et al. (2018) nutzt wirtschaftliche und demographische Strukturvariablen und kann so feststellen, dass insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner dünn besiedelter und überalterter Räume überdurchschnittlich

Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen 2018/19

(Angaben in Prozent)



Legende * = $p < ,05$; ** = $p < ,01$; *** = $p < ,001$.

Abbildung 3: Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland (Quelle: Küpper et al. 2019b: 255)

stark dazu tendieren, die *AfD* zu wählen. In eine ähnliche Richtung weisen Befunde einer aktuellen europaweiten Studie zur Wahl europaskeptischer Parteien, die überdies aufzeigt, dass es (auch außerhalb Deutschlands) nicht primär die aktuelle wirtschaftliche Struktur, wohl aber die Erfahrung einer tiefgreifenden Deindustrialisierung ist, die eine regional überdurchschnittliche Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien (statistisch) zu erklären vermag (Dijkstra et al. 2019). Franz et al. stellen des Weiteren fest, dass sich *AfD*-Hochburgen in Ostdeutschland insbesondere in solchen Wahlkreisen finden, in denen zuvor die *NPD* starke Ergebnisse eingefahren hatte. Ähnlich argumentieren Cantoni et al. (2019): Sie interpretieren die Korrelationen, die sie bei einem Vergleich der geographischen Verteilung historischer Wahlergebnisse der *NSDAP* und aktueller der *AfD* feststellen, als Ausdruck einer fast einhundertjährigen Persistenz kulturell-politischer Muster in zahlreichen ostdeutschen Regionen (Cantoni et al. 2019).

Den Ost-West-Unterschied ausklammernd kommen Bergmann et al. (2018: 260) zu dem Schluss, dass die *AfD* in Süddeutschland gerade in „prosperierenden Industriestädten“ gewinnt. Im ländlichen Ostbayern seien es vornehmlich enttäuschte *CSU*-Wählerinnen und -Wähler, die „trotz ordentlicher Wirtschaftslage“ zur *AfD* abwanderten; im Ruhrgebiet seien es der „Abbau von Industriebeschäftigung“ und die ökonomisch prekäre Lage, die für die *AfD*-Erfolge verantwortlich seien, und in „den ostdeutschen Bundesländern ist die *AfD* in Regionen erfolgreich, die wirtschaftlich zwar nicht gut, aber im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich abschneiden“ (vgl. auch Manow 2018). Bergmann et al. (2018: 260) zeichnen damit ein sehr heterogenes Bild des Erfolges der *AfD* und schließen daraus, dass dieser „stärker aus – vermutlich kulturellen und historischen – Unterschieden zwischen den jeweiligen Regionen als aus den wirtschaftlichen Kennzahlen“ hervorgeht.

Wie sind nun die ‚Gelegenheitsstrukturen‘ für die Etablierung rechtspopulistischer Politikangebote in den beiden Bundesländern einzuschätzen, in denen die vier Fallstudiengemeinden liegen? Hinweise hierauf geben zwei repräsentative Bevölkerungsumfragen, in denen per Zufallsstichprobe in Baden-Württemberg zwischen 2016 und 2017 2.501 Personen und in Brandenburg im Jahr 2018 1.001 Personen ausgewählt und befragt wurden: das „Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg“ (Baden-Württemberg Stiftung 2019) und der „Brandenburg-Monitor“ (Müller-Hilmer 2018). Vergleicht man deren Ergebnisse entlang der drei oben skizzierten Dimensionen Demokratiemisstrauen, Autoritarismus und Abwertung von Minderheiten zeigen sich einige Gemeinsamkeiten, aber auch große Unterschiede zwischen den Bundesländern.

In der Einstellungsforschung geht man davon aus, dass das Vertrauen in demokratische Akteure und Institutionen eng mit deren alltäglicher Erfahrbarkeit und Zugänglichkeit zusammenhängen. Umfragen zeigen, dass die Wahrnehmung politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten auf lokaler Ebene sehr viel konkreter – und daher meist auch positiver – ist als auf Landes- oder Bundesebene (Perry 2019: 61). In den Ergebnissen des „Brandenburg-Monitors“ zeichnet sich diese ‚Skalierung‘ des Vertrauens recht eindeutig ab: Nur acht Prozent der Befragten vertrauen den Parteien im Allgemeinen, 16 % vertrauen der Bundesregierung und 27 % der Landesregierung. Der Bürgermeisterin oder dem

Bürgermeister bringen sogar 41 % der Befragten Vertrauen entgegen; diese genießen damit mehr Vertrauen als die „Partei, die man selbst wählt“ (38 %) (Müller-Hilmer 2018). Ähnlich verhält es sich in Baden-Württemberg, wo allerdings nur die „Unterstützung“ der (nicht das Vertrauen in die) Regierungsarbeit auf Landesebene abgefragt wurde: So unterstützen 53 % der Befragten „Parteien“, aber 68 % die „Landesregierung“ und sogar 74 % den „Ministerpräsidenten“. Der Längsschnittvergleich mit früheren Befragungsergebnissen kann für Baden-Württemberg zudem aufzeigen, dass zwischen 2013/2014 und 2016/2017 die Zufriedenheit mit der Demokratie auf Landesebene zugenommen hat, während im gleichen Zeitraum die Unterstützung der politischen Institutionen der Bundesebene etwas abnahm (Perry 2019: 64). Mittels umfassender qualitativer Erhebungen konnte in Baden-Württemberg zudem ermittelt werden, welche Aspekte besonders stark dazu beitragen, dass demokratische Akteure und Institutionen abgelehnt werden: So wurden fehlende Partizipationsmöglichkeiten und eine geringe Responsivität politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten bemängelt – insbesondere von der *AfD*-Wählerschaft (Gensheimer & Frankenberger 2019: 108). Dies zeigt sich auch in statistischen Regressionsrechnungen, die eine generelle Unzufriedenheit mit der Performanz der Regierungen in Bund und Land „als insgesamt stärkste[n] Erklärungsfaktor für die Wahl der *AfD*“ nachweisen, wobei insbesondere die Wahrnehmung mangelnder Responsivität des politischen Führungspersonals zur Wahl dieser Partei motiviere (Schmitt-Beck et al. 2019: 44).

Die Dimensionen Autoritarismus und Abwertung von Minderheiten lassen sich etwas schwerer vergleichen, da in Baden-Württemberg auf Landesebene keine aktuellen Umfrageergebnisse zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vorliegen und auch in der oben genannten Studie nicht abgefragt werden (Baden-Württemberg Stiftung 2019). Der Brandenburg-Monitor kann hingegen einige Einblicke in autoritäre und nativistische Einstellungen geben. So stimmen etwa 13 % der befragten Brandenburgerinnen und Brandenburger der Aussage zu, dass die „Deutschen den meisten anderen Völkern von Natur aus überlegen“ seien. Der Aussage, dass die „Zuwanderung von Ausländern“ dazu führe, „dass man sich fremd im eigenen Land fühlt“ stimmen 54 % der Befragten zu; zudem bejahen 64 % die Aussage, dass die meisten der hier lebenden Angehörigen der muslimischen Glaubensrichtung „die Regeln unseres Zusammenlebens“ nicht akzeptierten und 54 % finden, dass wir „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ sollten. Zugleich belegt „Nationalbewusstsein“ aber lediglich einen der hinteren Ränge auf der Skala der persönlichen Werte und Grundsätze der Befragten, denen etwa „Schutz vor sozialer Not“, „Gleichberechtigung von Mann und Frau“, „soziale Gerechtigkeit“ oder „Chancengleichheit und Solidarität“ im Mittel deutlich wichtiger sind (Müller-Hilmer 2018). Die letzte repräsentative Einstellungsstudie, die sowohl in Brandenburg als auch in Baden-Württemberg durchgeführt wurde, fand 2008 statt. Damals ergab die Abfrage des Items „Befürwortung einer Diktatur“, dass in Brandenburg nur 3 % und in Baden-Württemberg 4 % der Bevölkerung das demokratische System radikal ablehnen (Decker & Brähler 2008: 42). Des Weiteren zeigte sich, dass Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg (wo sie 35 % der Befragten attestiert werden konnte) deutlich weiter verbreitet ist als in Baden-Württemberg (18 %), während andersherum in Baden-Württemberg Antisemitismus (13 %) eine weitaus größere Rolle spielt als in Brandenburg (1 %) (ebd.: 46-48).

Zusammengefasst geht das Gros der Fachliteratur davon aus, dass es zwar räumliche Muster bzw. Schwerpunkte der Zustimmung zu rechtspopulistischen Politikangeboten gibt, die erklärungsbedürftig sind und für die sich auch (überlokale) Erklärungen finden lassen. Zugleich wird jedoch konstatiert, dass es kulturelle, soziale und ökonomische Faktoren sind, die lokal zusammenwirken und so spezifische Gelegenheitsstrukturen für rechtspopulistische Interventionen schaffen. Die Verbreitung von Demokratiemisstrauen, Autoritarismus und Abwertung von Minderheiten spielen dabei eine besondere Rolle und prägen sich (beobachtet auf Ebene der Bundesländer) in den untersuchten Fallstudien unterschiedlich aus. In Bezug auf die Variable Demokratiemisstrauen lässt sich allerdings fallübergreifend feststellen, dass sie an Bedeutung verliert, je kleinräumiger die betrachtete Politikebene ist.

3.4 Bedeutungsgewinn sozialer Medien und Entstehung hybrider Diskursräume

Mit der Frage danach, wie sich das Angebot an und die Nachfrage nach rechtspopulistischen Ideen gegenseitig bedingen, rücken Diskurse und Diskursräume ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses (Mudde 2007: 300). Insbesondere den sozialen Medien wird attestiert, den Aufschwung des Rechtspopulismus zu begünstigen (dazu: Hillje 2017). Dies wird unter anderem auf eine „Hybridisierung von Räumen“ zurückgeführt, die mit ihnen einhergeht – also eine zunehmende „Verzahnung von real-materiellem und virtuellem Raum, die die Objektivierung von und den Zugriff auf den Alltagsraum bestimmter Personen sowie dessen Handlungsstrukturen und sinnhafte Gliederung erlaubt“ (Unger 2010: 108).

Die Schnittstellen, Überlagerungen und gemeinsamen Dynamiken von virtuellen und physischen Nachbarschaften waren bereits Gegenstand mehrerer Studien (Carroll 2014; Jonuschat 2012; Kavanaugh & Song 2018; Schreiber & Göppert 2018). Sie zeigen auf, dass nachbarschaftliche Netzwerke vermehrt auf digitale Medien zurückgreifen, während sich zugleich Online-Communities von der Aneignung physischer Räume eine Verstetigung versprechen. Neben ihrer Bedeutung für Quartiersgemeinschaften wird dabei auch die Relevanz von hybriden Räumen für soziale Bewegungen erkennbar, die von einem Zusammenfallen von Online-Wortergreifung und Offline-Raumproduktionen besonders stark profitieren können (Castells 2015: 255, s. auch Dang-Anh 2019). Dieses Momentum konnte in den letzten Jahren ganz offenbar auch die radikale Rechte für sich nutzen, was beispielsweise anhand der eskalierenden Proteste herausgearbeitet wurde, die im Jahr 2018 in Charlottesville, USA, (Daniels 2018) oder Chemnitz (Glorius 2018) stattfanden. Zudem ist online geführten Debatten häufig eine besondere ‚Polarisierungsdynamik‘ eigen: entlang verschiedener Streitfragen sortieren sich die Debatte teilnehmenden in weithin abgeschlossene, teils offen verfeindete Lager, die sich kaum mehr untereinander austauschen (Garimella & Weber 2017; Laux & Schmitt 2017; Nagle 2017). Bruno Latour weist darauf hin, dass in der politikwissenschaftlichen Forschung Öffentlichkeit zunehmend weniger als *Agora*,

sondern stattdessen immer häufiger als *Multiversum* konzipiert wird, „in dem der Realitätsgrad von technischen, religiösen, politischen oder wissenschaftlichen Existenzweisen aufgrund ihrer unterschiedlichen Wahrheits- und Bewährungsproben nicht gegeneinander ausgespielt werden kann“ (Laux & Schmitt 2017: 490).

Die Herausbildung von auseinanderdriftenden Online-Teilöffentlichkeiten als „unversöhnliche und vor allem: kommunikativ isolierte Kollektive“ (ebd.: 517) ist als gesellschaftliche Gelegenheitsstruktur für eine zunehmende politische Polarisierung und für den Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte zu betrachten, wobei die genauen Wirkungszusammenhänge umstritten sind. Drei Deutungsangebote dominieren die Diskussion hierzu: 1) dass ‚Echokammern‘ entstehen, die sich online selbst verstärken und so auch offline politische Einstellungen vorantreiben, 2) dass sich online lediglich ein Polarisierungsprozess besonders prägnant abbildet, der auf tieferegreifende gesamtgesellschaftliche Prozesse zurückzuführen ist und 3) dass die beschriebene Konstellation gesellschaftlichen Polarisierungsprozessen sogar entgegenwirken kann, indem gesellschaftliche Fraktionen erfahrbar werden, zu denen im (Offline-) Alltagsleben keine Berührungspunkte bestehen (Garimella und Weber 2017: 531).

Der Bedeutungsgewinn sozialer Medien und die damit verbundene Entstehung hybrider Diskursräume dürfte auch im Rahmen kommunalpolitischer Auseinandersetzungen in den Fallstudien-gemeinden eine wichtige Rolle spielen. Auf belastbare empirische Erkenntnisse kann in diesem Zusammenhang jedoch kaum zurückgegriffen werden. So liegen für Baden-Württemberg nur veraltete Daten zur Mediennutzung vor; diese deuten allerdings darauf hin, dass Online-Angebote im Südwesten Deutschlands überdurchschnittlich stark genutzt werden (Mediendaten Südwest 2014: 29). Die im Brandenburg-Monitor gestellte Frage nach den wichtigsten Quellen für Informationen zur Landespolitik ergab, dass Online-Nachrichtenseiten (über die sich 23 % der Befragten informieren) und sozialen Medien/Online-Foren (13 %) ein großer Stellenwert zukommt, dass jedoch klassische Informationsquellen wie Fernsehen (51 %), Radio (27 %) oder Tageszeitungen (31 %) noch immer am bedeutsamsten sind; zudem werden von 19 % der Befragten Gespräche mit Freundinnen und Freunden und Bekannten als wichtigste Informationsquelle angegeben (Müller-Hilmer 2018). Dem regionalen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (rbb) wird dabei am meisten Vertrauen entgegengebracht: 84 % bzw. 85 % der Befragten halten rbb-Fernsehen bzw. rbb-Radio für „[eher] glaubwürdig“, wohingegen sozialen Medien und Online-Foren nur etwa halb so viele Befragte dahingehend vertrauen (ebd.).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Interaktionsmechanismen und Funktionslogiken sozialer Medien die Sichtbarkeit politischer Positionen verstärken und vor allem deren Konflikt- und Polarisierungspotential fördern. Die verbreitete Nutzung dieser Medien wirkt sich damit insgesamt begünstigend für rechtspopulistische Interventionen aus. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Schaffung ‚hybrider Diskursräume‘, in denen sich virtuell und persönlich geführte Debatten überlagern.

4 Erkenntnisse aus den Fallstudiengemeinden

In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten Ergebnisse der empirischen Untersuchungen präsentiert, die in und zu den Fallstudiengemeinden durchgeführt wurden. Die Reihenfolge ihrer Darstellung folgt dabei der Argumentationsstruktur des vorangegangenen Kapitels: Zunächst werden die Charakteristika rechtspopulistischer Interventionen (supply-side) vorgestellt (4.1), um sodann anhand des Interviewmaterials herauszuarbeiten, wie der kommunalpolitische Diskurs vor Ort wahrgenommen wird (4.2). Anschließend wird diskutiert, inwiefern sich unterschiedliche Diskursarenen überlagern bzw. gegenseitig beeinflussen (4.3), bevor schließlich versucht wird, die betrachteten Aspekte zusammenzuführen (4.4).

4.1 Diskursproduktionen im Kontext von kommunalen Wahlkämpfen

Bei der Analyse rechtspopulistischer Politikangebote auf kommunaler Ebene (supply-side) können zwei Ebenen unterschieden werden: die Strategien der relevanten Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten (4.1.1) im Allgemeinen und die konkreten rechtspopulistischen Interventionen (4.1.2) im Besonderen.

4.1.1 Kommunikative Strategien und thematische Profile in den Kommunalwahlkämpfen

Die Auswertung von politischen Verlautbarungen aus der Zeit unmittelbar vor den Kommunalwahlen (1. April bis 26. Mai 2019) gibt Aufschluss darüber, welche Themen in den Fallstudiengemeinden eine zentrale Rolle im Ringen um kommunalpolitische Mandate spielen. Die Art und Weise, wie diese Themen verhandelt und miteinander verknüpft werden, sowie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die sich diesbezüglich zwischen den Fallstudiengemeinden beobachten lassen, wurden im Rahmen der Framing- und Scaling-Analyse herausgearbeitet.

Zunächst lässt sich festhalten, dass es jeweils spezifische Themen sind, die in den Fallstudiengemeinden virulent sind und quer durch die Parteienlandschaft thematisiert werden. In Ahrensfelde steht beispielsweise die Belastung der Gemeinde durch die den Ort durchquerende Bundesstraße im Fokus aller Parteien. Die Pfullendorfer Parteien und Wählergruppen betonen insbesondere die Dringlichkeit der Sanierung des kommunalen Haushalts; sie behandeln dabei vielerlei Fragen bezüglich Abgaben und Steuerlast sowie deren Verteilung – ein Thema, das auch in Schriesheim die politische Tagesordnung im Wahlkampf bestimmt. In Seelow lässt sich demgegenüber kein dominierendes Wahlkampfthema ausmachen, da die Parteien recht unterschiedliche Schwerpunkte

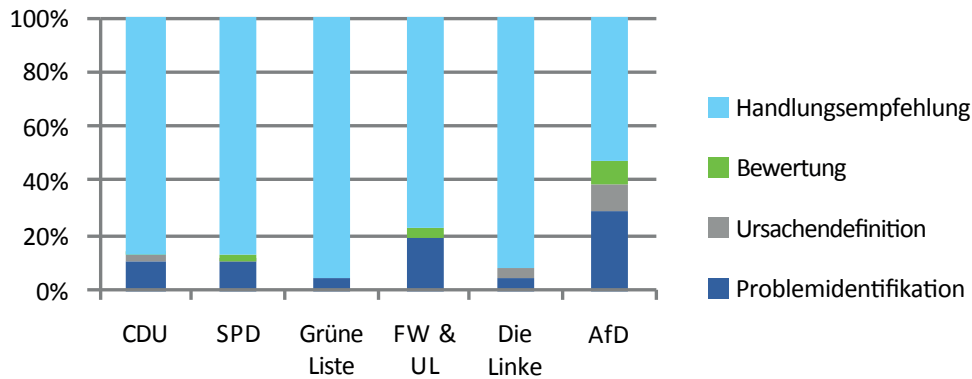


Abbildung 4: Argumentationsmuster im Material der politischen Parteien und Gruppen (Anteil der als Handlungsempfehlung, Bewertung, Ursachendefinition oder Problemidentifikation codierten Textsequenzen an allen in der Framing- und Scaling-Analyse codierten Sequenzen nach Parteien; n=1134, Material Grüne Liste nur für Schriesheim, Material Die Linke nur für Ahrensfelde und Seelow)

setzen (während die SPD etwa stark neonazistische Gewalt in der untersuchten Periode thematisiert [Se_SPD_web], stellt die AfD vor allem ihre politischen Gegnerinnen und Gegner als Problem dar, die sie im linken und antifaschistischen Milieu verortet [Se_AfD_FB_MOL]). Einzig der demographische Wandel als allgemeine Herausforderung wird von fast allen Parteien auf die ein oder andere Weise thematisiert.

Lokale Problemlagen werden meist unabhängig von der Partei- und Listenzugehörigkeit angesprochen; es überwiegt die parteiübergreifende Thematisierung von ortsspezifischen Herausforderungen. Gleichwohl lassen sich fallstudienübergreifend einige wenige parteispezifische kommunalpolitische Schwerpunkte identifizieren. So setzen alle betrachteten SPD-Orts- und Kreisverbände auf die Verbesserung von Bildungsangeboten. Dies gilt ebenso für die CDU, deren lokale Repräsentantinnen und Repräsentanten zudem die Stärkung des lokalen Gewerbes einfordern. Sowohl die AfD-Vertreterinnen und Vertreter als auch Wählergemeinschaften betonen die Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger; seitens der AfD werden darüber hinaus auch Verkehrsthemen fallstudienübergreifend in den Vordergrund gestellt. Wahlkampfmaterialien von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke können nicht ortsübergreifend verglichen werden, da diese beiden Parteien nicht in allen Fallstudiengemeinden hinreichend aktiv sind.

Das diskursive Framing der während des Kommunalwahlkampfes der Fallstudiengemeinden behandelten Themen zeigt die Codierung des untersuchten Materials nach Problem-, Ursachen-, Bewertungs- und Handlungssequenzen: es überwiegen Sequenzen zu Handlungsoptionen (s. Abbildung 4). Dies dürfte vor allem dem Umstand geschuldet sein, dass gerade in Wahlkampfzeiten programmatische und umsetzungsorientierte politische Verlautbarungen dominieren und nicht zuletzt in Form von Wahlkampfmaterialien auch publiziert werden. Allerdings ist die Dominanz handlungs- und umsetzungsbezogener kommunalpolitischer Einlassungen nicht bei allen Parteien und Gruppierungen gleichermaßen ausgeprägt. Während etwa 53 % aller codierten Sequenzen in Materialien der AfD mit dem Code „Handlungsoptionen“ belegt wurden, gilt dies im Fall von CDU und SPD sogar für rund 87 % der codierten Sequenzen. Auf der anderen

Seite enthalten die AfD-Materialien überproportional viele Problemsequenzen (28,9 % aller codierten Sequenzen), gefolgt von den Materialien der freien/unabhängigen Wählergemeinschaften (19,1 %).²

Auffällig ist, dass sich entlang jener Themenfelder, zu denen ein Großteil der kommunalpolitischen Akteure Stellung beziehen, entweder lagerübergreifender Konsens oder Dissens ausmachen lässt. Mit Blick auf das Thema „Schutz der lokalen Umwelt“ betonen etwa in Schriesheim alle Parteien ihren Einsatz für die grüne Infrastruktur des Ortes; sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Grünen Liste als auch von den Freien Wählern organisierten im Vorfeld der Wahl unterschiedliche Aufräum- und Pflanzaktionen (Sch_GL_FB, Sch_FW_FB). Andere Themen, die, auch in den anderen Fallstudiengemeinden, über die politischen Lager hinweg für Konsens sorgen, sind etwa die Förderung des lokalen Ehrenamtes oder der Freiwilligen Feuerwehren. Dieser Gleichklang der kommunalpolitischen Stimmen ist insofern interessant, als einer gängigen Annahme zufolge die programmatische Annäherung der dominierenden Parteien Gelegenheitsfenster für neue politische Kräfte öffnet (Potrafke 2012: 413).

Auf der anderen Seite lässt sich mitnichten von einer inhaltlichen Indifferenz der Profile der in den Fallstudiengemeinden aktiven Parteien und Gruppierungen sprechen. Insbesondere Verkehrsthemen werden kontrovers behandelt. Ein Beispiel hierfür liefert die Thematisierung der Auswirkungen des Straßenfernverkehrs auf die Ortslage von Ahrensfelde. Während das Thema aus allen parteipolitischen Richtungen aufgegriffen wird, fallen die Lösungsvorschläge durchaus kontrovers aus und reichen von der Forderung einer forcierten Planfeststellung für eine weiträumige Umgehungsstraße (A_Linke_WP), über Einrichtung von weiteren Fußgängerüberwegen (A_AfD_WP), die Auflösung der Tempo-30-Zone (A_FWG_web) hin zu polizeilichen Lärm-Schwerpunktkontrollen (A_SPD_WP).

² Der geringe Anteil von Problemsequenzen in den Materialien der Grünen Liste in Schriesheim dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die Grünen den Schriesheimer Bürgermeister stellen.

In allen Fallstudiengemeinden spiegelt der Wahlkampf insgesamt das bereits konstatierte konkordanzdemokratische Setting der Kommunalpolitik (s. Abschnitt 3.2) wider: Handlungsvorschläge der Lokalparteien und Wählergruppen orientieren sich seltener an übergeordneten Parteistrukturen oder Programmatiken. Stattdessen kommt der Persönlichkeit der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten eine hohe Bedeutung zu. In besonderem Maße gilt dies für die beiden Baden-Württembergischen Fallstudien: In Pfullendorf etwa sind gleich zwei Wählergemeinschaften erfolgreich, die über keine vertikale Integration in Parteistrukturen verfügen und die dementsprechend einen ausschließlich ortsbezogenen und stark personalisierten Wahlkampf führen. Obwohl es die kleinste der untersuchten Gemeinden ist, ist ein solches ‚konkordanzdemokratisches‘ Wahlkampfmuster in Seelow vergleichsweise schwach ausgeprägt. Dort präsentiert sich lediglich *Die Linke* mit vergleichbar stark auf die Gemeinde fokussiertem und kandidatenbezogenem Wahlkampfmaterial, das zugleich auffällig selten auf landes- oder bundespolitische Positionen der Partei verweist. Allerdings kann für Seelow vermutet werden, dass auch die *Wählergemeinschaft Heimat, Kultur, Sport (W-HKS)* die Prinzipien des ortsbezogenen, personalisierten und vertikal kaum eingebundenen Wahlkampfes repräsentiert, jedoch konnte für diese Gruppierung weder online noch per E-Mail-Anfrage auswertbares Material recherchiert werden. In einem der Interviews wird diese Wählergemeinschaft folgendermaßen charakterisiert:

„Da sind hauptsächlich Kandidaten von den Vereinen drin, die weder SPD noch CDU [...], da können Leute drin sein, die eine AfD-Einstellung haben [...] und man wählt die, aber das ist eben bei uns hier so, weil man hier die Leute kennt“ (SE_16_t1).

Bezüglich der Kommunikationskanäle, über die kommunalpolitische Akteure ihre Inhalte und Vorhaben verbreiten und ihre Mitmenschen anzusprechen versuchen, lassen sich insgesamt keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Fallstudiengemeinden feststellen. Allerdings unterscheiden sich die einzelnen Parteien und Gruppierungen hinsichtlich ihres Medieneinsatzes teils stark voneinander. Kommunizieren die Stadtratskandidatinnen und -kandidaten der *W-HKS* offenbar ausschließlich über nicht-öffentliche Informationskanäle bzw. persönliche Netzwerke mit der Wählerschaft, nutzen die meisten anderen Kommunalpolitikerinnen und -politiker eine Website für den Wahlkampf auf Gemeinde- (Pf_SPD_web, Pf_UL_web, Pf_FW_web) oder Kreisebene (Pf_CDU_web_sig, Se_SPD_web, A_CDU_web). Das von den politischen Parteien und Gruppierungen der Fallstudiengemeinden am intensivsten genutzte Medium ist allerdings mit Abstand Facebook (Pf_AfD_FB, Se_CDU_FB, Se_LINKE_FB, Se_AfD_FB, Sch_SPD_FB, Sch_FW_FB, Sch_GL_FB, Sch_CDU_FB, Sch_AfD_FB, A_SPD_FB, A_LINKE_FB, A_FW_FB). Außerdem finden sich im untersuchten Korpus zahlreiche Hinweise auf analoge Wahlwerbung im öffentlichen Raum (etwa Pf_UL_web).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die in den Fallstudiengemeinden aktiven Parteien und Wählergruppen sowie deren Kandidatinnen und Kandidaten Themensetzungen und auch Positionen vielfach unabhängig von den übergeordneten Ebenen ihrer jeweiligen Partei bzw. Gruppierung formulieren und dabei vor allem lokal spezifische Problemlagen aufgreifen.

Zu manchen dieser Themen herrscht dabei vor Ort überraschend großer Konsens, zu anderen erheblicher Dissens – ein klares Muster lässt sich diesbezüglich nicht ausmachen.

4.1.2 Rechtspopulistische Interventionen

Sowohl in der Framing- und Scaling-Analyse als auch in den Interviews wurde deutlich, dass sich in den Fallstudiengemeinden die Herausforderung stellt, der (auf gesamtgesellschaftlicher Ebene viel diskutierten) Zunahme des Rechtspopulismus ‚vor Ort‘ zu begegnen (s. Abschnitt 3.1). Das gilt insbesondere für die beiden brandenburgischen Kommunen, in denen antizipiert wird, dass diese Herausforderung gerade in Wahlkampfzeiten eine herausragende Bedeutung hat:

„Es wird [...] was hochkommen zur Wahl. Dass ich natürlich mit Populismus Aufmerksamkeit erregen kann. Speziell da, ja auch zurecht, allen anderen immer vorgeworfen wird, was bringt Ihr denn Neues? Wenn ich natürlich eine normale Schiene gleichmäßig fahre und in einem kleinen Ort [in der] Kommunalpolitik [...] können sich nicht 20.000 Sachen in einem Jahr ändern. Ist es ja auch schwerer, mit welchem Thema komme ich nach vorn?“ (Se_09_t1).

Entsprechend der in Abschnitt 3.1 entworfenen Arbeitsdefinition von Rechtspopulismus wurden im diskursanalytisch ausgewerteten Material solche Argumentationsfiguren als *rechtspopulistische Interventionen* markiert, die – implizit oder explizit – eine doppelte Gegnerschaftsbestimmung (‚gegen die Eliten‘ und ‚gegen die Fremden‘) vornehmen. Dabei stellte sich heraus, dass rechtspopulistische Interventionen in allen beobachteten kommunalen Wahlkämpfen vernehmbar sind und schwerpunktmäßig von Vertreterinnen und Vertretern der *AfD* formuliert werden. Zwar ist harsche Kritik an Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern sowie Landes- oder Bundespolitik auch in anderen politischen Lagern nicht unüblich. So wird Verwaltungshandeln im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenbaubeiträgen von einer kommunalen Wählergemeinschaft schon einmal als „Spuk [...] aus dem Nichts“ bezeichnet (A_FW_FB). Mit einer solchen diskursiven Figur werden verantwortliche Instanzen zumindest latent als unberechenbar oder unkontrollierbar und den Bürgerinnen und Bürger entrückt dargestellt, womit durchaus ein Teil der Populismusdefinition erfüllt ist. Die zweite Dimension der Gegnerschaftsbestimmung ist allerdings nur in den wenigsten Fällen erfüllt: Außerhalb der *AfD* dominieren ökonomisierende oder bürgerliche Wir-Konstruktionen, wenn etwa die Figur des ‚Steuerzahlers‘ oder der ‚Bürgerinnen und Bürger‘ bemüht wird (etwa A_FWB_FB oder Se_CDU_WP). Diese diskursive Bestimmung des ‚Volkes‘ ist den Diskursproduktionen, die im *AfD*-Kontext erfolgen, zwar nicht ganz unähnlich. Letztere unterstreichen jedoch regelmäßig die nationale Zugehörigkeit als Teil der Wir-Konstruktion, wie folgende Sequenz aus einer Rede eines *AfD*-Politikers aus dem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen (zu dem Pfullendorf gehört) zeigt:

„Aber diese Verkehrsverhältnisse, die wir haben: ob auf der Straße und auf der Schiene, das kann so nicht bleiben. [...] Wir sagen das auch nicht so wie andere Altparteiler, [...] wir werden das auch tun. [...] Wir haben genug ge-

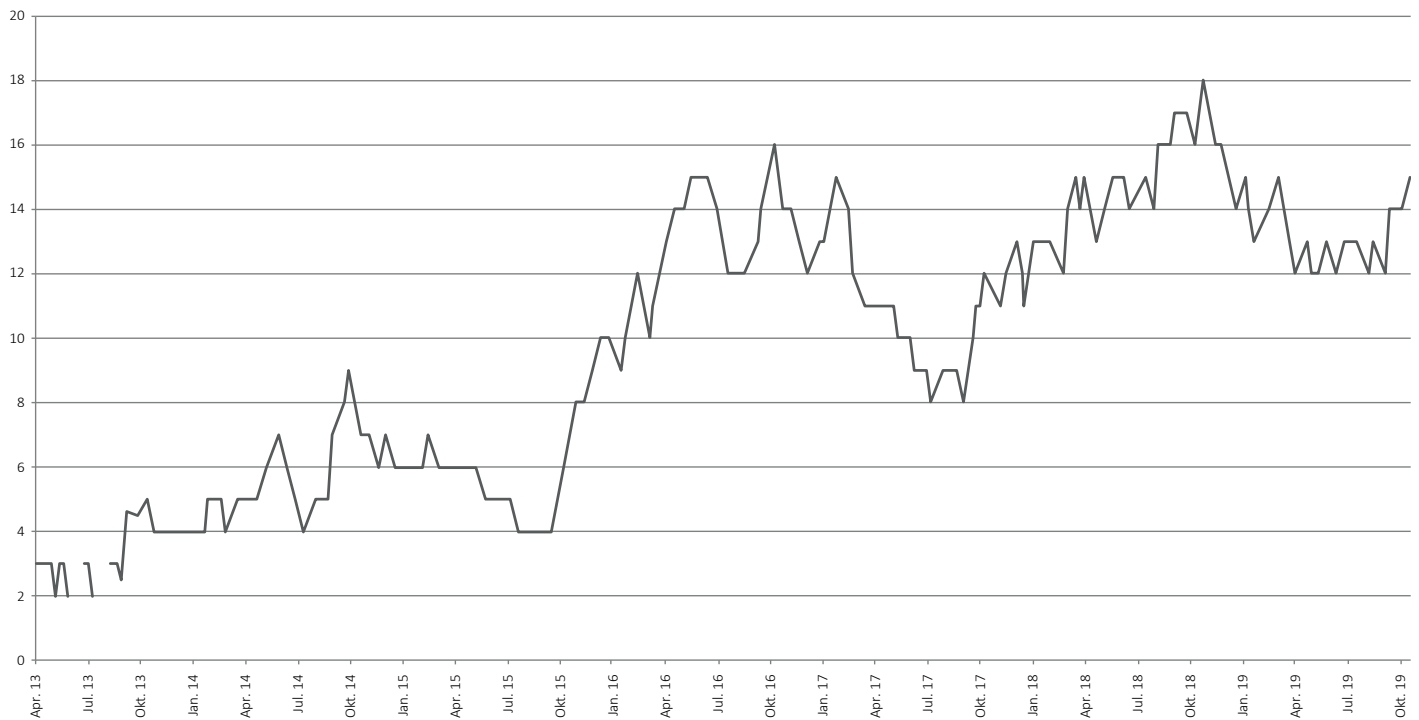


Abbildung 5: Zustimmungswerte der AfD (bundesweit) bei der „Sonntagsfrage“ (Daten: Infratest dimap, Sonntagsfrage, eigene Darstellung)

litten in diesen Jahren, wir haben genug Opfer gebracht, es geht jetzt auch darum, dass wir in unserer Heimat wahrgenommen werden. [...] Und diese Wertschätzung für uns deutsche Bürger, die fehlt mir“ (Pf_AfD_YT).

Im analysierten Korpus finden sich viele weitere Beispiele, in denen die Konstruktion des „Bürgers“ mit Attributen, wie „heimatlich“ oder „deutsch“ versehen wird – eine nationale Engführung des Bürgerbegriffes, die im Kontext von Kommunalwahlen, an denen auch Bürgerinnen und Bürger der gesamten Europäischen Union teilnehmen können, als bewusst gewähltes Stilmittel gedeutet werden kann. Ansatzpunkte für rechtspopulistische Interventionen bieten sich in einer Reihe kommunalpolitischer Themenfelder, wie im Folgenden gezeigt wird.

Betrachtet man die Zustimmungswerte zur AfD im zeitlichen Verlauf wird deutlich, dass die Partei nachhaltig von ihrer „Herbstoffensive“ 2015 profitiert (s. Abbildung 5), in der die Migrationspolitik der Bundesregierung im Fokus stand und die den Wandel von einer „euro(pa)kritischen zu einer stark migrationskritischen Partei“ markiert (Jesse 2019:116). Insofern läge es nahe, dass sie das **Themenfeld „Migration“** auch auf kommunaler Ebene besonders in den Fokus rückt. Der analysierte Materialkorpus lässt dies allerdings nur bedingt erkennen. Zwar wird auf verschiedenen Kanälen der lokalen AfD-Vertretungen Material geteilt, das als rassistisch zu bewerten ist, und es werden Posts weiterverbreitet, die die bundesdeutsche Migrationspolitik hämisch kommentieren, aber selbstproduzierte textliche oder visuelle Artefakte mit entsprechenden Inhalten konnten kaum auffindig gemacht werden. Im Landkreis Märkisch-Oderland (Kreisstadt Seelow) fordert die AfD, die Verantwortlichkeit für Abschiebungen von der Kreis- auf die Landesebene zu übertragen (A_AfD_WP), wovon sie sich eine verstärkte Migrationsabwehr verspricht; zugleich setzt sie sich – im Sinne einer verbesserten Migrationskontrolle – auch

für die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende ein (MOZ_MOL, 26.04.19). Die Ortsverbände in den anderen Fallstudiengemeinden problematisieren Migration ebenfalls und *framen* sie durchaus als kulturelle (Sch_AfD_WP), sozialstaatliche (A_AfD_FB) oder demographische (Pf_AfD_YT) Bedrohung. Die entsprechenden Einlassungen sind jedoch nicht zahlreich genug, um als ‚ausdrücklicher‘ Versuch interpretiert zu werden, über das Themenfeld „Migration“ lokale Deutungs- und Handlungsmacht zu gewinnen. Auch sind die Themen „Unterbringung“ oder „Kriminalität“, die häufig als Anlass einer sog. ‚migrationskritischen‘ Debatte dienen, im ausgewerteten Korpus (d. h. im Beobachtungszeitraum) kaum von Relevanz. Konflikte bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten gab es einzig in Seelow im Jahr vor der Untersuchung.³ Ein diskursives *scaling* (s. Abschnitt 2.3) lässt sich für das Themenfeld „Migration“ demnach bestenfalls ansatzweise feststellen.

Anders als das Themenfeld „Migration“ wird das **Themenfeld „Klima und Energie“** in allen vier Gemeinden häufig thematisiert, wobei es keineswegs allein der AfD überlassen wird. Vielmehr werden drohende Diesel-Fahrverbotszonen und Windkraftanlagen im ländlichen Raum durchaus auch von anderen

³ Eine Interviewpartnerin, die den anfänglichen Streit um die Unterbringung von Geflüchteten in Seelow mitverfolgt hat, betont, dass sich die Stimmung mit der Benennung von „Beauftragten“ (womit sie vermutlich die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Internationalen Bunds meint, die in Kooperation mit der städtischen Wohnbaugesellschaft die entsprechende Unterkunft betreuen) und dem Ausbleiben von Konflikten in der Nachbarschaft bald wieder beruhigt hatte. Diese Beobachtung steht freilich im Kontrast zu Erfahrungen anderer Brandenburgischer Kommunalpolitikerinnen und -politiker, in deren Gemeinden das Themenfeld „Migration“ zur zentralen Streitfrage avancierte, mit dem Potenzial ganze Ortsgemeinschaften zu spalten (MDR 2019).

Parteien und politischen Gruppierungen skandalisiert. Die Deutung von Bescherer et al., dass es sich bei der Bekämpfung von Klimaschutzmaßnahmen durch die *AfD* um die Besetzung einer „populistischen Lücke“ handelt (2018: 23), wird durch das analysierte Material damit nicht gestützt. Die Einlassungen vonseiten der *AfD* zum Klimaschutz können viel eher als radikalisierte Ausdruck einer (auch bei anderen politischen Kräften bereits seit längerem bestehenden) Ablehnungshaltung gelesen werden. Während etwa Wählergemeinschaften oder die *CDU* meist bestrebt sind, umweltpolitische Maßnahmen nicht nur zu problematisieren, sondern auch klimafreundliche Alternativen aufzuzeigen (vgl. Pf_CDU_Mag, A_FWB_FB), wird deren populistisches Potenzial erst in der Behandlung durch die *AfD*-Vertreterinnen und Vertreter voll ausgeschöpft. Diese sehen die Ursachen für die Folgeprobleme von Klimaschutzmaßnahmen allein im als „konzeptlos“ gebrandmarkten Vorgehen der ‚Etablierten‘ (Se_AfD_WP), stellen z. T. den menschengemachten Klimawandel grundsätzlich infrage (Sch_AfD_WP) und verunglimpfen die „allein ideologisch begründeten“ (Se_AfD_WP) klimapolitischen Maßnahmen der Regierenden. Anders als im Themenfeld „Migration“ werden auf kommunaler Ebene aber auch recht konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt und typischerweise mit übergeordneten Werten wie Rationalität, Effizienz oder Vernunft in Verbindung gebracht (Pf_AfD_YT). In diesem Sinne fordert die *AfD* in Pfullendorf beispielsweise den kompletten Baustopp für Windkraftanlagen; und in allen vier Fallstudiengemeinden opponiert die *AfD* gegen Diesel-Fahrverbotszonen, wie hier im Kreis Märkisch-Oderland:

„Wir kämpfen gegen ein Verbot von Diesel im Straßenverkehr, einer Technologie, die von unseren Ingenieuren zur weltweit saubersten und effizientesten entwickelt wurde. Durch ein drohendes Dieselfahrverbot in Berlin würden Pendler, Handwerker und andere Gewerbetreibende aus Märkisch-Oderland nicht akzeptable Nachteile erleiden“ (Se_AfD_WP).

Mit derartigen Stellungnahmen explizieren die Repräsentantinnen und Repräsentanten der *AfD* nicht nur ihre hauptsäch-

lichen ‚Zielgruppen‘, sondern suggerieren zugleich auch eine kommunale Gestaltungsmacht, die in der Realität gar nicht gegeben ist.

Ein ähnliches Muster rechtspopulistischer Intervention kann im **Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“** beobachtet werden, das vor allem in Seelow eine zentrale Rolle spielt, wo eine unzureichende Bus- und Bahnanbindung bemängelt wird. Den Verantwortlichen (denen sowohl die Landesregierung als auch die *CDU* zugerechnet werden) wird Planlosigkeit und Untätigkeit vorgeworfen. Als Handlungsoptionen nennen die Vertreterinnen und Vertreter der *AfD* eine dichtere Taktung der Regionalbahn (RB26), die Wiederaufnahme des Rufbusprojekts oder die Abschaffung des Schulbusbeitrages (Se_AfD_WP, MOZ_MOL, 26.04.19). Zudem teilt ein Kreistagsabgeordneter seine Vermutung, dass die *AfD* im Hintergrund die Bürgerinitiative „B1“, die sich für eine Umgehungsstraße einsetzt, unterstützt (vgl. Se_AfD_WP):

„Also was mir aufgefallen ist auch jetzt bei der Initiative Entwicklung der Bundesstraße B1, dass die AfD, sobald irgendwo eine Bürgerinitiative sich bildet, sobald irgendwo bürgerschaftliches Engagement sich zeigt, auf dem Plan steht, und die sind dann auch ganz gerne für ihre eigenen Zwecke teilweise auch nicht ersichtlich für die Leute einfängt. [...] Sie sagen nicht: Wir sind von der-, ich bin der AfD oder ich kandidiere für die AfD. Sie geben sich nicht als solches zu erkennen. Es sind dann auch nicht bekannte Gesichter, sondern da werden wirklich zielgerichtet-, durch die Ortsverbände werden in diese Strukturen Leute reingeschickt scheinbar. Also da ist auch so-, also da funktioniert einfach Kreisarbeit sehr gut, kann man wirklich so bestätigen, dass da also wahrscheinlich unser Kreisverband der AfD in Märkisch-Oderland auch einer ist, der seine Lücken sehr gut findet. Was auch anders herum natürlich den Rückschluss dazu zieht: Wie schlecht sind wir anderen?“ (KT_Se_t1).

Ähnlich stark wie in Seelow wird das Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“ auch in Pfullendorf von der *AfD* besetzt. Dort



Abbildung 6: Transparent der Bürgerinitiative „B1“ (Foto: Valentin Domann)

werden insbesondere Probleme im Straßenverkehr thematisiert, die auf die Konditionen der staatlichen Fördermittelverteilung zurückzuführen seien. Die entsprechenden staatlichen Akteure werden als inkompetent und ihr Handeln wird als empörend markiert (Pf_AfD_YT). Den beiden ländlich gelegenen Orten Pfullendorf und Seelow ist gemein, dass rechtspopulistische Interventionen dort Bilder von ‚Heimat‘ und ‚Landschaft‘ aufbauen, die durch die verfehlte Infrastrukturpolitik der Etablierten in Bedrohung gerate. Während in Seelow in diesem Zusammenhang der Heimatbegriff in den Vordergrund rückt, ist es im Kreis Sigmaringen die Landschaft, der ein besonderer Wert beigemessen wird (Pf_AfD_YT).

Im **Themenfeld „Wohnen“** können lediglich in Ahrensfelde rechtspopulistische Interventionen beobachtet werden. Dort wird problematisiert, dass es „Luxusmieten“ „bereits auch Menschen mit mittlerem Einkommen“ verunmöglichen, in Ahrensfelde angemessenen Wohnraum zu finden, wobei hier speziell junge Menschen und Rentnerinnen und Rentner in den Blick genommen werden (A_AfD_WP). Diese Problembeschreibung unterscheidet sich zunächst kaum von Stimmen, die eher dem linken Spektrum zuzuschreiben wären. Es wird zudem eine nicht weiter konkretisierte staatliche Subvention von Wohnraum ge-

fordert, um das Problem zu beheben, was in einem der Interviews jedoch hauptsächlich als ‚Stimmenfang‘ bewertet wird:

„Naja, das ist so eine AfD-mäßige Taube. [...] Klar ist da jeder für, wenn irgendwas subventioniert wird. Das ist der typische Populismus, würde ich meinen“ (A_14_t1).

Unabhängig von den behandelten kommunalpolitischen Themenfeldern zeigen die empirischen Analysen, dass im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Interventionen die **Konstruktion des politischen Gegners** viel Raum einnimmt (s. Abbildung 7). Der lokale Bezug bleibt dabei oft vage. Einen Anlass zur Bestimmung und Diffamierung des politischen Gegners vor Ort bieten zumeist Plakatbotschaften anderer Parteien (A_AfD_Insta) oder herabgerissene AfD-Plakate (Sch_AfD_FB, Se_AfD_FB_MOL, A_AfD_Insta), wie im Folgenden für die Stadt Strausberg (Landkreis Märkisch-Oderland) geschildert:

„Die Tatsache, daß ca. 90 Prozent aller unserer Plakate allein in Strausberg zerstört wurden, läßt sich schon aufgrund des Bildes hier im Hauseingang vermuten. In Strausberg ist das allerdings normal. Die Werte des zivilisierten

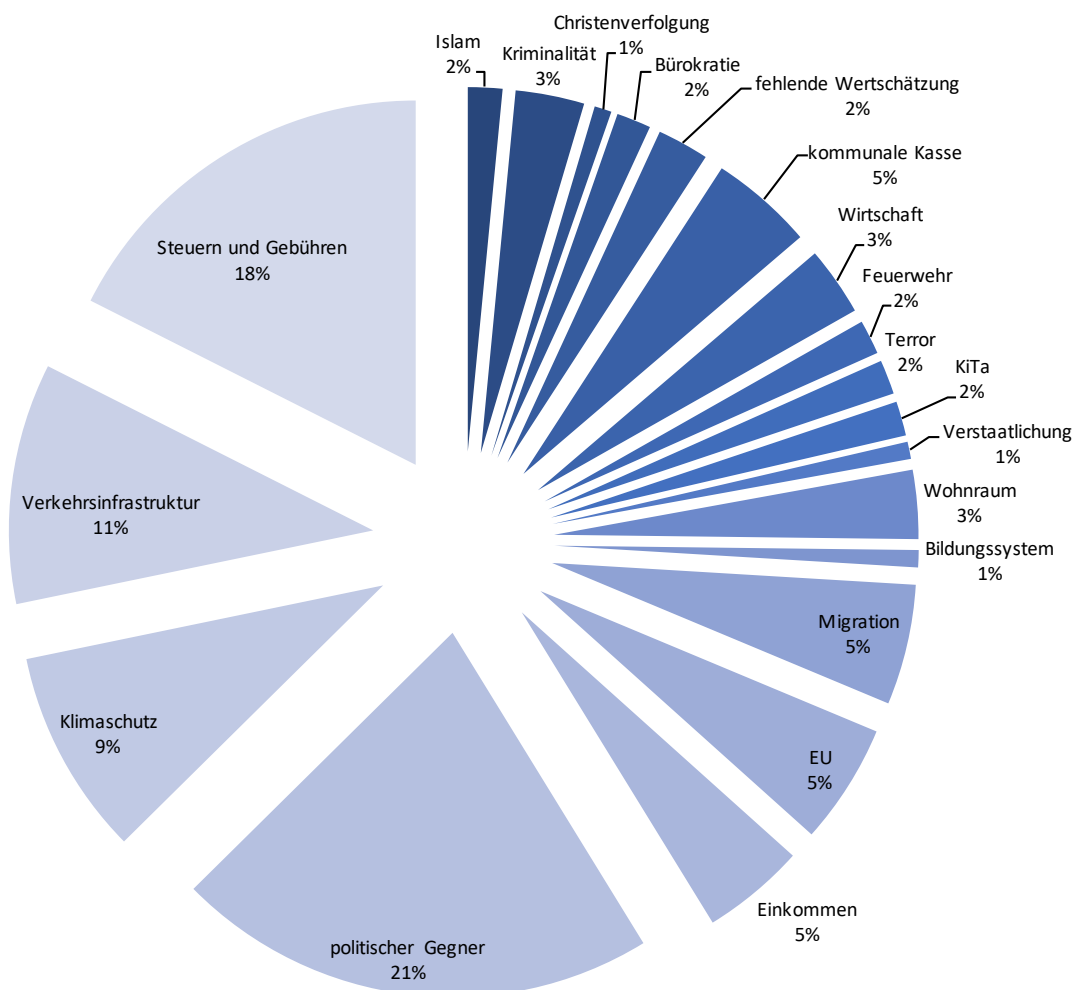


Abbildung 7: Problemschwerpunkte aus AfD-Perspektive (Differenzierung der in der Framing- und Scaling-Analyse im Teilkorpus „AfD-Materialien“ als „Problemdefinition“ codierten Textsequenzen nach angesprochenen ‚Problemen‘, n=131)

politischen Diskurses sind da anders getaktet. Während auf der Straße der zerstörerische Mob randaliert, werden genau diese Protagonisten der politischen Verwehung von der Stadt in ihrem Nest Peter-Göhring-Straße 25 mit Steuergeld gemästet. Es wird Zeit, daß nach dem 26. Mai ein neuer Wind weht. Die Strausberger sollten genau nachdenken, ob die Drahtzieher linker Anarchie weiter das Schicksal ihrer Stadt verhunzen sollen“ (Se_AfD_FB_MOL).

In diesem konkreten Fall wird ein „alternatives Jugendprojekt“ (über die Angabe der Adresse) als Scharnier zwischen Stadtverwaltung und „Mob“ ausgemacht, um die Breite der Gegnerschaft zu konstruieren, der sich die AfD gegenübersehe. In anderen Fällen werden Gegnerkoalitionen auch unter Einbeziehung der „öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, Lobbyverbände und Institutionen“ (A_AfD_Insta) sowie lokaler Parteien, die von CDU bis Bündnis 90/Die Grünen als „bunt“ bezeichnet werden (Se_AfD_FB_MOL), konstruiert. Drastische verbale Angriffe wie im wiedergegebenen Zitat kommen hauptsächlich in den brandenburgischen Fallstudiengemeinden vor. In Baden-Württemberg erfolgt die Markierung des politischen Gegners offenbar gemäßiger und eher implizit.

Ein weiterer Unterschied zwischen ost- und südwestdeutschen Fallstudien besteht hinsichtlich der **Personalisierung** des Wahlkampfes. Bei fast allen beobachteten Parteien spielen die jeweiligen Kandidierenden eine zentrale Rolle in der Wahlwerbung. Lediglich die SPD in Seelow und die AfD in Schriesheim und Pfulendorf verzichten weitgehend auf einen personalisierten Wahlkampf. Letzteres deckt sich mit Befunden der lokalen Politikforschung, die für die baden-württembergischen Kommunalwahlen festgestellt hat, dass „die rechtsextremistischen beziehungsweise -populistischen Parteien REP, NPD und AfD einen vergleichsweise geringen Anteil panaschierter Stimmen auf[weisen], was auf eine stärkere Parteiorientierung der Wähler[innen und Wähler] hindeutet“ (Nyhuis 2016: 665). Dass sich dies in den brandenburgischen Kommunen anders verhält, mag auch damit zusammenhängen, dass die Personen, die die AfD in Ahrensfelde und Seelow (prominent) vertreten, oft bereits über Arbeitserfahrung in den kommunalen Gremien verfügen und/oder für den brandenburgischen Landtag kandidieren. So kann ein AfD-Vertreter in Seelow die Erfahrungen einer fast 15-jährigen Kreistagsarbeit einbringen, die er zunächst mit der Liste *Die Rechte*, später mit *Freiheit Arbeit Werte* sammelte (rbb, 19.10.2014) und die er nun in recht konkrete Vorschläge, etwa zum kommunalen Kulturmanagement oder zur Organisation des ÖPNV, zu übersetzen vermag (MOZ_MOL, 26.04.19).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass rechtspopulistische Interventionen, hauptsächlich vonseiten der AfD, in allen vier Fallstudien beobachtet werden können. Das Themenfeld „Migration“ spielt dabei jedoch keine herausragende Rolle. Viel eher sind es die Themenfelder „Klima und Energie“ sowie „Verkehrsinfrastruktur“, für die rechtspopulistische Deutungsangebote formuliert werden. Insbesondere im kommunalen Handlungsfeld von Klimaanpassung und -schutz kann kohärentes Scale-Framing (d. h. die diskursive Verknüpfung von Problemwahrnehmungs- und politischer Handlungsebene) beobachtet werden. Ferner spielt die vertikale und horizontale Gegnerschaftsbestimmung im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Interventionen seitens der AfD eine große Rolle.

4.2 Wahrnehmung lokalpolitischer Kulturen in den Untersuchungsorten

Auf der Beobachtungsebene der *demand-side* werden nun für die Fallstudiengemeinden die lokalen Gelegenheitsstrukturen für rechts-populistische Intervention herausgearbeitet. Hierbei sind insbesondere die insgesamt 58 auswertbaren, unmittelbar vor den Kommunalwahlen durchgeführten Interviews mit *Localists* aufschlussreich.

In einer der ersten Fragen des Interviewleitfadens wurden die Interviewten gebeten, stellvertretend für die lokalen Gruppen, in denen sie sich bewegen, Auskunft über die Themen zu geben, die die Bewohnerinnen und Bewohner der betreffenden Gemeinde derzeit bewegen. Durch die offene Fragestellung konnten zahlreiche Probleme angesprochen werden; zudem wurden im Zuge des (offenen) Codierens weitere Themen identifiziert, die erst im Interviewverlauf als relevant markiert wurden. Die angesprochenen Themen unterscheiden sich von Ort zu Ort teils stark. In kaum einem Interview wurde nur ein einziges lokalpolitisches Problem angesprochen, sodass für jede der vier Fallstudien eine ganze Reihe konfliktgeladener lokaler Politikfelder ermittelt werden kann. Anhand der Auszählung der über alle Interviews hinweg ermittelten Interviewsequenzen, in denen als relevant markierte kommunale Problemfelder thematisiert werden, lässt sich dabei jeweils ein ortsspezifisches ‚Themenprofil‘ identifizieren (s. Abbildung 8).

In den Interviews aus Ahrensfelde, deren Einwohnendenzahl in den letzten Jahren schnell gewachsen ist, wurden die meisten der im Zuge der Auswertung vergebenen thematischen Codes (17 %) dem Thema „Straße“ zugeordnet, das in fast jedem Interview angesprochen wurde und auch im kommunalen Wahlkampf sehr präsent ist (s. Abschnitt 4.1). Dabei geht es hauptsächlich um die Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße 158:

„Ganz wichtiges Thema ist die Infrastruktur, nämlich die Umgehungsstraße, dass du hier verkehrstechnisch natürlich den halben Tag zubringst, um erstmal zur Arbeit zu kommen beziehungsweise von der Arbeit wieder nach Hause zu kommen“ (A_04_t1).

In Seelow, wo ein starker Bevölkerungsrückgang prognostiziert wird (s. Abschnitt 2.2), wird das Themenfeld „Migration“ als drängendstes lokales Politikfeld markiert. Dabei wird allerdings häufig angemerkt, dass dieses Thema inzwischen keinen so großen Raum mehr einnimmt wie noch im Jahr 2018, als es Konflikte um die dezentrale Unterbringung gab (Se_09_t1, Se_16_t1).⁴

⁴ Im Vorjahr wurde das Thema der Unterbringung Geflüchteter in Seelow von einem „Bürgerbündnis Seelow sagt Nein zum Ghetto“ skandalisiert (MOZ, 24.08.2018) und auch in der Ortswahrnehmung spielt diese – scheinbar durch die lokale AfD in Form einer Kundgebung befeuerte – Debatte noch eine gewichtige Rolle: „Als die Migranten hier, die haben hier eine Wohnung gekriegt haben, dort am Stadium, nicht? Und da hat die AfD dann aufgerufen, dort dagegen zu demonstrieren. Da am Kulturhaus haben sich dann auch Bürger eingefunden, die eigentlich nicht AfD-Mitglieder sind. Aber ich weiß, ich habe dann nachher das Bild gesehen, ich weiß, wer da alles so teilgenommen hat. [...] Die mögen eben keine Ausländer“ (Se_01_t1). Jedoch spiegelt sich dieser Moment nicht im untersuchten Korpus wieder.

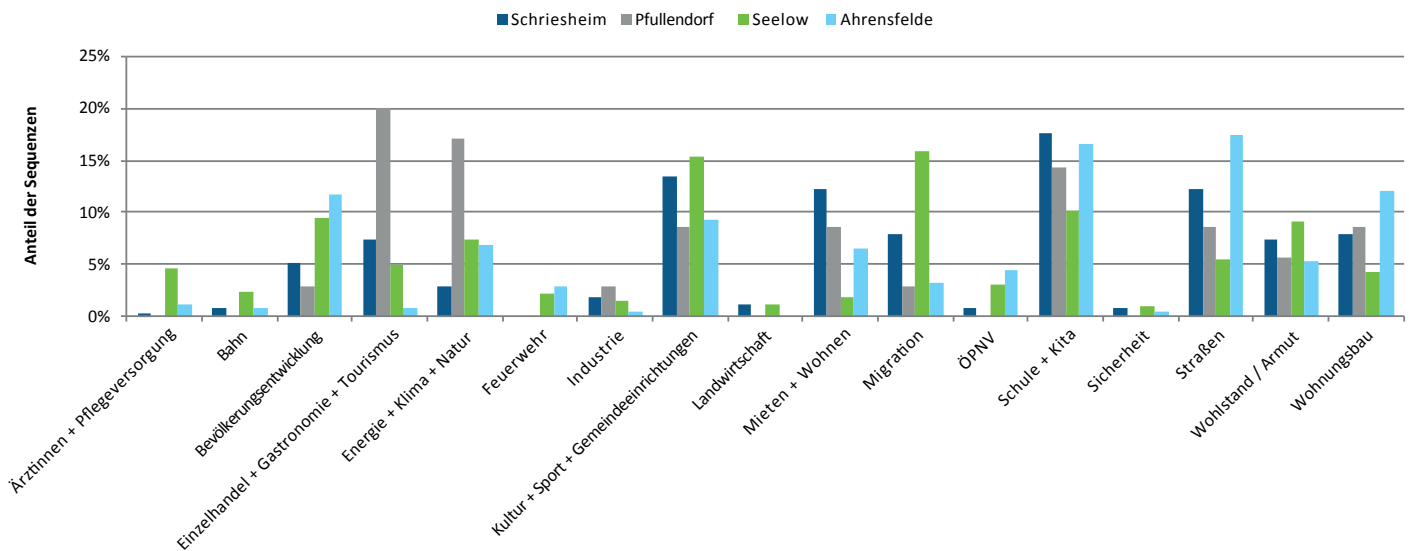


Abbildung 8: Bedeutung verschiedener Themen in den Fallstudiengemeinden (Anteil der einem bestimmten Thema zugeordneten Interviewsequenzen an allen thematisch codierten Interviewsequenzen einer Fallstudie, n=876 fallstudienübergreifend)

Dass es dennoch bis in die Wahlkampfzeit 2019 virulent geblieben ist, dürfte daran liegen, dass es sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung mit anderen Themenfeldern, wie etwa der unzureichenden Ausstattung mit Kita-Plätzen (Se_17_t1) oder einem erhöhten Bus-Aufkommen überlagert:

„Hier waren über 100 [Geflüchtete] untergebracht in dieser Turnhalle. Und da ist dann schon, dass die Leute da sauer sind. Weil diese Straße die jetzt hier reingeht, da fahren am Tag jetzt 20 Busse, Buslinien. 20 Mal wird hier vorne gehalten. Vor den Flüchtlingen gab es nur früh für die Kinder einen Bus. Da habe ich mich noch stark gemacht, dass die Kinder, die hier wohnten, dass hier ein Bus reinfährt, nicht vorn an der B1, hier. Da fuhr früh ein Bus und nachmittags ein Bus. Jetzt fahren hier 20 Busse, weil die Flüchtlinge hier ihre Kohle holen. Hier ist die Ausländerbehörde. Das bewegt viele, ja“ (Se_18_t1).

Im baden-württembergischen Schriesheim, wo in den nächsten Jahren ein zunehmendes Wachstum erwartet wird, dominiert insbesondere das Thema „Schule und Kita“ die lokalen Debatten. Zumeist geht es dabei um die Sanierung des örtlichen Gymnasiums, die für die Gemeindekasse als kostspielige Angelegenheit wahrgenommen wird:

„Die einen sagen, man hätte nicht ganz das grundsaniern müssen, es hätte gelangt, wenn man die Dächer dicht bringt, also vielleicht ein Satteldach oder und die Außenwände richtig isoliert und überhaupt eine gute Heizung rein. Das ist die Elektroheizung, da passt gar nichts. [...] Fast wäre es besser gewesen, wenn sie das Ding abgerissen hätten und ein neues gebaut hätten“ (S_07_t1).

In Pfullendorf, der untersuchten Stadt mit den höchsten Steuereinnahmen pro Person, scheinen die Sanierung der Innenstadt sowie die Wiederbelebung von Einzelhandel und Gastronomie das bestimmende kommunalpolitische Thema zu sein (P_01_t1, P_02_t1). Aufgrund der geringen Zahl an Interviews, die dort ge-

führt werden konnten, wird diese Fallstudie aus den folgenden quantitativ geleiteten Auswertungen jedoch ausgeklammert.

Vergleicht man die für die Fallstudiengemeinden identifizierten thematischen Schwerpunktsetzungen mit den Ergebnissen der landesweiten Monitorings, so zeigen sich für Baden-Württemberg kaum Konvergenzen. Denn im Demokratie-Monitoring des Landes wird eine diskursive Hegemonie der Themen „Geflüchtete/Migration“, „Europäische Integration“, „Autoritarismus“ und „Rechtspopulismus“ festgestellt (Gensheimer & Frankenberger 2019: 112). Dem gegenüber spiegelt die Gemengelage in Seelow in etwa diejenigen Themen wider, die auch im Brandenburg-Monitor als prioritär für die Befragten identifiziert wurden. Dort erwiesen sich „Flucht & Asyl/Migration“ sowie, mit großem Abstand, „Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit“ und „Soziale und Ost-West-Ungerechtigkeit/Armut“ als die aus Sicht der Bevölkerung drängendsten politischen Herausforderungen. Das Thema „Verkehr/Infrastruktur“, dem allerdings in den berlinnahen Gemeinden (wie Ahrensfelde) eine deutlich höhere Bedeutung zukommt, rangiert dort erst an neunter Stelle (Müller-Hilmer 2018).

Um die Art und Weise der Thematisierung einzelner Felder zu codieren, wurden vier verschiedene Codes genutzt: Harmonie, Konflikt, Gemeinschaft/Engagement, Vereinzelung/Verdrossenheit/Misstrauen. Insgesamt wird dabei deutlich, dass viele Themen ein erhebliches Konfliktpotenzial aufweisen. Dies scheint vor allem für die Themenfelder „Klima und Energie“ sowie „Verkehrsinfrastruktur“ zu gelten. Auch bezüglich dieser Themen lässt sich jedoch keinesfalls eine Polarisierung der Bevölkerung zwischen klar abgrenzbaren Lagern feststellen; vielmehr scheint es variable Koalitionen zu geben. Mit Blick auf das Thema „Windräder“ sind allerdings zwei prägnante Konfliktlinien auszumachen a) entweder zwischen Bauern/Bäuerinnen, die ihr Land verpachten wollen und Anwohnenden, die negative Folgen fürchten (z. B. Se_14_t1) oder b) zwischen benachbarten Gemeinden, wie etwa in Pfullendorf (P_01_t1). Letztere Konfliktlinie dominiert auch in den Auseinandersetzungen rund um Fragen des Straßenverkehrs, wie etwa in Ahrensfelde und Seelow (A_02_t1, Se_18_t1, Se_11_t1). Aber

auch Zielkonflikte zwischen Verkehrsplanung und Naturschutz (etwa A_20_t1) oder ‚Generationenkonflikte‘ innerhalb der lokalen Verwaltung (etwa A_21_t1) werden im Zusammenhang mit dem Thema „Straße“ angesprochen, etwa in Schriesheim:

„Großes Thema war bei uns ja der Tunnel, nicht? Das war ja, da hat ja unser ehemaliger Bürgermeister, Altbürgermeister, der gestern übrigens Geburtstag hatte, der hat ja dafür gekämpft und das war natürlich schon ein Streitthema. Da waren schon viele dafür, die anderen dagegen und ja“ (S_13_t1).

Lediglich in Seelow lässt sich bezüglich der Freigabe der B1 (Se_11_t1) für schwerere Lastkraftwagen und der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zudem eine klare Konfliktlinie zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Verwaltung auf der anderen Seite ausmachen:

„(...) das erste Mal ist es passiert in diesem Jahr, dass also so ein Vorhaben [Straßenausbau] von der Stadt zurückgezogen wurde, weil Bürger das nicht wollten. Angesichts dieser Diskussion mit der Aufhebung der ganzen Dings, haben die halt auch gesagt: „Wir wollen nicht, dass ihr bei uns baut!“ Weil die hätten ja hier so fünfzig Prozent der Kosten hier so zahlen müssen“ (Se_02_t1, s. auch Abschnitt 4.1).

Überraschenderweise wird besonders das Themenfeld „Migration“ als wenig konfliktträchtig dargestellt. Insbesondere in Seelow und Schriesheim fällt auf, dass die Befragten einerseits angeben, dieses Thema sei in ihren jeweiligen sozialen Netzwerken besonders präsent, andererseits den weitgehenden Konsens betonen, der vor Ort im Umgang mit diesem Thema bestehe. Sie versich-

ern, dass es keine Konflikte, „keine Rüttelei, nichts“ (Se_07_t1) in diesem Handlungsfeld gebe. Dabei ‚loben‘ einige Befragte, dass Geflüchtete im öffentlichen Raum kaum wahrnehmbar seien (z. B. S_09_t1), etwa in dem Sinne, dass „kaum mal ein Kopftuch“ zu sehen sei (Se_14_t1). Andere heben Anzeichen einer bereitwilligen kulturellen Assimilation an die autochthon imaginierte Ortsgemeinschaft hervor (S_05_t1). In Seelow, wo grenzüberschreitende Migration bislang deutlich weniger sichtbar ist als beispielsweise in Schriesheim und das künftig jedoch viel stärker auf Zuzug angewiesen sein wird, stellt die Fluchtmigration ab 2015 offenbar ein Thema von besonderer Relevanz dar, das sich laut einigen Befragten jedoch schrittweise über alltägliche Begegnungen normalisiere – hauptsächlich über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche (Se_17_t1) oder in Sportvereinen:

„Viele haben dann auch [gesagt]: ‚Och ja, und wenn ich die ganzen [Geflüchteten] schon bei Kaufland sehe und dann habe ich schon Angst‘. Mittlerweile sind die, viele sind in Vereinen drin. Junge Männer hier beim Fußball oder da und da. Dadurch knüpfen sie Beziehungen zu den Familien und die merken jetzt, die sind ja gar nicht so, wie überall gesagt wird“ (Se_16_t1).

Im Zuge der inhaltsanalytischen Auswertung der Interviews wurden auch Aussagen zur Wahrnehmung der jeweiligen Bürgermeister, der Kandidatinnen und Kandidaten für kommunalpolitische Gremien und der Arbeit der Gremien (mit Hilfe induktiv gebildeter Codes) kategorisiert (wobei meist mit Gegensatzpaaren, etwa „gerecht/ungerecht“ gearbeitet wurde). Insgesamt lassen sich diesbezüglich jedoch kaum eindeutige Muster erkennen (s. Abbildung 9) – beispielsweise werden der lokalen Politik in den Fallstudiengemeinden etwa gleich häufig Responsivität und ein Mangel an Responsivität attestiert.

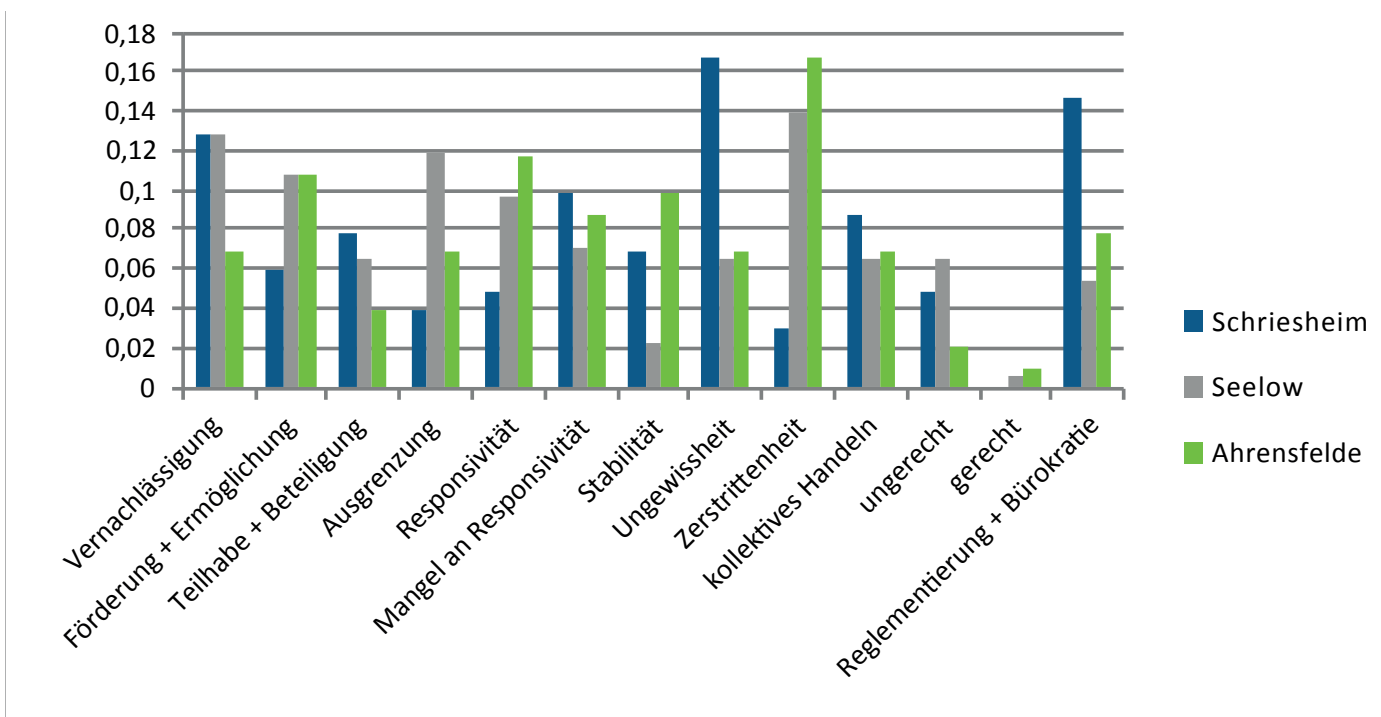


Abbildung 9: Eigenschaften, die der Kommunalpolitik zugeschrieben werden (Differenzierung der in den Interviews als „Wahrnehmung der Politik“ codierten Sequenzen nach den der lokalen Politik zugeschriebenen Eigenschaften und Schwerpunktsetzungen nach Fallstudiengemeinden, n=390 fallstudienübergreifend, ohne Pfullendorf)

In Schriesheim wird die lokale Politik häufig mit Ungewissheit assoziiert. Dahinter steht die Unterstellung, die Bürgerinnen und Bürger trauten aufgrund ihrer Erfahrungen aus früheren Wahlkämpfen den im kommunalen Wahlkampf formulierten Versprechungen nicht (z. B. S_04_t1). Auch der Vorwurf, die lokale Politik, sei zu verregelt und bürokratisch, ist in Schriesheim besonders vernehmlich zu hören und wird vor allem mit Blick auf die lokale Vereins- und Ehrenamtskultur artikuliert:

„Miet` ich jetzt einen Raum bei der Stadt, da ist extra einer, der da draufguckt: ‚da dürfen Sie so Tischdecken gar nicht drauflegen, die muss feuerfest sein!‘ Obwohl ich im Zehnkeller bin, wo in 433 Jahren noch nichts passiert ist, weil alles da ist. So Sachen sind da halt unheimlich“ (S_07_t1).

In Seelow und Ahrensfelde sticht hervor, dass die lokale Politik vielfach als zerstritten wahrgenommen wird. Dies wird hauptsächlich auf die Zusammenarbeit im Gemeinde- bzw. Stadtrat bezogen:

„Es gibt nicht eine Stadtverordnetenversammlung, wo mal alle sich einig sind!“ (Se_04_t1).

Dabei wird insbesondere Bezug auf Verhinderungstaktiken der AfD in den Gremien genommen, die die politische Arbeit torpedieren (z. B. A_02_t1, Se_07_t1).

Es wird deutlich, dass die Bewertung der lokalen Politikakteure stark mit den jeweiligen Handlungsfeldern variiert, weshalb neben der Einschätzung ihres politischen Handelns auch die ihnen zugeschriebene Problemlösekompetenz codiert wurde. Hier zeigt sich, dass in vielen Handlungsfeldern die Politik vor Ort als sehr zögerlich empfunden wird bzw. dass viel Zeit vergeht, bis adäquate Antworten auf Probleme vor Ort gefunden werden. Am häufigsten wurde zögerliches Handeln in Verbindung mit dem Thema „Straße“ moniert, wobei die Diskussion um eine Umgehungsstraße für Ahrensfelde hervorsteht:

„Also, die Umgehungsstraße. Da haben sie ja schon zu DDR Zeiten von geredet. Aber da ist ja dann nun gar nichts passiert“ (A_13_t1).

Nach Zögerlichkeit ist Sparsamkeit die in den Interviews am zweithäufigsten angesprochene Eigenschaft der lokalpolitischen Problembearbeitung. Sie wird insbesondere im Hinblick auf die Förderung des Gemeinschaftslebens und die soziale Ungleichheit am Ort problematisiert. Dabei treten zuweilen auch recht eindeutig Oben-Unten-Narrative zutage (wobei das Establishment zumeist ‚oberhalb‘ der Kommunalpolitik verortet wird), die in hohem Maße an rechtspopulistische Argumentationsfiguren anschlussfähig sind:

„Die sitzen da oben, wenn man sich auch wirklich das EU-Parlament da mal anguckt [...], dann wollen sie dahinziehen und dann wollen sie das da wieder umziehen. Und das sind nur Millionen und Milliarden, was sie dafür brauchen. Und hier unten können sie nicht mal einen Sozialarbeiter an einer Schule bezahlen, der vielleicht nur 10 000 Euro im Jahr braucht. Da sind keine Gelder da. Und da oben werden die Milliarden zum Fenster rausgeschmissen und wie sie im Fernsehen manchmal bei solchen Talk-

sendungen sagen und dann zanken die sich wochenlang darum, wie die EU-Gurke im Gewürzglas, wie krumm die sein darf. Und da sagen die Menschen, da sagen die auch, ‚na sag mal, haben die keine anderen Sorgen?‘“ (Se_16_t1).

Zusammengefasst dominieren in den Fallstudiengemeinden zwar jeweils unterschiedliche Schwerpunktthemen die Wahrnehmung der kommunalpolitischen Debatten; die Themenfelder „Klima und Energie“ sowie „Verkehrsinfrastruktur“ werden aber fallstudienübergreifend als besonders konfliktträchtig erfahren. Die Konfliktlinien verlaufen dabei nicht zwangsläufig zwischen mehr oder minder klar definierten Fraktionen innerhalb der lokalen Gesellschaft, sondern auch vertikal zwischen lokalen und überlokalen (Kreis, Region, Land, Bund, EU) Interessenslagen sowie zwischen unterschiedlichen Gemeinden. Die Wahrnehmung lokaler politischer Akteure sowie Zuschreibungen hinsichtlich ihrer Problemlösekompetenz zeigt, dass Lokalpolitik mitunter mit Ungewissheit, bürokratischer (Über-) Regulierung und Zerstrittenheit assoziiert und dass Lokalpolitikerinnen und -politikern nicht selten ein Übermaß an Zögerlichkeit und Sparsamkeit zugeschrieben wird.

4.3 Zwischen Stammtisch und Online-Foren: Bedeutung von hybriden Diskursräumen für die lokale politische Kultur

Die Interviews beinhalten zahlreiche Hinweise auf (physische) Räume, in denen in der jeweiligen Kommune ein politischer Austausch stattfindet. Hierbei wird öffentlich zugänglichen Einrichtungen wie dem Gemeindezentrum oder den Einzelhandelsgeschäften große Bedeutung zugemessen. Zugleich wird von den Interviewten jedoch ebenfalls und wiederholt darauf verwiesen, dass online geführte Debatten die Wahrnehmung lokalpolitischer Fragestellungen prägen – insbesondere in Seelow (Se_03_t1, Se_14_t1, Se_16_t1, Se_17_t1). In allen Untersuchungsorten zeigt sich, dass neue Medien eine zunehmende Relevanz für die lokale Debattenkultur haben. Der in Abschnitt 2.3 beschriebene multidimensionale Zugang zu unterschiedlichen Diskursarenen zeigt, wie die verschiedenen Räume der politischen Debatte einerseits miteinander in Beziehung stehen, andererseits von sehr unterschiedlichen Diskursdynamiken geprägt sind.

Die Frequenzanalyse der ausgewerteten **Twitter**-Daten zeigt, dass in den Fallstudiengemeinden jeweils ganz unterschiedliche Themen im Mittelpunkt der Online-Communities stehen und dass darüber hinaus offenbar auch die Struktur der Nutzenden stark variiert. Zugleich wird in der Zusammenschau deutlich, dass auf Twitter kaum ‚tatsächliche‘ Debatten zu aktuellen lokalen Themen stattfinden, sondern dass es in erster Linie um die Darstellung von Positionen und Meinungen sowie die bloße Verbreitung von Nachrichten und Werbung geht. Damit bestätigt sich die auch in anderen Studien angestellte Beobachtung, dass Twitter vor allem wie ein „Megafon“ funktioniert: „Die Technologie wird von den meisten Nutzern nicht zur intersubjektiven Verständigung eingesetzt, sondern um der eigenen Position Gehör zu verschaffen“ (Laux & Schmitt 2017: 518). Vor diesem Hintergrund beschränkt sich die folgende Darstellung der Aus-

Im Gegensatz zum Twitter-Korpus offenbaren die 60 ausgewählten Diskussionen auf Facebook einen lebhaften Online-Austausch zu lokalen Themen. Die unter einem einzigen Artikel geführten Diskussionen füllen hierbei ausgedruckt bis zu 31 Seiten (A_FB_Klima_03). Die ausgewählten Diskussionen beziehen sich überwiegend auf Beiträge unter öffentlich einsehbaren lokalen Nachrichtenseiten (genaue Aufschlüsselung s. Anhang). Sie behandeln überwiegend solche Themen, die sich bereits in der Framing- und Scaling-Analyse als besonders anschlussfähig für rechtspopulistische Intervention erwiesen haben, etwa „Klimawandel“, „Infrastruktur“ oder „Migration“ (s. Abschnitt 4.1). Unabhängig von den Themen zeigt sich im analysierten Facebook-Korpus, dass kaum eine Aussage eines oder einer Diskussionsteilnehmenden unwidersprochen bleibt. In allen Teilkorpora sind Ablehnung und Widerspruch die häufigste Art und Weise, in der in den Diskussionen aufeinander Bezug genommen wird, wobei im Teilkorpus Ahrensfelde (wo 83 % der im Zuge der Inhaltsanalyse an einzelne Textsequenzen vergebenen Codes auf Uneinigkeit hinweisen), offenbar am kontroversesten debattiert wird. Die rege Online-Diskussion auf Facebook wird dort auch in einigen Interviews thematisiert, wobei meist hervorgehoben wird, dass sie die Debattenkultur vor Ort zuspitze:

„[Viele Ahrensfelderinnen und Ahrensfelder] meine[n] alles irgendwie wiedergeben zu müssen, kommentieren [zu] müssen, ohne [...] dass ich mir da mal vorher überlege, was ich irgendwie reinschreibe - ich mache erstmal diese These“ (A_04_t1).

Ähnliche Hinweise finden sich auch in den anderen Fallstudien (z. B. Se_16_t1, P_01_t1, S_09_t1) sowie darüber hinaus in anderen Untersuchungen (vgl. Schreiber & Göppert 2018).

Das Facebook-Korpus zu Seelow (in dem nur 44 % der im Zuge der Inhaltsanalyse an einzelne Textsequenzen vergebenen Codes auf Uneinigkeit hinweisen) ist deutlich weniger stark von Dissensmarkierungen geprägt als der Ahrensfelder. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass er viele eher vermittelnde Beiträge enthält, in denen versucht wird, Diskussionsteilnehmende zu beschwichtigen (19 %) oder Sachverhalte genauer aufzuklären (18 %). Dies wiederum dürfte an der spezifischen Zusammenstellung des Teilkorpus' der kleinsten aller untersuchten Gemeinden liegen: Da Seelow von Online-Nachrichtendiensten nur selten thematisiert wird, finden insbesondere unter dem (öffentlich einsehbaren) Profil des Bürgermeisters ausführliche Debatten zu lokalen Themen statt, in die er selbst moderierend und versachlichend eingreift (z. B. Se_FB_Wohnen).

Der Wirkungskreis der Facebook-Debatten ist geographisch viel enger begrenzt als derjenige der ausgewerteten Tweets. Im Fall von Seelow, das auf Twitter fast ausschließlich in englischer Sprache und von verschiedenen Kontinenten aus erwähnt wird, finden sich im Facebook-Teilkorpus mehrere Hinweise darauf, dass sich die Diskutierenden persönlich kennen. In der Diskussion zu einer veranstaltungsbedingten Umleitung, in der ein Nutzer den Wert der Veranstaltung gegenüber den Auswirkungen (auf zugespitzte Weise) zu verteidigen versucht, antwortet ein anderer:

„Ich merke mir dein Gesicht, dann schau ich wo du wohnst und schmeiße meinen Müll direkt vor deine Haustür“. Eine andere Nutzerin fügt hinzu: „das mache ich für dich / Wohne näher dran“ (Se_FB_Straße_02).

Dieser Ausschnitt zeigt im Übrigen auch, dass die Annahme, online geführte Debatten mäßigten sich im Ton, sobald die Diskutierenden einander persönlich bekannt sind, nicht zutreffen muss.

Während in Seelow insbesondere das Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“ im Fokus der Facebook-Debatten steht, wird in den drei anderen Fallstudiengemeinden auch das Themenfeld „Klima und Energie“ ausführlich auf Facebook diskutiert. Im Schriesheimer Teilkorpus etwa wird auf 19 Druckseiten eine Straßenblockade der Gruppe Extinction Rebellion im nahegelegenen Heidelberg kontrovers verhandelt. Diese Übersetzung einer global geführten Debatte in eine lokale Intervention polarisiert die Facebook-User erkennbar und wird beispielsweise mit den Worten „Klima ist international / Setzt euch doch lieber in New-York auf die Straße“ infrage gestellt (S_FB_Klima_03). Auch in Pfullendorf und Ahrensfelde sind es lokale Ereignisse, an denen sich ein klimapolitischer Dissens entzündet – insbesondere der Vorstoß, in Konstanz den ‚Klimanotstand‘ auszurufen (P_FB_Klima_03, P_FB_Klima_06, P_FB_Klima_07) und der Besuch Greta Thunbergs in Berlin (A_FB_Klima_03). In allen drei Fallstudiengemeinden verunglimpfen viele Facebook-User Klimaaktivistinnen und -aktivisten als jugendliche bzw. naive „Ökoterroristen“ (S_FB_Klima_03), hinter denen eine „mächtige, gewinnorientierte Interessenten Lobby“ (S_FB_Klima_01) stehe. Zudem spielen auch Memes (grafikbasierte digitale Beiträge, die auf kollektiver Co-Produktion, Adaption und Verbreitung basieren) eine besondere Rolle, die als „diskursive Waffen“ multidimensionale Aggression und Feindschaft pointiert auszudrücken vermögen (Nissenbaum & Shifman 2017: 495). Hierbei liefern insbesondere direkte Anspielungen auf Greta Thunberg als Symbolfigur der Klimabewegung „Fridays for Future“ die Basis für Meme-Produktionen (s. Abbildung 11).



Abbildung 11: Screenshot aus Facebook-Diskussion A_FB_Klima_03 (abrufbar unter <https://www.facebook.com/mozdel/posts/2534962519871269>)

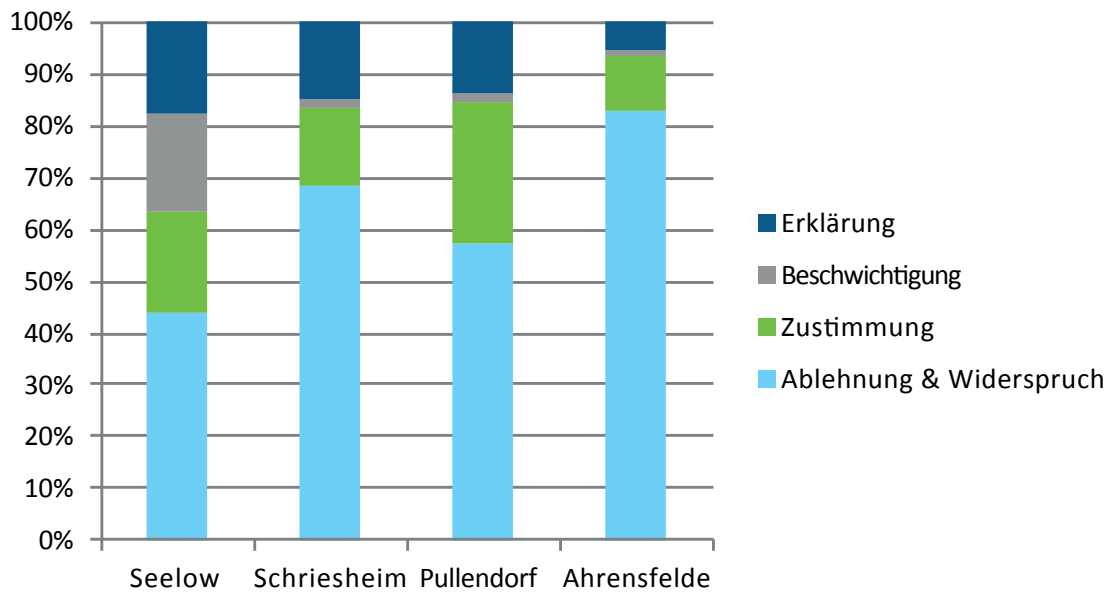


Abbildung 12: Bezugnahme in Facebook-Debatten (Differenzierung der als „Bezugnahme“ codierten Sequenzen im Facebook-Korpus nach Fallstudiengemeinden, n=419)

Allein in einer Debatte aus dem Teilkorpus Ahrensfelde finden sich neun Memes, die die Schülerin auf die eine oder andere Weise diffamieren oder, wie in der Abbildung, Gewaltfantasien ihr gegenüber veranschaulichen. Insgesamt ist erkennbar, dass sich in den Facebook-Diskussionen Gegnerinnen und Gegner sowie Befürworterinnen und Befürworter radikaler Maßnahmen gegen die weitere Emission von Treibhausgasen als zwei Fraktionen weitgehend unversöhnlich gegenüberstehen.

In den Teilkorpora der brandenburgischen Fallstudiengemeinden wird auch das Themenfeld „Migration“ prominent verhandelt; insbesondere in Ahrensfelde nicht zuletzt in Form zahlreicher Hasskommentare. Den Anlass hierfür bieten Presseartikel zu einem Landesprogramm zur Aufnahme Geflüchteter oder zu den Unterbringungskonzepten der Landkreise. Auf einen Kommentar wie „Gibt’s dafür nix von Heckler und Koch??“ (A_FB_Migra_02), der als unmittelbare Drohung gegenüber den am Ort untergebrachten Personen verstanden werden kann, erfolgt in Ahrensfelde dabei keine Reaktion von der Moderation der Lokalzeitung, unter deren Beitrag er sich findet. Auch wenn konkrete Drohungen eine seltene Ausnahme im Gesamtkorpus darstellen und quantitativ solche Beiträge überwiegen, die sich den Hasskommentaren in der einen oder anderen Weise entgegenstellen, ist der Ton der zum Themenfeld „Migration“ geführten Diskussionen vor allem in Ahrensfelde insgesamt sehr rau; „Beleidigung & persönlicher Angriff“ ist in der Oberkategorie „Modus operandi“ dementsprechend der am häufigsten vergebene Code. Zudem werden Argumente der ‚Gegenseite‘ häufig mittels Sarkasmus und Ironie ins Lächerliche gezogen, wodurch Auseinandersetzungen sehr schnell in eine persönliche Fehde zwischen einer Handvoll User abgleiten (z. B. S_FB_Klima_03). Im Teilkorpus Seelow stehen demgegenüber die moderierenden Interventionen des Bürgermeisters (und auch anderer Lokalpolitikerinnen und -politiker) ins Auge, die auf Falschbehauptungen und Übertreibungen in sachlichem Ton reagieren und damit offenbar zumindest zum Teil ein ‚Aufschaukeln‘ der Diskussionen

zu verhindern und einzudämmen vermögen. Auch die lokalen Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD teilen mitunter Posts mit antimigrantischen Inhalten; sie beteiligen sich aber fast gar nicht mit selbstproduzierten Texten oder Memes an den Facebook-Debatten zur „Migration“. Diese Debatten sind insofern weitgehend unverbunden mit den rechtspopulistischen Interventionen seitens der AfD, die im Rahmen der Analyse von politischen Dokumenten und Materialien identifiziert werden konnten.

Die Auswertung der **lokalen Zeitungen** (Printmedienanalyse) weist in eine ganz andere Richtung als diejenige der Twitter- und Facebook-Daten. Zu den in den sozialen Medien besonders hitzig diskutierten Themen erfolgt in der Lokalpresse eine überaus ausgewogene Berichterstattung. Die meisten Beiträge bemühen sich unverkennbar um die Einhaltung journalistischer Standards und versuchen, stets mehrere Perspektiven abzubilden. Untersucht man das entsprechenden Korpus entlang der Themenfelder „Klima und Energie“, „Verkehrsinfrastruktur“ und „Wohnen“, zeigt sich in der Frequenzanalyse zunächst, dass sich der Raum, den die betreffenden Debatten einnehmen, unterschiedlich entwickelt. Das Thema „Klimawandel“ etwa gewinnt in allen vier Fallstudiengemeinden an Bedeutung: Der relative Anteil der diesem Thema zugeordneten Wortstämme am gesamten Textmaterial ist in allen Teilkorpora, das auf den Zeitraum vor der Wahl datiert, niedriger als in demjenigen, das erst nach der Wahl produziert wurde; in Seelow steigt er beispielsweise von durchschnittlich 4,3/10.000 Wörtern auf 5,7/10.000 (s. Abbildung 13).

Um der Frage nachzugehen, inwiefern sich in der lokalen Presse rechtspopulistische Deutungsmuster wiederfinden, wurden konkordanzanalytisch diejenigen lexikalischen Einheiten (hier Sätze) des Pressekorpus ermittelt, in denen solche Wortstämme, die die fokussierten Themenfelder markieren (beispielsweise *[trasse]*, *[stau]* oder *[nahverkehr]* für das Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“), und solche, die in der Framing- und

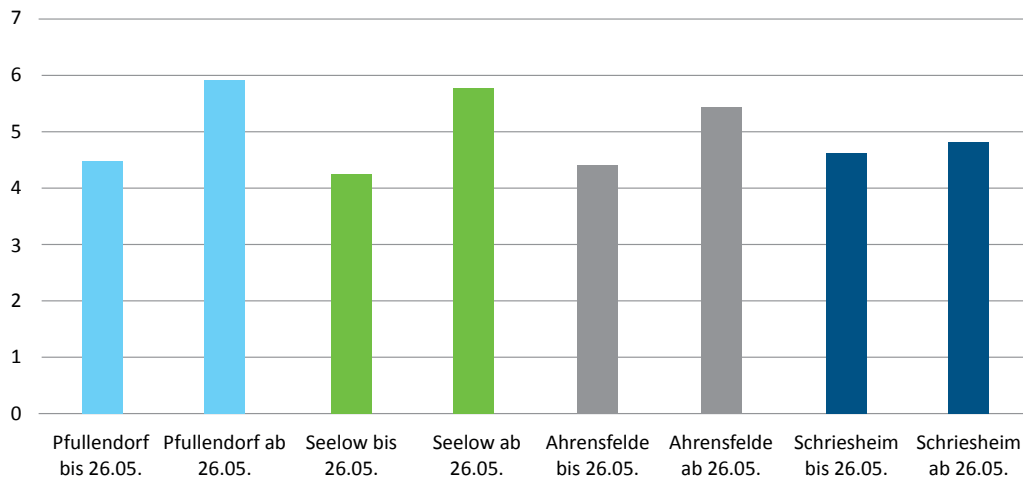


Abbildung 13: Repräsentation des Themas „Klimawandel“ in der Lokalpresse (Anzahl der dem Thema „Klimawandel“ zugeordneten Wortstämme pro 10.000 Wörter im der lokalen Presse entnommenen Textkorpus nach Fallstudiengemeinden vor und nach der Wahl am 26.05.2019)

Scaling-Analyse (s. Abschnitt 4.1) als typische Bestandteile rechtspopulistischer Interventionen identifiziert wurden (beispielsweise *|fahrverb|*, *|altpartei|* oder *|vernachläss|* für das Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“) gemeinsam vorkommen (s. Tabelle 3). Diese lexikalischen Einheiten (bzw. ihr gehäuftes Auftreten) können als Hinweis darauf gewertet werden, dass die betreffenden Lokalzeitungen rechtspopulistische Interventionen aufgreifen.

Die Konkordanzanalyse vermag allerdings nicht abzubilden, in welchem inhaltlichen Zusammenhang die betreffenden lexikalischen Elemente stehen. So bleibt offen, ob sie Teil einer kritischen Auseinandersetzung mit bestimmten Positionen, eines Zitates oder einer tatsächlichen Übernahme rechtspopulistischer Argumentationsmuster sind. Zudem kommt es zu Verzerrungen durch abgedruckte TV-Programme und Werbeanzeigen, die oft keiner klaren Satzstruktur folgen und auf deren Inhalt die Redaktionen kaum Einfluss haben. Ähnliches gilt auch für Leserbriefe. Im Mannheimer Morgen gab es beispielsweise die meisten Überschneidungen der Wortstammlisten im Themenfeld „Migration“, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass hier auch scharf formulierte Leserbriefe und damit Formulierungen, wie diese abgedruckt werden:

„Wann endlich kapiert es die Politik und alle ideologisch grün-rot gestrickten Weltenversteher, dass nicht nur bedauernswerte, traumatisierte Flüchtlinge zu uns kommen, sondern auch solche, die durch Kultur, Religion, Ideologie, Armut, Krieg leicht zu Gefährdern unserer Gesellschaft werden können, wenn sich ihr Asylwunsch nicht erfüllt“ (MM, 06.04.2019).

Gerade im Themenfeld „Migration“ stehen die Leserbriefmeinungen oft in starkem Gegensatz zu redaktionell geprüften Beiträgen, wie etwa Berichten über Repressionen gegen ehrenamtliche Seenotretterinnen und -retter auf dem Mittelmeer (MOZ_MOL, 07.05.2019). In einem Leserbrief an die Märkischen Oderzeitung Barnim werden sogar fremdenfeindliche Gewalttaten zumindest implizit als legitimes Mittel des politischen Protests dargestellt:

„Warum sollte [die Statistik rechter Gewalt] auch sinken? Die Deutschland-für-jeden-Politik, die die Anzahl der rechten Gewalttaten mit überwiegend fremdenfeindlichem Hintergrund seit Sommer 2015 stetig steigen ließ, wird fortgesetzt“ (MOZ_BAR, 13.04.2019).

Die vertiefte Inhaltsanalyse einzelner Artikel, die sowohl in der Konkordanzanalyse aufgrund einer Häufung von Überschneidungen der jeweiligen Wortstammlisten, als auch in der Framing- und Scaling-Analyse herausstachen (in Tabelle 3 mit * markiert), zeigt mit Blick auf das Themenfeld „Klimawandel“, dass mehrere Lokalzeitungen die Stimmen aufgebrachter Bürgerinnen und Bürger wiedergeben. So thematisiert und skandalisiert ein längerer Beitrag in der Märkischen Oderzeitung die Planung zweier Windräder als „weitere[n] Fall, in dem die so groß geschriebene kommunale Selbstverwaltung außer Kraft gesetzt wird“ (MOZ_MOL, 24.05.2019). Ähnliches gilt für Artikel zu Verkehrsthemen, die ausgiebig Unmut und Ungeduld von Betroffenen und eingeschränkter Handlungsspielräume einzelner Kommunen problematisieren (MOZ_BAR, 10.05.2019). Für das Themenfeld „Wohnen“ gibt es hingegen kaum Sequenzen im Gesamtkorpus, die rechtspopulistische Interventionen unmittelbar widerspiegeln.

Insgesamt deuten die Ergebnisse der Printmedienanalyse nicht darauf hin, dass die Redaktionen von Lokalzeitungen rechtspopulistischen Interventionen in nennenswertem Umfang Vorschub leisten. In der lexikometrischen Analyse zeigen sich jedoch zahlreiche diskursive Andockmomente für rechtspopulistische Erzählungen, die anschlussfähige Logiken bedienen. Dabei handelt es sich etwa um (redaktionell ausgewählte) Leserbriefe zum Themenfeld „Migration“ oder redaktionelle Beiträge zu Fragen des „Klimawandels“ oder der „Verkehrsinfrastruktur“, in denen die Vorstellung eines lokalen Kollektivwillens reproduziert wird, der den Entscheidungen höherer Instanzen nahezu ohnmächtig gegenübersteht. Insofern scheinen rechtspopulistische Erzählungen keineswegs ausschließlich in digitalen „Echo-Kammern“ zu gedeihen; vielmehr bestehen auch zu anderen Diskursarenen, etwa denjenigen, die in der lokalen Presselandschaft abgebildet sind, durchaus Schnittstellen.

Zusammengefasst ist zunächst festzuhalten, dass sich hybride Diskursräume aus unterschiedlichen Diskursarenen zusammensetzen, die in jeweils spezifischer Weise ineinandergreifen. So zeigt sich in den einzelnen Fallstudien, dass in den geführten Interviews oft auf Lokalzeitungen und Facebook-Beiträge Bezug genommen wird, nicht aber Twitter-Debatten, während die Lokalzeitungen ihrerseits durchaus regelmäßig auf Twitter-Beiträge rekurrieren. Zugleich entspinnen sich insbesondere unter den Facebook-Posts von Lokalzeitungen kontroverse Debatten. Dabei scheinen in den einzelnen Diskursarenen jeweils unterschiedliche Kommunikationslogiken zu walten. Auf Twitter erweisen sich insbesondere das Moment der räumlichen Entgrenzung sowie die Möglichkeit der gezielten Intervention über Kampagnen-Accounts oder Bots als förderlich für die Polarisierung (auch) von Debatten mit Lokalbezug. Bei Facebook scheint die Nutzerschaft, die zu lokalen Themen debattiert, in sehr viel stärkerem Maße als bei Twitter auch eine physische Bindung an den betreffenden Ort zu haben; dennoch werden dort teils extrem polarisierte Diskussionen geführt, wobei zum einen das offenbar sehr hohe Konfliktpotenzial der Klimaschutzdebatte, zum anderen die versachlichenden Vermittlungsversuche von Lokalpolitikerinnen und -politikern (die sich damit in einer Diskursarena exponieren, in der Beleidigungen und Bedrohungen keine Seltenheit sind) ins Auge stechen. In der Lokalpresse werden strittige Themen grundsätzlich sehr ausgewogen aufgearbeitet. Gleichwohl finden sich dort einige Beiträge, die an rechtspopulistische Interventionen anschlussfähig erscheinen. Dass es sich dabei teils um Leserbriefe handelt, verdeutlicht die Notwendigkeit, unterschiedliche Diskursarenen in ihrem Zusammenwirken zu betrachten.

4.4 Synthese

Die vorliegende Studie stellt sich eine Reihe von Forschungsfragen. Sie betreffen die Vereinnahmungsmöglichkeiten bestimmter kommunalpolitischer Themenfelder, die Wahrnehmung rechtspopulistischer Interventionen in der lokalen Öffentlichkeit und die (skalare) Verknüpfung lokaler Themen mit Identitätskonstruktionen und rechten Weltbildern im Rahmen rechtspopulistischer Interventionen. Um zu abschließenden Einschätzungen bezüglich dieser Aspekte zu gelangen, werden die in den einzelnen empirischen Modulen gewonnenen Erkenntnisse nun im Zusammenhang diskutiert.

Zunächst sollen – beschränkt auf die hier fokussierten Themenfelder „Verkehrsinfrastruktur“, „Klima und Energie“ sowie „Wohnen“ – die sich aus den Interviews mit Localists ergebenden zentralen Themen kommunalpolitischer und öffentlicher Debatten in den vier Fallstudiengemeinden mit den thematischen Schwerpunktsetzungen abgeglichen werden, die die AfD in ihren politischen Materialien und Verlautbarungen vor Ort vornimmt. Im Abgleich mit anderen relevanten Themen, wie „Sicherheit“ und „Migration“ (s. Abbildung 14), zeigt sich zunächst, dass etwa das Themenfeld „Wohnen“ in den lokalpolitischen Debatten eine wichtige Rolle spielt, während es, außer in Ahrensfelde, seitens der AfD nicht thematisiert wird. Erstaunlich ist zudem, dass sich die AfD-Vertreterinnen und -Vertreter in den Fallstudiengemeinden – entgegen einer weitverbreiteten Annahme – auf lokaler Ebene kaum zu den Auswirkungen von Flucht und Migration einlassen. Das gilt sogar für Seelow, wo der Migrationsthematik insgesamt eine vergleichsweise hohe Bedeutung zukommt. Diese

Anzahl der Sätze, die mind. einen Wortstamm jeder Liste enthalten						
Liste untersuchter Wortstämme	Vorkommen insgesamt (Sätze)	Gemeinsames Vorkommen (Sätze)	davon Ahrensfelde (MOZ_BAR)	davon Pfullendorf (SÜD)	davon Schriesheim (MM)	davon Seelow (MOZ_MOL)
Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“	52.324	359	87*	74	92*	106*
Rechtspopulistische Deutungsangebote „Verkehrsinfrastruktur“	10.335					
Themenfeld „Wohnen“	3.435	84	16	27*	24	17
Rechtspopulistische Deutungsangebote „Wohnen“	18.054					
Themenfeld „Klima und Energie“	7.526	119	21	32*	21	35*
Rechtspopulistische Deutungsangebote „Klima und Energie“	15.917					
Themenfeld „Migration“	11.371	753	161	176	236*	180*
Rechtspopulistische Deutungsangebote „Migration“	59.272					

Tabelle 3: Repräsentation rechtspopulistischer Interventionen in der Lokalpresse nach Themenfeldern (Vorkommen von Wortstämmen, die bestimmte Themenfelder bzw. rechtspopulistische Interventionen in diesen Themenfeldern indizieren, im der lokalen Presse entnommenen Textkorpus nach Fallstudiengemeinden; Felder, in denen zusätzliche qualitative Analysen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet)

Beobachtung könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Partei (auf Bundesebene) ohnehin ein unangefochtenes „issue ownership“ (Mudde 2007: 300) für restriktive Antworten auf Fragen von Flucht und Migration innehat, sodass sie sich auf lokaler Ebene auch auf andere, lokalspezifische Themen fokussieren kann, ohne ihr Alleinstellungsmerkmal aufzugeben.

Der Abgleich von Interviews mit Localists und politischen Materialien der AfD zeigt, dass ‚vor Ort‘ insbesondere in den Themenfeldern „Klima und Energie“ und „Verkehrsinfrastruktur“ ein kohärentes rechtspopulistisches Scale-Framing erfolgt: Beide Themenfelder werden sowohl als kommunalpolitisch brisant wahrgenommen als auch seitens der AfD nicht zuletzt im Kommunalwahlkampf ausgiebig problematisiert. Einzig für die Schriesheimer Localists spielt „Klima“ auf lokaler Ebene keine herausragende Rolle, während es dort von AfD-Aktiven intensiv bearbeitet wird. In Ahrensfelde ergibt sich bezüglich des Themenfelds „Verkehrsinfrastruktur“ das umgekehrte Bild: Dieses Themenfeld gilt unter Localists als wichtige Streitfrage, wird jedoch von der AfD weniger intensiv behandelt – ein sehr überraschender Befund, da gerade dieses Themenfeld dazu einlädt, das von vielen Pendelnden wahrgenommene Abgehängtsein (von nicht beeinflussbaren verkehrspolitischen Entscheidungen) aufzugreifen und glaubwürdig „Kontrollgewinne“ (Heitmeyer 2018: 72) über ihre als ‚marginal‘ empfundene Situation in Aussicht zu stellen. Zugleich können über die Figur der/des KFZ-nutzenden Pendlerin/Pendlers bestimmte Attribute der Bestimmung des „drinnen“ (Jesse 2019: 99) versinnbildlicht werden, die in rechtspopulistischen Interventionen typischerweise eine zentrale Rolle einnehmen, etwa Privatbesitz (KFZ, Wohneigentum außerhalb des Zentrums) oder selbstständige Erwirtschaftung des

Lebensunterhalts. Im internationalen Kontext wird dieser Aspekt mit der These verbunden, dass rechtspopulistische Parteien insbesondere eine randstädtische Wählerschaft ansprechen, die sich die Metropole als möglichst störungsfreien Nutzungsort wünscht (van Gent et al. 2014: 1780). Dass die AfD im suburbanen Ahrensfelde, wo die den Ort durchziehende Bundesstraße bzw. die nicht realisierte Umgehungsstraße als ‚Aufreger‘ verhandelt werden, trotzdem vergleichsweise wenig diskursive Arbeit in die verkehrsbezogenen Debatten investiert, hängt vermutlich damit zusammen, dass das Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“ bereits von vielen anderen Lokalpolitikerinnen und -politikern deutungs-mächtig verhandelt wird und damit in diesem Themenfeld also mitnichten eine „populistischen Lücke“ existiert (s. Abschnitt 4.1). Vor diesem Hintergrund soll noch etwas eingehender erörtert werden, welche Bedeutung einer angenommenen „populistischen Lücke“ auf kommunaler Ebene zukommt.

Cas Mudde geht davon aus, dass es die fehlende Aufmerksamkeit dominanter Parteien gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen ist, die diese für eine rechtspopulistische Vereinnahmung anfällig macht: „if [an] issue is perceived as being ignored or ineptly handled by the established parties, at least in the eyes of voters who consider the issue important, there is an opportunity for the populist radical right to gain support“ (Mudde 2007: 300). Doch kommunalpolitische Themen und Problemstellungen, die einerseits von der Bevölkerung als drängend empfunden werden, derer sich die (nicht rechtspopulistischen) lokalen Parteien und Wählergruppen andererseits aber nicht annehmen, konnten in den Fallstudien nicht identifiziert werden. Zu den Themenfeldern, die die öffentlichen Debatten und das kollektive Problembewusstsein vor Ort dominieren (z. B. „Verkehrsinfra-

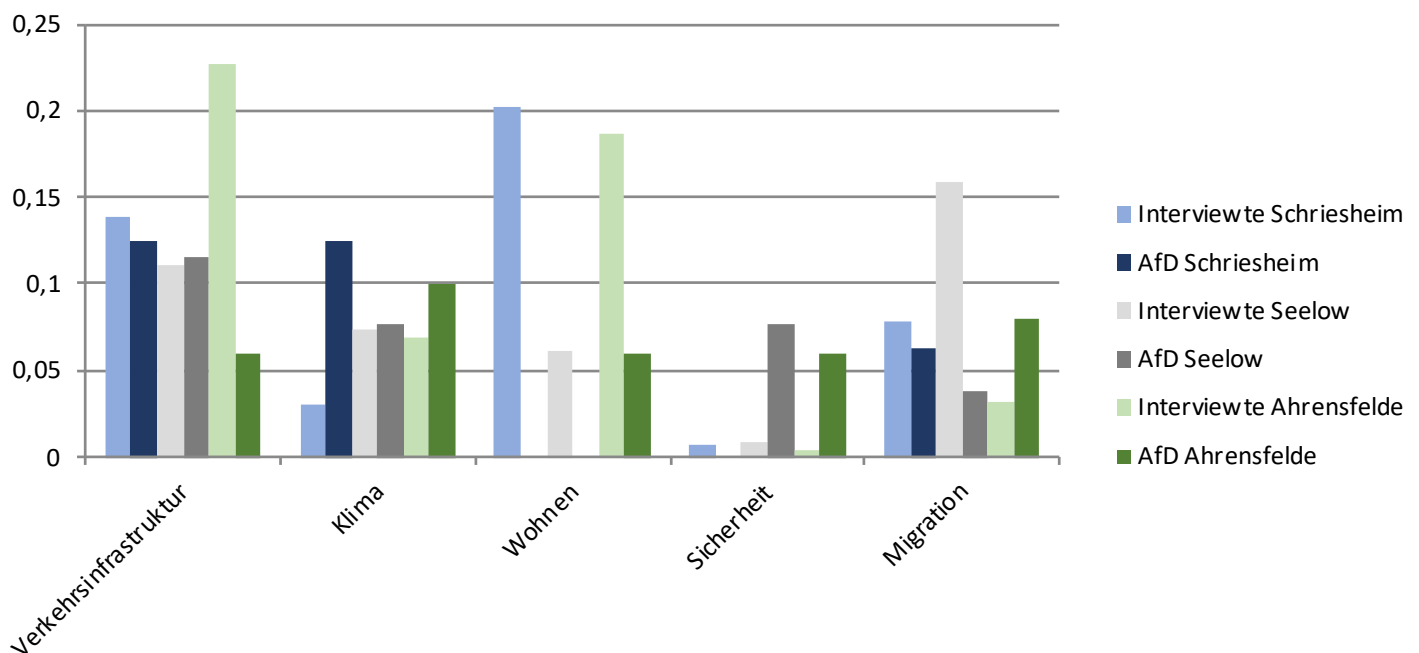


Abbildung 14: Thematische Schwerpunktsetzungen der Localists im Interview (hell) und der AfD in ihren (Wahlkampf-)Materialien (dunkel) nach Fallstudiengemeinden (Anteil der Interviewsequenzen, die ein bestimmtes lokalpolitisches Themenfeld adressieren, an allen codierten Interviewsequenzen [hell, n=842] und Anteil der im AfD-Teilkorpus der Framing- und Scaling-Analyse in der Oberkategorie „Problemdefinition“ codierten Textsequenzen, die ein bestimmtes lokalpolitisches Themenfeld adressieren, an allen in diesem Teilkorpus in dieser Oberkategorie markierten Sequenzen [dunkel, n=92])

struktur“ in Ahrensfelde) warten fast alle kommunalpolitischen Akteure mit durchaus divergenten Handlungsoptionen auf. Der intensiv geführte politische Streit lässt hier nach dieser Lesart keinen großen Spielraum für rechtspopulistische Intervention. Das Untersuchungsdesign der vorliegenden Studie lässt keine direkten Rückschlüsse von den Aktivitäten kommunaler Wählergemeinschaften auf den Erfolg rechtspopulistischer Listen zu, doch kann aufgezeigt werden, wie relevant weitere Forschung zu diesen Effekten wäre.

In diesem Zusammenhang spielen die kommunalen Wählergemeinschaften eine besondere Rolle, die in allen vier Fallstudiengemeinden stark vertreten sind und die kommunalen Institutionen mitprägen. Ihrem Selbstverständnis nach begegnen sie der vertikalen Integration in größere Parteistrukturen mit Misstrauen und stehen Entscheidungen der Landes- oder Bundespolitik mit Skepsis gegenüber (z. B. PF_FW_Web, PF_UL_Web, A_FW_FB). Es kann durchaus vermutet werden, dass sie es sind, die einen nicht unwesentlichen Teil des Mobilisierungspotenzials, das auf lokaler Ebene gegenüber den AfD-seitig als „Altparteien“ diskreditierten politischen Kräften abschöpfen (Pf_AfD_YT). Diese Vermutung bestätigt beispielsweise ein Ahrensfelder Localist:

„Diese freie Wählergemeinschaft mit Unabhängigen, [sind] relativ stark aufgestellt und dadurch, ich will nicht sagen, dass es die gleiche politische Ausrichtung ist, aber es ist eine Möglichkeit, sich kritisch einzubringen [damit] die AfD da nicht Fuß fassen kann, weil andere demokratische Kräfte jetzt [...] den kritischen Blick besetzt haben“ (A_22_t1).

Die Wählergemeinschaften können demnach als wichtiger Faktor bei der Einhegung rechtspopulistischer Aktivitäten vor Ort verstanden werden. Gerade deshalb sollten aber auch mögliche Übergänge zwischen Wählergruppen und rechtspopulistischen bis hin zu rechtsradikalen Kräften, wie sie forschungsseitig beschrieben (Krappidel 2016) und etwa in Seelow beobachtet werden konnten (s. S. 30) kritisch im Auge behalten werden.

Aus den Interviews und der verdeckten Online-Beobachtung kann auf eine politische Polarisierung der Bevölkerung vor Ort entlang der beiden Themenfelder „Migration“ und „Klima und Energie“ geschlossen werden. Andere Konfliktlinien, die für den jeweiligen Ort als zentral markiert werden, werden zwar auch hitzig debattiert (z. B. Schulsanierung in Schriesheim), doch zerschneiden die diesbezüglichen Konfliktlinien die lokale Bevölkerung offenbar nicht in unversöhnliche Lager (s. Abschnitt 4.2). Die etablierten Parteien vor Ort sind bei diesen Themen zumeist in der Lage, auch kritische Positionen in die institutionalisierte Aushandlung zu tragen und damit den rechtspopulistischen Kräften Mobilisierungspotenzial zu entziehen. Das heißt jedoch nicht, dass die überlokal manifesten parteipolitischen Konfliktlinien in migrations- oder klimapolitischen Fragen nicht auch ihre Übersetzung ins Lokale finden (und sich etwa am Bau von Windkraftanlagen, an Protesten von Klimagruppen oder an der Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften entzünden). Die vielfach aggressiv geführten Diskussionen in den sozialen Medien, die von einigen Localists als große Herausforderung für den Zusammenhalt vor Ort wahrgenommen werden (A_04_t1, Se_16_t1, P_01_t1, S_09_t1), haben das Potenzial auch in andere Diskursarenen vorzudringen.

Die konkordanzdemokratisch geprägte Ausgangslage in den Fallstudienkommunen, die sich durch die herausragende Rolle der dort amtierenden Bürgermeister sowie deren (anscheinend) enge Verbindung mit der Verwaltung ergibt, schafft eine besondere Voraussetzung für rechtspopulistische Intervention. Wie in Abschnitt 3.1 skizziert, können als Fundamente des Rechtspopulismus eine Dichotomisierung von ‚Elite‘ und ‚Volk‘ sowie ein ‚Alleinvertretungsanspruch‘ für letzteres gelten (Bescherer & Feustel 2018). Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kleinerer Städte und Gemeinden scheinen sich jedoch nur bedingt dafür zu eignen, als Repräsentierende eines vom ‚Volkswillen‘ entkoppelten Establishments herzuhalten. In den Interviews sind sie beinahe allgegenwärtig und vor Ort scheinen sie viele persönliche, häufig auch freundschaftliche Netzwerkbeziehungen zu pflegen:

„Es werden Personen gewählt. Mehr als Parteien. Und in der Kommunalpolitik hier. Und natürlich, ich meine, der grüne Bürgermeister ist deswegen gewählt worden, weil er hier aus der Stadt kommt. Der ist hier beheimatet und alles. Die vielen Zugezogenen, die es an sich gibt, haben in der Kommunalpolitik wenig Chancen gewählt zu werden“ (S_01_t1).

Dass Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ein vergleichsweise hohes Vertrauen genießen, bezeugen (etwa für Brandenburg) auch andere Studien (Müller-Hilmer 2018).

Andererseits scheint der Elitenbegriff durchaus strategisch dehnbar zu sein. Der Versuch einiger AfD-Landesverbände, online „Meldeportale“ für (angebliches) Fehlverhalten von Lehrkräften zu etablieren, dokumentiert ein ‚relationales‘ Elitenverständnis, in dem das Establishment bereits in der Mitte der Gesellschaft (und nah an den eigenen Alltagserfahrungen) vermutet wird (vgl. Däuble 2019, MOZ, 21.02.2019). Für die südwestdeutschen Untersuchungsorte kommt hinzu, dass in Baden-Württemberg Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im bundesdeutschen Vergleich mit einer großen Machtfülle ausgestattet sind, sodass sie in einigen Gemeinden als „lokale Präsidenten“ oder gar „Ortskönige“ gelten (Ruf et al. 2019: 241) – Narrative, die sie natürlich stärker gegenüber Anti-Eliten-Diskussionen exponieren. Ferner kann rechtspopulistische Systemkritik, verstanden als fundamentale Infragestellung der Institutionen der liberalen Demokratie, in konkordanzdemokratischen Settings dort ansetzen, wo tatsächliche Demokratiedefizite bestehen. In den Fallstudiengemeinden finden sich Hinweise auf solche Demokratiedefizite an jenen Stellen, die auch in der Literatur angesprochen werden: Zu nennen sind die in der Kommunalpolitik besonders wichtige Rolle von ‚informellen‘ Verhandlungen (anstelle demokratisch legitimierter Ratsentscheidungen) im Zuge der korporatistischen Entscheidungsfindung sowie die vielfach offensichtlichen Politikverflechtungen (s. Abschnitt 3.2). Eine Entscheidungsfindung über Vorgespräche und dort vereinbarte Kompromisse statt über einen offen ausgetragenen Streit zwischen Ratsfraktionen, einschließlich nachfolgender Kampfabstimmungen, kann im Rahmen rechtspopulistischer Narrative leicht zur Unterminierung demokratischer Prinzipien umgedeutet werden. So sei es, wie ein interviewter Localist feststellt, für Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten in Seelow „natürlich relativ einfach [...] zu behaupten, dass in so einem kleinen Ort eine Klügelwirtschaft vorhanden ist und dass nicht objektiv demokratisch entschieden oder verteilt wird“ (Se_9_t1). In Seelow und Ahrensfelde,

wo die *AfD* schon länger kommunalpolitisch aktiv ist, wird ihr von den befragten Localists attestiert, außer- bzw. vorparlamentarische Modi der Entscheidungsfindung zu unterbinden; als Ergebnis ihrer Intervention in die etablierten Muster der Entscheidungsfindung wird dabei jedoch eher eine Zerstrittenheit der Kommunalpolitik, nicht eine Durchsetzung demokratischer Prinzipien wahrgenommen (A_02_t1, Se_04_t1, Se_07_t1). In Punkto Politikverflechtungen ist es für kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger häufig sehr schwer, die (begrenzten) Handlungsspielräume kommunaler Selbstverwaltung den Bürgern und Bürgerinnen gegenüber zu kommunizieren, was beispielsweise auch ein Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland hervorhebt (KT_Se_t1). Der Seelower Bürgermeister versucht in Diskussionen, die Handlungskompetenzen der Gemeinde klar zu benennen und einmal getroffene Entscheidungen (nicht nur der kommunalen Ebene) zu begründen, was offenbar hilft, Debatten deutlich zu versachlichen (Se_FB_Wohnen_01). Auch wenn dies in den Fallstudien (glücklicherweise) nicht zu beobachten war, zeigen andernorts zunehmende Beleidigungen oder sogar Gewaltandrohungen gegenüber kommunalen Amtsträgerinnen und Amtsträger, dass solche Stellungnahmen Mut erfordern – zumal eine Umfrage belegt, dass insbesondere Amtsträgerinnen und Amtsträger in brandenburgischen Kommunen von Anfeindungen aus dem rechten Spektrum betroffen sind (Erhart 2019).

Die lokalen Repräsentantinnen und Repräsentanten der *AfD* werden von den Localists in unterschiedlicher Weise wahrgenommen und bewertet. In Pfullendorf und Schriesheim scheinen sie kaum Aufmerksamkeit zu erfahren und latent sogar marginalisiert zu werden:

„Es gibt zwar ein Wahlplakat, aber ich kannte den guten Mann noch nicht einmal, der da drauf ist oder sonst irgendwas“ (S_15_t1).

Demgegenüber genießen Lokalpolitikerinnen und -politiker anderer Parteien, die schon länger vor Ort aktiv sind, vergleichsweise großes Ansehen (z. B. S_08_t1). In Ahrensfelde und Seelow ergibt sich ein anderes Bild: Dort besteht offenbar ein eher pragmatisches Verhältnis zu den bereits seit längerem aktiven Kommunalpolitikerinnen und -politikern, während der Auftritt neuer Akteure aus den Reihen der *AfD* die Bevölkerung polarisiert. Einige Localists lehnen die Etablierung der Partei in der Kommunalpolitik fundamental ab:

„Also wenn das wirklich so kommt, sagen wir mal, dass die hier eine führende Rolle oder irgendsowas spielen, dann werde ich aktiv wieder. Das ist klar. Das geht nicht. Da muss man was machen“ (A_02_t1).

Andere können die Aufregung um die Partei nicht verstehen und bezeichnen auch Kandidaten der *AfD* als „Kumpel“ (A_10_t1). So zeichnen sich in den beiden brandenburgischen Fallstudiengemeinden einzelne Koalitionen zwischen *AfD*-Vertreterinnen und -vertretern und zivilgesellschaftlichen Gruppen ab. Hierauf angesprochen, äußert sich einer der Interviewpartner am Rande des „Tags des Ehrenamts“ folgendermaßen:

„Das hängt von der Person ab. Kann man mit demjenigen eine sachliche, sachbezogene Politik machen oder nicht? Und wenn ja, dann ist das ein ganz normaler Mann, der

hier auch mitarbeiten sollte und kann. Und wenn der Volkes Wille es denn so will“ (A_09_t1).

Zusammengefasst stechen beim Abgleich der Befunde, die in den drei methodischen Modulen der vorliegenden Studie gewonnen wurden, zwei Aspekte hervor: (1) die latente Eignung bestimmter kommunalpolitischer Themenfelder und (2) die latente Anfälligkeit konkordanzdemokratischer Arrangements für rechtspopulistische Interventionen.

(ad 1) In den Debatten zu „Verkehrsinfrastruktur“ und „Klima und Energie“ entspricht der besondere Stellenwert, den die interviewten Localists diesen Themenfeldern beimessen, der hohen Aufmerksamkeit, die ihnen seitens der *AfD* zukommt. Einerseits eröffnen sich in diesen Themenfeldern damit diskursive Räume, in denen sich kohärente rechtspopulistische Erzählungen vergleichsweise leicht zu entfalten vermögen, andererseits werden sie auch von anderen politischen Akteuren intensiv behandelt, sodass sich keine „populistische Lücke“ ergibt, die von der *AfD* besetzt werden könnte. Vielmehr sind es in allen vier Fallstudiengemeinden vor allem kommunale Wählergemeinschaften, denen es am ehesten zu gelingen scheint, in lokalpolitischen Themenfeldern, in denen ein besonderes Potenzial für rechtspopulistische Interventionen besteht, *issue ownership* zu erlangen.

(ad 2) Drei auf lokaler Ebene typischerweise stark ausgeprägte Elemente konkordanzdemokratischer Settings – Verhandlungsprimat, Korporatismus und Politikverflechtungen – sind grundsätzlich geeignet, Räume für ein rechtspopulistisches diskursives Framing und Scaling zu eröffnen, die in den Fallstudiengemeinden in unterschiedlichem Umfang genutzt werden. Die starke Stellung der Bürgermeister in der Kommunalpolitik und die Nähe zwischen leitender Verwaltung und gewählten Ratsmitgliedern sowie ihre Positionierung als Vertreter des lokalen Kollektivinteresses gegenüber Entscheidungen des Landes, des Bundes oder der EU können dabei in ein latentes Dilemma führen: Zugespitzt formuliert, müssen sich kommunalpolitische ‚Eliten‘ entscheiden, ob sie gegenüber den übergeordneten Ebenen von Staat und Verwaltung selbst die Rolle des „wütenden Bürgers“ einnehmen oder ob sie sich als „Erfüllungsgehilfen des Establishments“ zur Zielscheibe rechtspopulistischer Kritik machen wollen.

5 Ausblick

Die vier im Rahmen der hier präsentierten Studie durchgeführten Fallstudien zeichnen insgesamt ein facettenreiches Bild lokaler politischer Kultur im Allgemeinen sowie der möglichen und teilweise genutzten Anknüpfungspunkte für rechtspopulistischen Interventionen im Besonderen. Abschließend soll nun beleuchtet werden, welche künftigen Forschungsdesiderata sich aus den im vorangegangenen Kapitel präsentierten Ergebnissen ableiten lassen und welche konkreten Ansatzpunkte für die Eindämmung rechtspopulistischer Aktivitäten auf kommunaler Ebene in diesen Ergebnissen erkennbar werden.

5.1 Antimigrantische Einstellungen, soziale Kosten und die sinnhafte Konstruktion eines Kontrollgewinns

Eine populäre Erklärung für den aktuellen Erfolg rechtspopulistischer Parteien besagt, dass diese insbesondere bei Teilen der Bevölkerung an Unterstützung gewinnen, die annehmen, ihre Handlungsmöglichkeiten seien „durch Bedingungen festgeschrieben, auf deren Gestaltung sie keinen oder unzureichenden Einfluss haben“ (Heitmeyer 2018: 54). Das Erfolgsrezept des deutschen Rechtspopulismus bestehe darin, die damit verbundenen Ängste eines Kontrollverlustes zu kanalisieren, zu organisieren und gegen andere Gruppen auszurichten (ebd.: 72). Dabei wird davon ausgegangen, dass insbesondere Menschen muslimischen Glaubens und Geflüchtete im Fokus dieser „Ausrichtung“ stehen. Die hier präsentierte Studie findet auf der untersuchten kommunalen Ebene jedoch kaum Hinweise dar-

auf, dass Rechtspopulistinnen und -populisten gezielt versuchen, (latente) Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu kanalisieren, wenn nicht sogar erst herzustellen. Stattdessen darf wohl davon ausgegangen werden, dass das „*issue ownership*“ (Mudde 2007: 300) der *AfD* für eine menschenfeindliche Migrationspolitik so stark ausgeprägt ist, dass es den Vertreterinnen und Vertretern dieser Partei in kommunalpolitischen Zusammenhängen in der Regel gar nicht notwendig erscheint, an den entsprechenden Diskurs explizit anzuknüpfen. Davon ausgehend, dass lokale *AfD*-Aktive als Trägerinnen und Träger antimigrantischer Politiken wahrgenommen werden, dürfte die lokale Verbreitung und Akzeptanz von gruppenbezogenen menschenfeindlichen Einstellungen gleichwohl ein wichtiger Faktor für den Erfolg oder Misserfolg rechtspopulistischer Interventionen in kommunalen Kontexten sein. Die in Abschnitt 3.3 dargestellten geographischen Unterschiede hinsichtlich xenophober Einstellungssets und Hinweise in den Interviews aus Seelow und Ahrensfelde deuten darauf hin, dass die brandenburgischen Fallstudienkommunen in dieser Hinsicht weitaus stärker gegenüber rechtspopulistischen Interventionen exponiert sind als die baden-württembergischen. Insofern könnte ein künftiger Abgleich der hier vorgelegten Befunde mit geographisch stärker differenzierenden Daten der Einstellungsforschung gewinnbringend sein. Ähnliches gilt für die vermutete Relevanz von „*(negative) partisanship*“, also dem affektiven Zugehörigkeitsempfinden (oder Abstoßungsempfinden) zu Parteien (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018: 1683) im Zusammenhang mit der Erstarkung des Rechtspopulismus: Inwiefern sich die generelle Ablehnung von als etabliert wahrgenommenen Parteien (und die daraus folgende Affinität für rechtspopulistische Interventionen) auf die Wahrnehmung kommunalpolitischer Debatten und die Einschätzung von Lokalpolitikerinnen und -politikern auswirkt, ist weitestgehend offen.

Ob Personen für rechtspopulistische Parteien vor Ort kandidieren oder sie öffentlich unterstützen, hängt auch damit zusammen, wie dies im sozialen Umfeld aufgenommen, bewertet und ggf. sozial sanktioniert wird. Cantoni et al. nehmen an, dass das Engagement für (und tendenziell auch die Wahl von) Parteien am rechten Rand des Parteienspektrums mit „*social image costs*“ verbunden ist (2019: 3). Personen, deren Unterstützung öffentlich wird, haben demnach mit einer Abwertung ihrer Position im lokalen Sozialgefüge zu rechnen. Diese Abwertung falle in Abhängigkeit von der jeweiligen Partei mehr oder weniger drastisch aus: Während die NPD in der Gesellschaft stringente Assoziationen zum Neo-Nazismus hervorrufe, seien die *AfD* und ihre Wählerschaft weniger von solchen Stigmata betroffen. Stattdessen etablierte sich die *AfD* als opportunistische Partei und biete eine Wahloption über den puren Protest hinaus (ebd.). Zudem scheinen die sozialen Kosten auch vom Grad der gesellschaftlichen Integration an einem jeweiligen Ort abhängig zu sein. So wird vermutet, dass die sozialen Kosten der *AfD*-Unterstützung umso höher sind, je stärker der soziale Zusammenhalt der lokalen Bevölkerung ausgeprägt ist (z. B. Schmitt-Beck et al. 2019). Die Erörterung potentieller sozialer Kosten einer offenen Unterstützung rechtspopulistischer Positionen und Akteure sollte allerdings in Rechnung stellen, dass auch in lokalen Zusammenhängen in der Regel nicht nur eine Öffentlichkeit und eine Diskursarena, sondern ein diskursives „Multiversum“ (Laux & Schmitt 2017: 490) existiert. So zeigen die Befunde aus den Fallstudiengemeinden, dass die „Verzahnung von real-materiellem und virtuellem Raum“ (Unger 2010: 108) typischerweise keinen kollektiven Diskursraum schafft, sondern jeweils individuelle kommunikative Arrangements mit jeweils spezifischen Dynamiken, Inhalten und Grenzen des Sagbaren, die sich auf unterschiedliche Weise in lokale Debatten einkuppeln. Die Unterstützung von rechtspopulistischen Positionen kann ‚vor Ort‘ daher sowohl eine negative als auch eine positive Sanktionierung in den verschiedenen Diskursarenen nach sich ziehen.

Wenn sich in einer Kommune rechtspopulistische Interventionen verdichten und verfestigen, dürfte das allerdings nicht allein daran liegen, dass es ‚vor Ort‘ an sozialer Kohäsion und einem wirksamen ‚Sanktionsregime‘ mangelt. Vielmehr dürften auch die ‚lebensweltlichen‘ Rahmenbedingungen eine Rolle spielen, die die dort lebenden Menschen teilen. Denn bekanntlich sind „ungleiche Räume mit je spezifischen sozialen Lagen“ verknüpft (Belina 2017: 104) bzw. mit einer spezifischen sozio-ökonomischen Position, die sich etwa aus dem regionalen Strukturwandel oder der wirtschaftlichen Abhängigkeit von weiter entfernt liegenden Zentren ergeben kann. Vor diesem Hintergrund scheint es für zukünftige Studien zu Rechtspopulismus auf kommunaler Ebene sinnvoll zu sein, die lokal spezifische ökonomische Situation, damit zusammenhängende kollektive Interessenslagen und politische Einschätzungen, die Verbreitung gruppenbezogener menschenfeindlicher Einstellungen vor Ort, die spezifische Formation diskursiver Arenen und das Potenzial sozialer Sanktionierung in die Analyse einzubeziehen. Dabei ist allerdings von einer raschen Generalisierung und der vorschnellen Formulierung von Kausalannahmen abzuraten.

Hinsichtlich der kommunalpolitischen „supply-side“ des Rechtspopulismus können die Beobachtungen aus den vier Fallstudiengemeinden lediglich dahingehend generalisiert werden, dass rechtspopulistische Interventionen von Ort zu Ort in sehr

unterschiedlicher Gestalt auftreten können. Das dürfte auf die jeweils spezifischen lokalen Rahmenbedingungen zurückzuführen sein, die jedoch nicht einfach zu bestimmen sind. Beispielsweise unterscheiden sich Seelow und Pfullendorf von den beiden anderen (suburbanen) Fallstudiengemeinden durch ein geringeres Pendleraufkommen, eine höhere Zahl zentralörtlicher Funktionen und ein umfangreicheres Vereinsleben; zugleich sind es jedoch auch die Fallstudiengemeinden mit dem höchsten bzw. niedrigsten Wahlergebnis für die *AfD*. Die genannten Strukturmerkmale sind daher kaum geeignet, den Erfolg oder auch die konkrete Art und Weise rechtspopulistischer Interventionen ‚vor Ort‘ zu prognostizieren. Für die lokalen Ausprägungen des Rechtspopulismus scheinen insofern sozialkulturelle, historische Aspekte mindestens ebenso entscheidend zu sein wie gleichermaßen ‚objektive‘ (mit wahlgeographischen Methoden zu ermittelnde) Faktoren – nicht zuletzt deshalb, weil sie maßgeblich die kollektive Wahrnehmung dessen prägen, was politisch (noch) akzeptabel erscheint. Thomas Bürk kommt in seiner Dissertation zu rechten Raumproduktionen in verschiedenen brandenburgischen Kleinstädten in diesem Zusammenhang zu dem Schluss, dass die aktuelle Beobachtung fehlender Sanktionierung radikaler Rechter mit verlorenen Deutungskämpfen der 1990er Jahre zusammenhängt. Einerseits hätte so eine ganze Generation rechts eingestellter Menschen in Brandenburg erlernt, lokale Deutungsgemeinschaften mittels permanenter Grenzüberschreitungen nach ihren Vorstellungen zu überprägen. Andererseits hätten zivilgesellschaftliche Akteure über die Zeit aber auch eingeübt, sich mit rechten Umtrieben zu arrangieren (Bürk 2012). Insbesondere die in Seelow gewonnenen Befunde können damit auch als Beleg dafür interpretiert werden, dass „interaktionsvermittelte“ politische Einstellungen (van Gent et al. 2014; 1777, eigene Übersetzung) die Gelegenheitsstruktur für rechtspopulistische Interventionen maßgeblich mitbestimmen können.

In der vorliegenden Studie konnte das jeweils spezifische Zusammenwirken von Gelegenheitsstrukturen und rechtspopulistischen Deutungsangeboten in Zeiten des kommunalen Wahlkampfes in Ansätzen nachvollzogen werden. Um die längerfristigen Auswirkungen rechtspopulistischer Interventionen zu ergründen, wären jedoch Längsschnittbeobachtungen erforderlich. Das geben bereits die hier präsentierten Ergebnisse zu erkennen – etwa indem festgestellt wurde, dass die kommunalpolitische Behandlung von Themenfeldern bestimmten Konjunkturen unterliegt, dass Themenfelder in teils kurzen zeitlichen Abständen Polarisierungspotential entwickeln oder auch wieder verlieren können oder dass sich die Positionierung kommunaler Wählergemeinschaften gegenüber der *AfD* ebenso wandeln kann wie die Wahrnehmung der Partei durch die Bewohnerinnen und Bewohner nachdem sie sich im Gemeinderat etabliert hat. Da fast alle Interviewpartnerinnen und -partner, die in der vorliegenden Studie befragt wurden, einer erneuten Kontaktaufnahme zugestimmt und Kontaktdaten angegeben haben, und da auch die anderen Erhebungsmethoden grundsätzlich wiederholt werden können, wäre es gewinnbringend, die Studie in zeitlichem Abstand erneut durchzuführen, um Veränderungen und Kontinuitäten herauszuarbeiten.

5.2 Identifikation relevanter Handlungsfelder der Lokalpolitik

Das Bonmot, dass es keine ‚christdemokratische Straßenbeleuchtung‘ – und insofern auch keine ‚rechtspopulistische Bus-Takung‘ – geben könne, erweist sich im Lichte der vorliegenden Studie als irreführend. Themen mit lokal begrenzter Reichweite können durchaus ideologisch stark aufgeladen werden. Damit rechtspopulistische Interventionen in kommunalpolitischer Kultur zu keiner langfristigen Polarisierung führen, scheinen drei übergeordnete Handlungsfelder und -maximen für lokalpolitisch Aktive relevant: 1) transparente Kommunikation und Beteiligung, 2) klare und gemeinsame Positionierung gegen rechte Stimmungsmache, 3) Stärkung spezifischer zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure.

Transparente Kommunikation seitens der lokalen Politik

Die viel diskutierte mangelnde Responsivität von Politikerinnen und Politikern sowie Parteien gegenüber den Belangen des Elektors (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018: 1678) scheint in den untersuchten Gemeinden keine herausragende Rolle zu spielen. Im Gegenteil erweist sich in den Interviews die ganz überwiegend positive Wahrnehmung lokaler Politiker und Politikerinnen als vor allem von persönlichen Erlebnissen geprägt. Auch die Printmedien zeichnen in der Regel ein positives Bild der kommunalpolitisch Aktiven. Und nicht zuletzt interagieren einige dieser Politikerinnen und Politiker über die sozialen Medien intensiv mit der Bevölkerung. Allerdings ist in den Fallstudiengemeinden auch erkennbar, dass zwischen der vorherrschenden positiven Haltung gegenüber den lokalen politischen Akteurinnen und Akteuren und der weithin kritischen Einstellung gegenüber politischen Entscheidungen, die auf überlokaler Ebene getroffen werden, ein latentes Spannungsverhältnis besteht, da letztere auch auf die lokalen Repräsentantinnen und Repräsentanten des politischen Systems abfärbt. Hinzu kommt eine sich auf unterschiedlichen Ebenen auswirkende ökonomische Benachteiligung peripherer Regionen, die zu eingeschränkten „Handlungs- und Gestaltungsräumen“ führen kann (Höcke 2018: 317). Mit diesen eingeschränkten Gestaltungsräumen zu operieren stellt für sich bereits eine große Herausforderung dar. Zudem ist es von außerordentlicher Relevanz, die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen überhaupt erst transparent zu vermitteln. Nur dann können auch Verbesserungen im Bereich kommunaler Gemeingüter als Erfolg der Kommunalpolitik erkannt werden. Zudem erschwert breit geteiltes Wissen über kommunalpolitische Abläufe, Politikverflechtungen und Gestaltungsmöglichkeiten die Dämonisierung der als politische Gegnerin oder Gegner wahrgenommenen Akteurin oder Akteurs. Bei Entscheidungen zur Allokation von Investitionen oder Infrastrukturen gilt es für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister etwa, durchaus entschlossen für die kollektiven Interessen einzutreten, dabei aber Argumentationsmuster zu vermeiden, die zwischen dem lokalen Kollektivwillen und übergeordneten Interessen eine unüberbrückbare Grenze inszenieren, um keine Andockstellen für rechtspopulistische Volk-Eliten-Deutungen zu schaffen. In dieser Hinsicht sind auch die in vielen lokalen Printmedien etwa in der Berichterstattung über die politische Aushandlung der Standorte von Windkraftanlagen

repräsentierten Narrative äußerst kritisch zu bewerten. Eine umso größere Rolle spielt daher die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die entsprechenden Planungsverfahren, da dort nicht nur Interessenslagen artikuliert, sondern auch Verfahrenswissen weitergegeben wird. In polarisierenden Streitfragen bieten Beteiligungsformate allerdings eine Arena, die auch von Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen gern vereinnahmt wird, weshalb eine gute Organisation und Moderation von Nöten sind (Hinweise dazu z. B. Bringt et al. 2017).

Klare und gemeinsame Positionierung gegen rechte Stimmungsmache

Die öffentliche und transparente Kommunikation zu kommunalpolitischen Aushandlungsprozessen verspricht einzelne Debatten zwar zu versachlichen und damit für rechtspopulistische Interventionen ein Stück weit zu verschließen; allerdings heißt das nicht, dass die dort verhandelten Themen und Problemstellungen damit entpolitisiert würden. Auch der politische Streit verschiedener Parteien und die Bildung von Interessenskoalitionen vor Ort kann fruchtbar sein. Gleichwohl birgt es ein Risiko, wenn bestimmte Gruppen zur Realisierung ihrer eigenen Vorstellungen mit rechtspopulistischen Akteuren paktieren. So zeigt sich etwa in Seelow, dass die jahrelange Mitgestaltung der lokalen Politik durch Akteure der populistischen, teils auch radikalen Rechten diese nicht zu ‚entzaubern‘ vermochte. Stattdessen konnten diese Akteure wichtiges Handlungswissen anhäufen und sind deshalb mittlerweile in der Lage, ‚glaubwürdig‘ kommunale Kontrollgewinne in komplexen Problemlagen (etwa im Bereich der Energie und Verkehrspolitik) zu versprechen. Daher scheint eine gemeinsame Strategie der nicht rechtspopulistischen Mitglieder kommunaler Gremien zur Aufrechterhaltung demokratischer Kommunikationsformen wirksam (Hinweise dazu z. B. Weiterdenken 2018), wobei in vielen kleineren Gemeinden insbesondere den Wählergemeinschaften eine Schlüsselrolle zukommt. Die Verweigerung einer Zusammenarbeit mit Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten ist dabei keinesfalls gleichzusetzen mit dem Ausschluss bestimmter Wählergruppen. Gerade auf kommunaler Ebene bieten sich vielerlei Optionen für einen Interessensaustausch und die Implementierung von Beteiligungsformaten jenseits des Gemeinderats. So können Personen, die rechtspopulistisch wählen, durchaus in Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse integriert werden, auch wenn dies für die von ihnen gewählte Gemeinderatsfraktion nicht gilt.

Stärkung spezifischer zivilgesellschaftlicher Akteure

Zivilgesellschaftliches Engagement ist nicht per se demokratiefördernd; es kann ebenso in demokratiefeindliche Projekte investiert werden. Das zeigen auch die sich anbahnenden Koalitionen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Vertreterinnen und Vertretern der AfD in den Fallstudiengemeinden. Die Forderung einer „Stärkung der Zivilgesellschaft“, mit der vielfach auf den erstarkenden Rechtspopulismus geantwortet wird, ist daher ambivalent einzuschätzen (vgl. dazu grundsätzlich Roth 2004). Sowohl die personelle Zusammensetzung als auch die institutionelle Verankerung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen sollte daher genauer betrachtet werden. Dominik Intelmann

vertritt etwa die These, dass auch in Ostdeutschland die „Zivilgesellschaft nominell in einer erstaunlichen Breite vorhanden [ist]. Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und Wohlfahrtsverbände [sind] [...] jedoch nicht mehr in der Lage, den gesellschaftlichen Konsens zu organisieren. Sie werden im Osten teils nicht als ‚autochthone‘, sondern als westdeutsch dominierte Institutionen mit einer eigenen, fremd bleibenden Rationalität betrachtet“ (Intelmann 2019: 192f). Tatsächlich unterscheidet sich die zivilgesellschaftliche Ausgangslage in den beiden untersuchten Bundesländern fundamental: Wird in Baden-Württemberg soziale Integration noch mit der individuellen Kirchgangsfrequenz in Verbindung gebracht (Schmitt-Beck et al. 2019: 31), wird in Brandenburg den Kirchen von allen Institutionen das geringste Vertrauen entgegengebracht (Müller-Hilmer 2018). Vor Ort werden daher auch ganz unterschiedliche Zusammenschlüsse als Träger der Zivilgesellschaft markiert (in Schriesheim beispielsweise Winzervereinigungen und in Seelow Sportvereine). Es scheint daher unabdingbar, die zivilgesellschaftlichen Institutionen, die als tonangebend und für die soziale Kohäsion besonders bedeutsam empfunden werden, für jede Gemeinde individuell zu identifizieren und in der Arbeit gegen Rechtspopulismus zu unterstützen.

Diese Zusammenstellung von Möglichkeiten, rechtspopulistischen Interventionen auf kommunaler Ebene vorzubeugen, muss gezwungenermaßen unvollständig bleiben. Mehr noch: Es wird deutlich, dass sich diese Möglichkeiten von Fall zu Fall sehr unterschiedlich darstellen können. Die vorliegende Studie zeigt, dass sowohl die lokalen Kontextbedingungen als auch die jeweils spezifischen rechtspopulistischen Strategien vor Ort generell von hoher Bedeutung sind. Insofern ist zu konstatieren, dass rechtspopulistischen Interventionen nicht mit einem Patentrezept begegnet werden kann, sondern dass die jeweils spezifischen lokalpolitischen Formationen genau zu analysieren sind, um passgenaue Antworten entwickeln zu können.

6 Quellenverzeichnis

- ARD/ZDF Onlinestudie. (2019). Ergebnisse der ARD/ZDF Onlinestudie 2019. http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2019/Ergebnispraesentation_ARD_ZDF_Onlinestudie_PUBLIKATION_extern.pdf. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.). (2019). Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017: Studien zu Demokratie und Partizipation. Wiesbaden: Springer VS.
- Bauman, Z. (2016). Die Angst vor den anderen: ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin: Suhrkamp.
- Becker, A., Schreiber, F. & Göppert, H. (2020): Zwischen Netz und Nachbarschaft. Die sozialräumliche Wirkung digitaler Medien im Kontext antipluralistischer Haltungen und politischer Polarisierung. In: Berg, L. & Üblacker, J. (Hrsg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. Transcript Verlag. Bielefeld: 127-154.
- Belina, B. (2017). Zur Geographie der Abstiegs-gesellschaft. PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 47(186).
- Bergmann, K., Diermeier, M., & Niehues, J. (2018). Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49(2), 243–264.
- Bernet, T. (2019). Stadtstaaten oder Barbarei?: (Anti-) Urbanität, Demographie und municipale Perspektiven. sub|urban: zeitschrift für kritische stadtforschung, 7, 45–68.
- Bertelsmann Stiftung. (2019). Kommunale Daten: Demographischer Wandel. Bevölkerungsprognosen - Wegweiser Kommune. Wegweiser Kommune. <https://www.wegweiser-kommune.de/home>. Zugegriffen: 28. November 2019.
- Bescherer, P., & Feustel, R. (2018). Der doppelte Populismus. Konturen eines schwierigen Begriffs. Berliner Debatte Initial, 29(2), 133-144.
- Bescherer, P., Feustel, R., Schelenz, L., & Sievi, L. (2018). Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotenzial der Stadtentwicklung. Populismus und Demokratie in der Stadt. PODESTA, Working Paper 1.
- Bogumil, J. (2010). Parteien in der Kommunalpolitik Hoffnungsträger oder Auslaufmodell? In D. Gehne, & T. Spier (Hrsg.), Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? (S. 37–48). Wiesbaden: Springer VS.
- Breyer-Mayländer, T. (2019). Marketing für Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik: Kommunikations- und Partizipationsstrategien für das Gemeinwohl vor Ort. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bringt, F., Brost, S., Hanneforth, G., Klare, H., Klose, B., Nattke, M., & Wörsching, M. (2017). „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. Dresden: Bundesverband Mobile Beratung. https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Bürk, T. (2012). Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten (1. Auflage.). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Cantoni, D., Hagemeyer, F., & Westcott, M. (2019). Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. Rationality and Competition, Discussion Paper No. 143.
- Carroll, J. M. (2014). The neighborhood in the Internet: Design research projects in community informatics. London/New York: Routledge.
- Castells, M. (2015). Networks of outrage and hope: social movements in the Internet age. Cambridge: Polity Press.
- Dang-Anh, M. (2019). Protest twittern: eine medienlinguistische Untersuchung von Straßenprotesten. Bielefeld: transcript.
- Daniels, J. (2018). The Algorithmic Rise of the “Alt-Right”. Contexts, 17(1), 60–65.
- Däuble, H. (2019). Politisches Lehren und Lernen in Zeiten digitaler „Meldeplattformen“ Mit dem „Beutelsbacher Konsens“ in der politischen Bildung gegen die AfD. Lehren & Lernen, 45(6), 20–25.
- Decker, F. (2013). Parteien unter Druck: Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, O., & Brähler, E. (2008). Bewegung in der Mitte: rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Degen, M. (2003). Fighting for the global catwalk: formalizing public life in Castlefield (Manchester) and diluting public life in el Raval (Barcelona). International Journal of Urban and Regional Research, 27(4), 867–880.
- Deppermann, A. (2008). Gespräche analysieren: eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deppisch, L. (2019). „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“ - eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Thünen Working Paper 119.
- Dijkstra, L., Poelman, H., & Rodriguez-Pose, A. (2019). Die Geografie zur Wahl von EU-skeptischen Parteien. IzR – Informationen zur Raumentwicklung 3/2019, 6–17.

- Dzudzek, I., Glasze, G., Mattissek, A., & Schirmel, H. (2009). 11 Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In G. Glasze, & A. Mattissek (Hrsg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung* (S. 233–260). Bielefeld: transcript.
- Erhart, C. (2019). Hasswelle: Kommunalpolitik - Aus Hetze werden Taten. *kommunal.de*. <https://www.kommunal.de/hasswelle-alle-Zahlen> Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Förtner, M., Belina, B., & Naumann, M. (2019). Stadt, Land, AfD. *sub|urban: zeitschrift für kritische stadtforschung*, 7(1/2), 23–44.
- Franz, C., Fratzscher, M., & Kritikos, A. S. (2018). AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. *DIW Wochenbericht* 8/2018, 135–144.
- Frölich-Steffen, S. (2006). Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden. In F. Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches korrektiv?* (S. 144–164). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Garimella, V. R. K., & Weber, I. (2017). A long-term analysis of polarization on Twitter. In *Eleventh International AAAI Conference on Web and Social Media*.
- Geden, O. (2007). Rechtspopulismus: Funktionslogiken-Gelegenheitsstrukturen-Gegenstrategien. *SWP-Studie* 2007/S 17.
- Gemeinde Ahrensfelde. (2013). Flächennutzungsplan für die Gemeinde Ahrensfelde. Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB. Gemeinde Ahrensfelde.
- Gemeinde Ahrensfelde. (2019). Startseite | Gemeinde Ahrensfelde. <https://www.ahrensfelde.de/>. Zugegriffen: 29. November 2019.
- Gensheimer, T., & Frankenberger, R. (2019). Themen, Thesen, Argumente. Die Bedeutung von politischem System, Politikfeldern und Beteiligungsangeboten für AfD- und Nicht-AfD-Wähler im Vergleich. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 103–128). Wiesbaden: Springer VS.
- Glorius, B. (2018). Far right meets “concerned citizens”: politicization of migration in Germany and the case of Chemnitz. *CeasEVAL*. <http://ceaseval.eu/publications>. Zugegriffen: 31. Januar 2019.
- Hafeneger, B., Jestädt, H., Klose, L.-M., & Lewek, P. (2018). *AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure*. Wochenschau Verlag.
- Hallenberg, B. (2020): Rechtspopulismus, Raumstruktur und Milieus. *vhw-werkSTADT* Nr. 36-38. Berlin.
- Heft, K. (2018). Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. *Feministische Studien*, 36(2), 357–366.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen: Signaturen der Bedrohung I* (1. Auflage, Originalausgabe.). Berlin: Suhrkamp.
- Hillje, J. (2017). *Propaganda 4.0: wie rechte Populisten Politik machen*. Dietz.
- Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R., & Gagné, J. (2017). *Einstellung und soziale Lebenslage: Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*. Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nr. 044.
- Höcke, C. (2018): Peripherisierung und lokale Demokratie zwischen Wachstums- und Schrumpfungprozessen. *vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung* (6): 315-318.
- Holtkamp, L. (2008). *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie* (1. Auflage.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hopf, C. (2017). Qualitative Interviews - ein Überblick. In U. Flick, E. von Kardorff, & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (12. Auflage, S. 349–360). Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Kost, A. (2017). *Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung in der Einwanderungsgesellschaft*. In *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 33–36). Springer.
- Intelmann, D. (2019). *Sieben Thesen zur urbanen Krise von Chemnitz: Bemerkungen zu den Ereignissen seit dem 26. August 2018*. *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 7(1/2), 189–202.
- Jesse, E. (2019). *Das Aufkommen der Alternative für Deutschland*. In H. U. Brinkmann & I.-C. Panreck (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften: Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration* (S. 97–131). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Jonuschat, H. (2012). *The strength of very weak ties - lokale soziale Netze in Nachbarschaften und im Internet* (PhD Thesis).
- Kaschuba, W. (2016, November 14). *Rechtspopulismus - Die Rache der Dörfer*. Deutschlandfunk Kultur. https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtspopulismus-die-rache-der-doefer.1008.de.html?dram:article_id=371289. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Kavanaugh, A. L., & Song, Z. (2018). *Engaging a community through social media-based topics and interactions*. *First Monday*, 23(4).
- Kitschelt, H. P. (1986). *Political opportunity structures and political protest: Anti-nuclear movements in four democracies*. *British journal of political science*, 16(1), 57–85.
- Krappidel, A. (2016). *Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker: Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von Wählergemeinschaften und Parteien*. Wiesbaden: Springer VS.

- Kraus, W. (2000). Making Identity Talk. On Qualitative Methods in a Longitudinal Study. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 1(2).
- Küpper, B., Berghan, W., & Rees, J. H. (2019a). Aufputzen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In A. Zick, B. Küpper, & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 173–202). Bonn: Dietz.
- Küpper, B., Schröter, F., & Zick, A. (2019b). Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost und Westdeutschland. In A. Zick, B. Küpper, & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 243–282). Bonn: Dietz.
- Kurtz, H. E. (2003). Scale frames and counter-scale frames: constructing the problem of environmental injustice. *Political Geography*, 22(8), 887–916.
- Laux, H., & Schmitt, M. (2017). Der Fall Bautzen: Eine Netzwerkanalyse zur Entstehung digitaler Öffentlichkeiten. *Berliner Journal für Soziologie*, 27(3–4), 485–520.
- Lefebvre, H. (1992). *The production of space* (Reprint.). Oxford: Blackwell.
- Manow, P. (2018). *Die politische Ökonomie des Populismus* (Originalausgabe, Erste Auflage, Sonderdruck.). Berlin: Suhrkamp.
- Mayring, P. (2017). Qualitative Inhaltsanalyse. In U. Flick, E. von Kardorff, & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (12. Auflage, S. 468–475). Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- MDR (2019, 10. 02.). Erster Redeversuch in der gespaltenen Stadt Bautzen. <https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerda-kamenz/diskussion-bautzen-wir-muessen-reden-100.html> Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Mediendaten Südwest (Hrsg.). (2014). Basisdaten Medien Baden-Württemberg 2013/2014. http://www.mediendaten.de/fileadmin/Basisdaten/BW/Basisdaten_BW_2013_14.pdf. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Merkens, H. (2017). Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In U. Flick, E. von Kardorff, & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (12. Auflage, S. 286–299). Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- MOZ (2018, August 24). Flugblatt-Hetze gegen Flüchtlinge. MOZ. <https://www.moz.de/landkreise/maerkisch-oderland/see-low/artikel7/dg/0/1/1676779/>. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, C., & Rovira Kaltwasser, C. (2018). Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda. *Comparative Political Studies*, 51(13), 1667–1693.
- Müller-Hilmer, R. (2018). Brandenburg-Monitor Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Mullis, D. (2019). Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt: From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity. *Urban Studies*, online first, 4 November 2019.
- Nachtwey, O. (2016). Pegida, politische Gelegenheitsstrukturen und der neue Autoritarismus. In K.-S. Rehberg, F. Kunz, & T. Schlinzig (Hrsg.), *PEGIDA-Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende «-Enttäuschung* (S. 299–312). Bielefeld: transcript.
- Nagle, A. (2017). *Kill all norms: the online culture wars from Tumblr and 4chan to the alt-right and Trump*. Winchester/Washington: Zero Books.
- Niedt, C. (2006). Gentrification and the grassroots: Popular support in the revanchist suburb. *Journal of Urban Affairs*, 28(2), 99–120.
- Nissenbaum, A., & Shifman, L. (2017). Internet memes as contested cultural capital: The case of 4chan's /b/ board. *New Media & Society*, 19(4), 483–501.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism* (1. Auflage.). Cambridge: Cambridge University Press.
- Nyhuis, D. (2016). Partei oder Person? Parteispezifische Wahlmotive bei baden-württembergischen Kommunalwahlen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47(3), 657–669.
- Olschanski, R. (2017). *Der Wille zum Feind: über populistische Rhetorik*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Papadopoulos, Y. (2005). Populism as the other side of consociational multi-level democracies. Challenges to consensual politics: Democracy, identity, and populist protest in the alpine region, 71–81.
- Perry, S. (2019). Politische Unterstützung in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 15–52). Wiesbaden: Springer VS.
- Potrafke, N. (2012). Is German domestic social policy politically controversial? *Public Choice*, 153(3–4), 393–418.
- Rafael, S. (2018, Dezember 28). In Kandel demonstrieren rechte Szenen und AfD Hand in Hand. *Belltower News*. <https://www.belltower.news/jahresueckblick-rheinland-pfalz-2018-79419/>. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.

- Rau, J. P., & Stier, S. (2019). Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 13(3), 399–417.
- rbb (2014, 19.10.): AfD Brandenburg kommt nicht zur Ruhe. Intrigantenstadl mit Rechtsaußen-Problem. rbb 24. <https://www.rbb24.de/extra/landtagswahl-brandenburg-2014/beitraege/neuer-aerger-in-der-afd.html>. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Roth, R. (2004). Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In A. Klein, K. Kern, B. Geißel, & M. Berger (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (S. 41–64). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ruf, F., Wagschal, U., & Kruppenauer, E. (2019). Wie tickt der Schultes? Politische Beteiligung aus Sicht der kommunalen Führungsspitze in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 241–292). Wiesbaden: Springer VS.
- Rydgren, J. (2005). Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family. *European Journal of Political Research*, 44(3), 413–437.
- Rydgren, J. (2007). The Sociology of the Radical Right. *Annual Review of Sociology*, 33(1), 241–262.
- Schiek, D., & Ullrich, C. G. (2015). Tagungsbericht: Qualitative Online-Erhebungen. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 16(2).
- Schmitt-Beck, R., van Deth, J. W., & Staudt, A. (2019). Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 15–52). Wiesbaden: Springer VS.
- Schönauer, M. (2017, Januar 16). Kartenlegen mit kriminellen Ausländern. *Übermedien*. <https://uebermedien.de/11488/kartenlegen-mit-kriminellen-auslaendern/>. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.
- Schreiber, F., & Göppert, H. (2018). Wandel von Nachbarschaft in Zeiten digitaler Vernetzung. *vhw - Schriftenreihe* 9.
- Stadt Pfullendorf. (2019). Stadt Pfullendorf // Startseite. <https://www.pfullendorf.de/>. Zugegriffen: 28. November 2019.
- Stadt Seelow. (2019). Stadt Seelow - Homepage. <https://www.seelow.de/>. Zugegriffen: 28. November 2019.
- Stadtverwaltung Schriesheim. (2016). Stadt Schriesheim. <https://www.schriesheim.de/index.php?id=43>. Zugegriffen: 28. November 2019.
- Tzaninis, Y., Boterman, W., & Pratsinakis, M. (2018). Right-wing populism and xenophobia: beyond the urban/suburban dichotomy in the Netherlands. Centre for Urban Studies, Working Paper Series No. 30.
- Unger, A. (2010). Virtuelle Räume und die Hybridisierung der Alltagswelt. In P. Grell, W. Marotzki, & H. Schelhowe (Hrsg.), *Neue digitale Kultur- und Bildungsräume* (S. 99–117). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Gent, W. P. C., Jansen, E. F., & Smits, J. H. F. (2014). Right-wing Radical Populism in City and Suburbs: An Electoral Geography of the Partij Voor de Vrijheid in the Netherlands. *Urban Studies*, 51(9), 1775–1794.
- Walks, R. A. (2004). Suburbanization, the Vote, and Changes in Federal and Provincial Political Representation and Influence Between Inner Cities and Suburbs in Large Canadian Urban Regions, 1945-1999. *Urban Affairs Review*, 39(4), 411–440.
- Weiß, V. (2017). Die autoritäre Revolte: die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung.). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.). (2018). „Linksgrün-versifft?“ Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene. https://www.boell.de/sites/default/files/linksgruenversifft.pdf?dimension1=division_demo. Zugegriffen: 12. Dezember 2019.

7 Anhang

Übersicht ausgewerteter Materialien von lokalen Parteien, Parteiaktiven und Wählergruppen

Kürzel	Dokument
Ahrensfelde	
A_AfD_Insta	Instagram-Account ⁵ der AfD-Ahrensfelde
A_AfD_WP	AfD-Wahlprogramm für Ahrensfelde
A_AfD_FB	Öffentlicher Facebook-Account des AfD-Kreistagskandidaten Steffen John
A_CDU_Web_Ge	Internetauftritt von Wilfried Gehrke (CDU), Bürgermeister von Ahrensfelde
A_CDU_Web	Internetauftritt vom Ortsverband Ahrensfelde (CDU)
A_FWG_Web	Internetauftritt der Freien Wählergemeinschaft von Ahrensfelde
A_FW_FB	Facebookseite der Freien Wähler im Landkreis Barnim
A_Linke_WP	Wahlprogramm der Partei Die Linke für Ahrensfelde
A_Linke_FB	Wahlprogramm der Partei Die Linke für den Kreis Barnim
A_SPD_FB	Facebookseite der SPD Barnim
A_SPD_WP_BAR	SPD Wahlprogramm für Barnim
Pfullendorf	
PF_AfD_FB	Facebookseite der AfD für Sigmaringen
PF_AfD_YT	Rede des Stadtratslistenkandidaten der AfD Hans Peter Hörner
PF_CDU_MAG	Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg
PF_CDU_Web	Internetauftritt der CDU Pfullendorf
PF_CDU_Web_Sig	Internetauftritt der CDU für Sigmaringen
PF_FW_FB	Facebookseite der Freien Wähler Pfullendorf

⁵ Wenn Social-Media-Profile oder Websites von Parteien / Listen angegeben sind, handelt es sich dabei um die Sicherung aller Beiträge zwischen dem 01.04. und 26.05., zu denen die lokalen Akteure maßgeblich beigetragen haben (unkommentierte Weiterverbreitung wird nicht untersucht).

Kürzel	Dokument
PF_FW_Web	Internetauftritt der Freien Wähler
PF_SPD_FB	Facebookseite der SPD Pfullendorf
PF_UL_Web	Internetseite der Unabhängigen Liste
PF_UL_WP	Wahlprogramm der Unabhängigen Liste
Schriesheim	
Sch_AfD_FB	Facebookseite der AfD Rhein-Neckar-Kreis
Sch_AfD_WP	Wahlprogramm der AfD für den Rhein-Neckar-Kreis
Sch_CDU_FB	Facebookseite der CDU für den Rhein-Neckar- Kreis
Sch_FWS_FB	Facebookseite der Freien Wähler Schriesheim
Sch_GLS_FB	Facebookseite der Grünen Liste Schriesheim
Sch_GLS_WP	Wahlprogramm der Grünen Liste Schriesheim
Sch_SPD_FB	Facebookseite der SPD-Ortsgruppe Schriesheim
Seelow	
Se_AfD_FB	Facebookseite der AfD in Seelow
Se_AfD_FB_MOL	Facebookseite der AfD für den Kreis Märkisches Oderland
Se_AfD_WP	Wahlprogramm der AfD für dem Kreis Märkisches Oderland
Se_CDU_FB	Facebookseite der CDU Märkisches Oderland
Se_CDU_WP	Wahlprogramm der CDU für den Kreis Märkisches Oderland
Se_Linke_FB	Facebookseite der Ortsgruppe der Linken in Seelow
Se_Linke_Web	Internetauftritt des Kreisverband der Linken
Se_Linke_WP	Wahlprogramm der Linken für Seelow
Se_SPD_WEB	Internetauftritt der SPD Märkisches Oderland
Se_SPD_WP	Wahlprogramm der SPD für dem Kreis Märkisches Oderland

Übersicht ausgewerteter Facebook-Diskussionen

Kürzel	Ursprungsbeitrag	Thema
A_FB_Klima_01	Märkische Onlinezeitung	Klima
A_FB_Klima_02	Märkische Onlinezeitung	Klima
A_FB_Klima_03	Märkische Onlinezeitung	Klima/ Fridays for Future
A_FB_Klima_04	Märkische Onlinezeitung	Klima/ Fridays for Future
A_FB_Migra_01	Märkische Onlinezeitung	Flucht und Migration
A_FB_Migra_02	Märkische Onlinezeitung	Flucht und Migration
P_FB_Klima_01	Südkurier	Klima/ Elektro-Mobilität
P_FB_Klima_02	Südkurier	Klima
P_FB_Klima_03	Südkurier	Klima
P_FB_Klima_04	Südkurier	Klima
P_FB_Klima_05	Südkurier	Klima/Fridays for Future
P_FB_Klima_06	Südkurier	Klima/ Klimanotstand Konstanz
P_FB_Klima_07	Südkurier	Klima/ Klimanotstand Konstanz
P_FB_Klima_08	Südkurier	Klima/ Elektro-Mobilität
P_FB_Steuern_01	Südkurier	Bagatellgrenze Schweiz
P_FB_Steuern_02	Südkurier	Bagatellgrenze Schweiz
P_FB_Steuern_03	Südkurier	Bagatellgrenze Schweiz
S_FB_Klima_01	Rhein-Neckar-Zeitung	Klima/Fridays for Future
S_FB_Klima_02	Rhein-Neckar-Zeitung	Klima/Fridays for Future
S_FB_Klima_03	Rhein-Neckar-Zeitung	Klima
S_FB_Klima_04	Rhein-Neckar-Zeitung	Klima
S_FB_Migra_01	Mannheimer Morgen	Flucht und Migration
S_FB_Migra_02	Mannheimer Morgen	Flucht und Migration
S_FB_Migra_03	Mannheimer Morgen	Flucht und Migration
S_FB_CSD_01	Mannheimer Morgen	CSD Mannheim
S_FB_AFD_01	Mannheimer Morgen	Bürgerversammlung ohne AfD
S_FB_Rassismus_01	Mannheimer Morgen	Rassismus - Sarotti Mohr
S_FB_Scooter_01	Rhein-Neckar-Zeitung	E-Scooter Kontrolle
Se_FB_Bank_01	Oderland Echo Seelow	Schließung Bank
Se_FB_Wahlergebnisse_01	Bürgermeister	Ergebnisse Kommunalwahl
Se_FB_Wohnen_01	Bürgermeister	Wohngebiet
Se_FB_Straße_01	Oderland Echo Seelow	Straße
Se_FB_Straße_02	Oderland Echo Seelow	Radrennen
Se_FB_Straße_03	Oderland Echo Seelow	Radrennen
Se_FB_Digitalisierung_01	Oderland Echo Seelow	Digitalisierung Schule
Se_FB_Ministerbesuch_01	Bürgermeister	Ministerbesuch Seelow

Impressum

Die Verwendung einer Sprache frei von Diskriminierung einzelner Geschlechter ist dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ein wichtiges Anliegen.

Der vhw präferiert hierfür die Verwendung weiblicher und männlicher Schreibweisen sowie neutraler Ausdrucksformen.

Auftraggeber:

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Auftragnehmer:

Humboldt-Universität zu Berlin
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
Geographisches Institut
Angewandte Geographie / Raumplanung

Projektleiter:

Prof. Dr. Henning Nuissl
M.A. Valentin Domann

Wissenschaftliche Begleitung:

Dr. Anna Becker und Christian Höcke, beide vhw e. V.

Gestaltung / Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Titelbild:

Straße bei Müncheberg © Valentin Domann

ISBN: 978-3-87941-809-1

Berlin, im Januar 2021